



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Juli 2004



Monatsbericht des BMF
Juli 2004

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2004	26
Jüngste Beratungen im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN-Rat)	28
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Entwurf des Bundeshaushalts 2005 und Finanzplan des Bundes 2004 bis 2008	37
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2003	47
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen im föderativen Staat	53
Analyse des Abgaben-Transfer-Systems in Deutschland	63
Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern	77
Statistiken und Dokumentationen	93
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	116
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	120

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts
sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die deutsche Wirtschaft erholt sich zunehmend. Zahlreiche Experten, darunter auch der Internationale Währungsfonds (IWF), haben deshalb ihre bisherigen Wachstumsprognosen klar nach oben korrigiert. Der Aufschwung ist aber immer noch fragil. Nach übereinstimmender Bewertung ist der Export der bestimmende Impulsgeber. Im Inland neigen sowohl die Investitionen als auch der private Konsum zur Schwäche.

In dieser Situation gilt es alles zu unterlassen, was den Aufschwung beeinträchtigen könnte. Das gilt ganz besonders auch für die Finanz- und Haushaltspolitik. Dabei bleibt unser zentrales finanzpolitisches Ziel die Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Denn ohne nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen wird es kein dauerhaftes Wachstum geben. Umgekehrt werden wir geringere öffentliche Defizite nur bei einem ausreichenden Wirtschaftswachstum erreichen. Eine verantwortungsvolle und erfolgreiche Konsolidierungsstrategie muss daher durch die unabdingbaren Strukturreformen und durch eine wachstumsfördernde Strategie begleitet werden. Damit wird der nachhaltige Abbau der Defizite erleichtert.

Am 23. Juni hat das Bundeskabinett den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2005 und den Finanzplan bis zum Jahr 2008 beschlossen. Damit hält die Finanzpolitik auch in der konjunkturell schwierigen Ausgangslage Kurs. Zukunftsfördernde Ausgaben erhalten Vorrang. Denn neben der „quantitativen“ Konsolidierung brauchen wir auch eine „qualitative“ Konsolidierung der Staatsfinanzen. Das bedeutet vor allem, wachstums- und innovationsfördernde Bereiche und damit die Zukunftsorientierung im Haushalt zu stärken. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die Gewichte von den vergangenheitsbezogenen Aus-



gaben hin zu Ausgaben mit Zukunftsbezug zu verlagern. Investitionen in Bildung, Forschung und Innovationen stärken den Wissenschaftsstandort Deutschland, fördern das Wachstum und tragen zu neuen, zukunftssicheren Arbeitsplätzen bei.

Die Innovationsoffensive der Bundesregierung ist ein Beispiel für die Verbesserung der Struktur unserer Staatsausgaben, also für die „qualitative“ Konsolidierung. Zur Stärkung von Forschung und Innovation wollen wir die Mittel einsetzen, die durch die Abschaffung der Eigenheimzulage frei werden. Nun sind die Länder und Gemeinden gefordert, diesen Weg mitzugehen und ihrerseits die zusätzlichen Spielräume, die sich aus dem Wegfall der Eigenheimzulage ergeben, für mehr Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung zu nutzen. So können im Ergebnis jährlich knapp 6 Mrd. € für diese Zukunftsbereiche eingestellt werden. Das zeigt: Wenn wir klare Prioritäten setzen, ist es möglich, in Zukunft zu investieren, ohne dafür neue Kredite aufnehmen zu müssen.

Unsere Einschätzung, dass die Eigenheimzulage ein mittlerweile wirklich überkommenes wohnungsbaupolitisches Instrument ist, wird im Übrigen von nahezu allen Experten geteilt. Die Wohnraumversorgung in Deutschland ist so gut wie nie zuvor. Gleichzeitig hat die räumliche Differenzierung der Wohnungsmärkte ein so hohes Ausmaß erreicht, dass eine „Gießkannensubvention“ zu absurden Förderergebnissen führt. Berücksichtigt man zudem den gravierenden demografischen Wandel, der langfristig zu einem verminderten

Wohnraumbedarf führt, wird es noch deutlicher, dass es ökonomisch unsinnig ist, die Eigenheimzulage fortzuführen.

Eine verantwortungsvolle und gestaltende Finanzpolitik muss alte Zöpfe abschneiden und gleichzeitig bereit sein, neue Wege zu beschreiten.

Mit der Platzierung von auf die Russische Föderation bezogenen Forderungen hat das Bundesministerium der Finanzen neue Wege beschritten und eine für den Kapitalmarkt innovative Transaktion erfolgreich abgeschlossen. Mit der Begebung von Anleihen in einem Gesamtvolumen von 5 Mrd. € wurden erstmalig staatliche Verbindlichkeiten aus Pariser-Club-Vereinbarungen im Wege einer öffentlichen Anleihe erfolgreich an den Markt gebracht.

Unser Ziel war es, statt halbjährlicher Tilgungs- und Zinszahlungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, einen sofortigen Erlös zu erhalten und gleichzeitig einen Teil des Kreditrisikos an den Kapitalmarkt zu transferieren. Der Erfolg gibt uns Recht: Am Kapitalmarkt wurde ein für den Bund attraktiver Marktpreis gefunden.

Diese innovative Transaktion ist unter deutschem Recht mit Notierung an der Deutschen Börse in Frankfurt abgewickelt worden. Damit war die Transaktion im Übrigen auch ein wichtiges Signal für die Attraktivität des Finanzplatzes Deutschland.



Volker Halsch

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2004	26
Jüngste Beratungen im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN-Rat)	28
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes liegen bis einschließlich Juni 2004 mit 131,0 Mrd. € um 0,6 Mrd. € oder – 0,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Trotz weiterhin hoher Belastungen im Bereich der Sozialen Sicherung hat sich damit der Trend der

Vormonate, wonach das Vorjahresergebnis unterschritten wird, fortgesetzt.

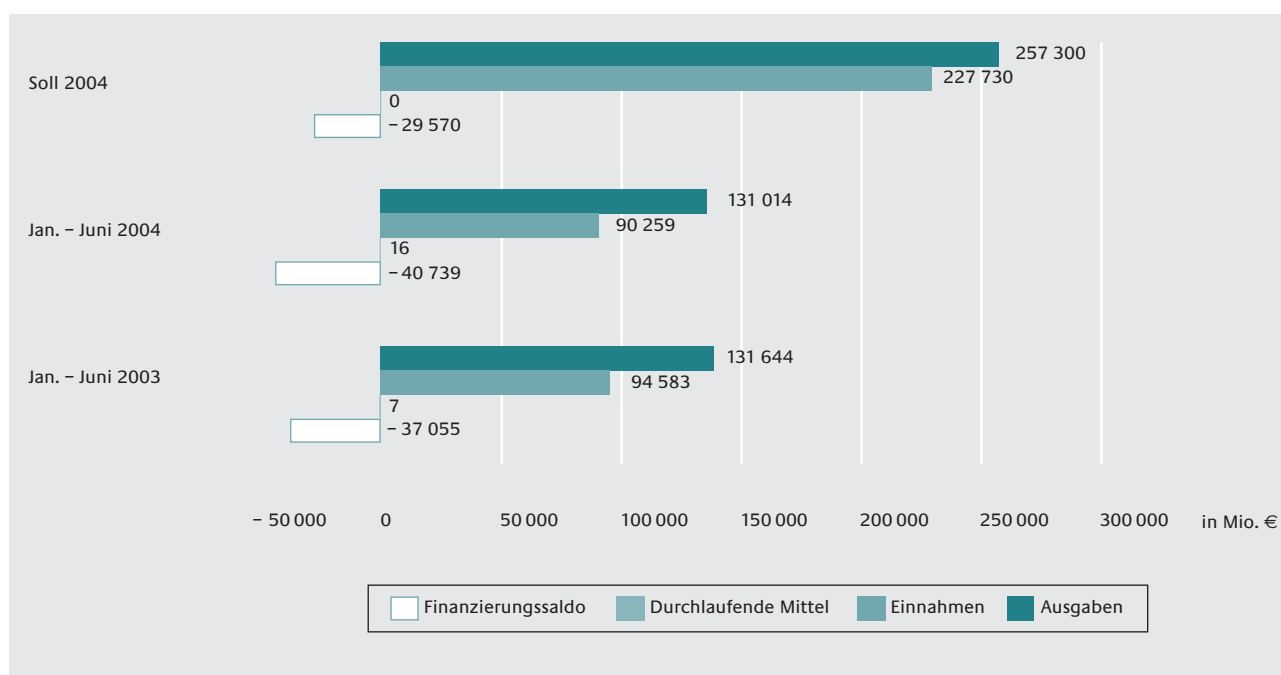
Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich Juni 2004 belaufen sich auf 90,3 Mrd. €. Sie liegen damit um 4,3 Mrd. € oder – 4,6 % unter dem Vorjahresergebnis. Hierfür ist auch wie im bisherigen

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2004	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Juni 2004
Ausgaben (Mrd. €)	257,3	131,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,2	– 0,5
Einnahmen (Mrd. €)	227,7	90,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	– 4,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	197,7	82,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,0	0,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 29,6	– 40,7
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 20,4
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,3	– 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 29,3	– 20,2

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Jahresverlauf der starke Rückgang bei den Verwaltungseinnahmen (- 39,3 %) verantwortlich, der im Wesentlichen durch den sehr niedrigen Bundesbankgewinn verursacht ist. Die Steuereinnahmen hingegen liegen mit 82,9 Mrd. € im Bereich des Vorjahresniveaus.

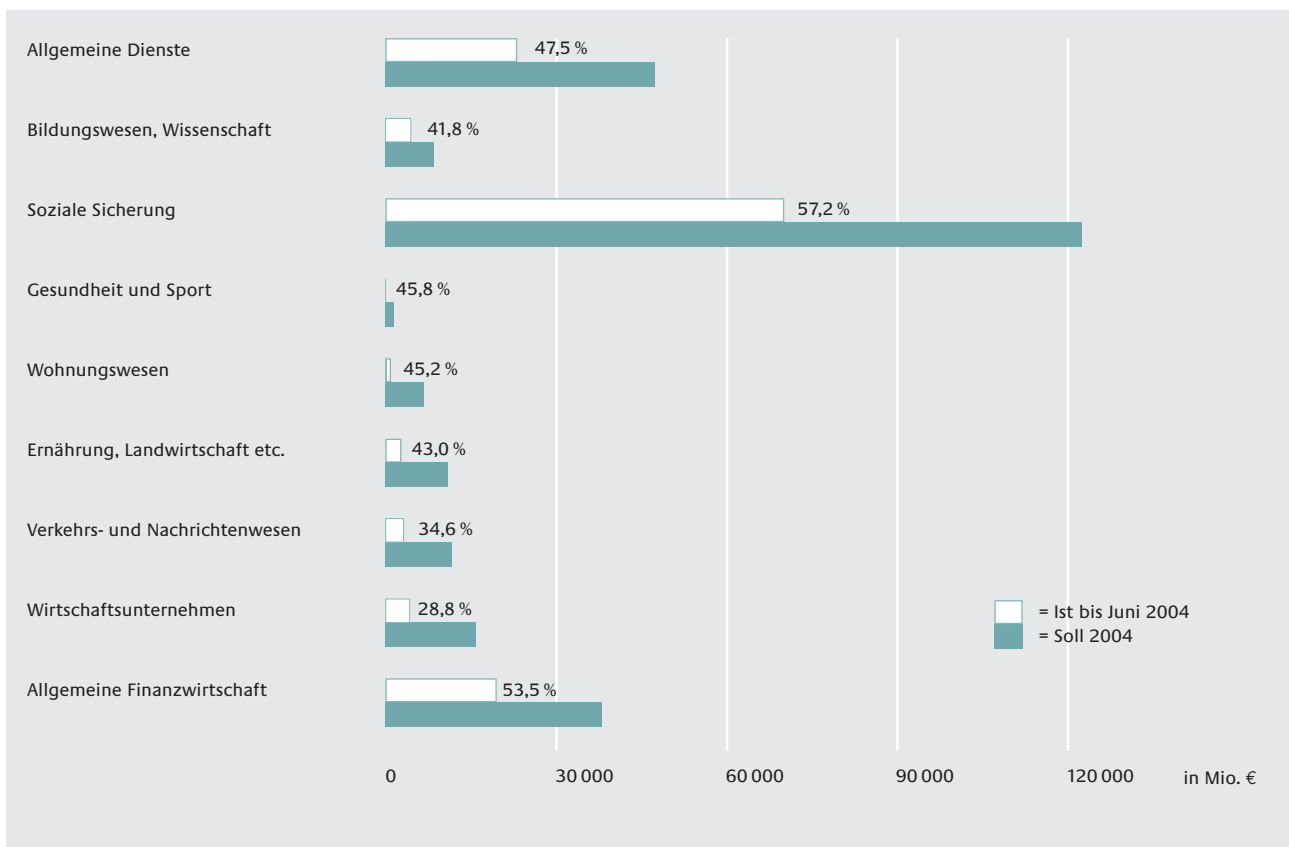
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben

und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von - 40,7 Mrd. €. Daraus können keine Rückchlüsse auf die endgültige Höhe des Finanzierungssaldos 2004 geschlossen werden. Hierzu muss der weitere Verlauf der insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängigen Arbeitsmarktausgaben und Steuereinnahmen abgewartet werden.

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2004	Ist 2004		Ist 2003		Veränderung gg. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	48 433	23 000	17,6	23 042	17,5	- 0,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 721	2 094	1,6	1 645	1,2	27,3
Verteidigung	28 121	13 397	10,2	13 708	10,4	- 2,3
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 289	3 902	3,0	4 065	3,1	- 4,0
Finanzverwaltung	3 308	1 491	1,1	1 437	1,1	3,8
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 887	4 974	3,8	5 365	4,1	- 7,3
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	387	0,3	473	0,4	- 18,2
BAföG	951	586	0,4	559	0,4	4,8
Forschung und Entwicklung	6 790	2 867	2,2	3 295	2,5	- 13,0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	122 583	70 108	53,5	68 325	51,9	2,6
Sozialversicherung	75 003	42 669	32,6	42 439	32,2	0,5
Arbeitslosenversicherung	5 210	7 190	5,5	7 559	5,7	- 4,9
Arbeitslosenhilfe	6 688	9 295	7,1	8 034	6,1	15,7
Wohngeld	1 859	1 303	1,0	1 131	0,9	15,2
Erziehungsgeld	2 985	1 567	1,2	1 591	1,2	- 1,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 367	1 906	1,5	2 042	1,6	- 6,7
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	917	420	0,3	443	0,3	- 5,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 025	915	0,7	896	0,7	2,1
Wohnungswesen	1 453	740	0,6	746	0,6	- 0,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 471	3 213	2,5	4 976	3,8	- 35,4
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	479	0,4	2 191	1,7	- 78,1
Kohlenbergbau	2 102	1 627	1,2	1 687	1,3	- 3,6
Gewährleistungen	2 000	499	0,4	519	0,4	- 3,9
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 836	3 745	2,9	3 821	2,9	- 2,0
Straßen (ohne GVFG)	5 875	1 999	1,5	1 989	1,5	0,5
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 437	4 453	3,4	5 433	4,1	- 18,0
Postbeamtenversorgungskasse	4 915	746	0,6	1 560	1,2	- 52,2
Bundeseisenbahnvermögen	5 700	2 486	1,9	2 352	1,8	5,7
Deutsche Bahn AG	3 245	902	0,7	1 183	0,9	- 23,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 711	20 186	15,4	19 344	14,7	4,4
Fonds „Deutsche Einheit“	2 255	1 127	0,9	1 134	0,9	- 0,6
Zinsausgaben	37 655	18 739	14,3	17 985	13,7	4,2
Ausgaben zusammen	257 300	131 014	100,0	131.644	100,0	- 0,5

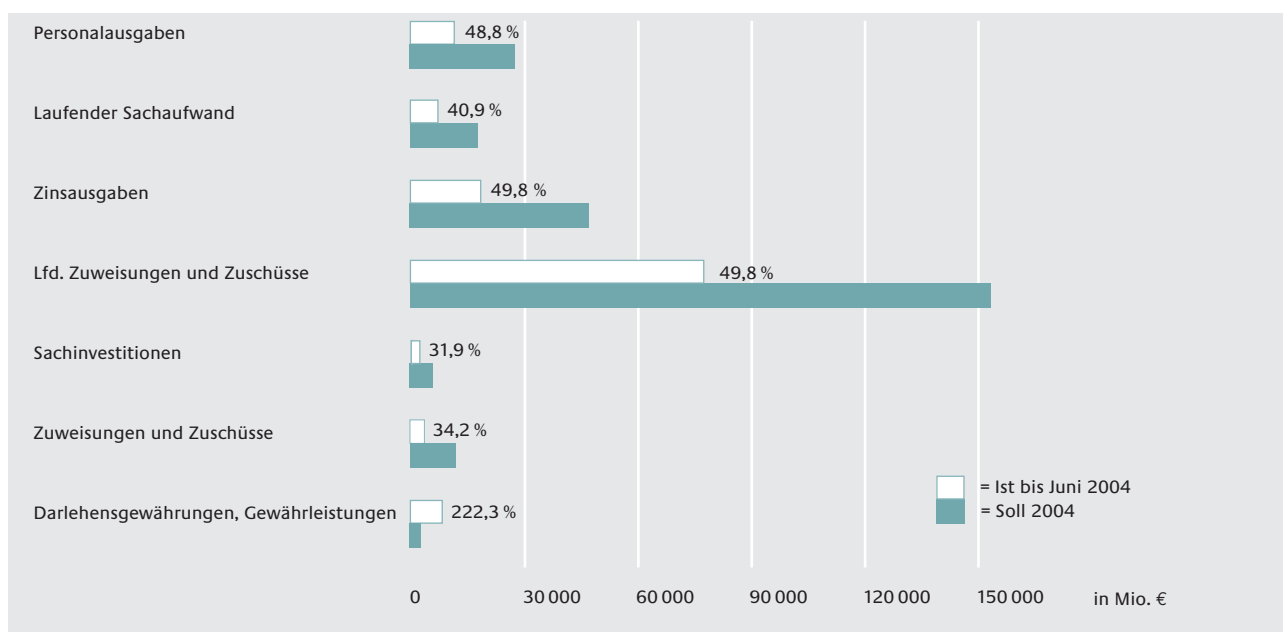
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juni 2004



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2004		Ist 2004 Januar bis Juni		Ist 2003 Januar bis Juni		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %		
Konsumtive Ausgaben	235 680	115 566	88,2	114 425	86,9	1,0	
Personalausgaben	27 325	13 338	10,2	13 477	10,2	- 1,0	
Aktivbezüge	20 615	9 936	7,6	10 138	7,7	- 2,0	
Versorgung	6 711	3 402	2,6	3 339	2,5	1,9	
Laufender Sachaufwand	17 536	7 170	5,5	7 383	5,6	- 2,9	
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 547	572	0,4	621	0,5	- 7,9	
Militärische Beschaffungen	8 025	3 544	2,7	3 598	2,7	- 1,5	
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 964	3 054	2,3	3 164	2,4	- 3,5	
Zinsausgaben	37 655	18 739	14,3	17 985	13,7	4,2	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	152 786	76 146	58,1	75 400	57,3	1,0	
an Verwaltungen	13 807	6 862	5,2	6 926	5,3	- 0,9	
an andere Bereiche	138 979	69 393	53,0	68 462	52,0	1,4	
darunter							
Unternehmen	18 707	6 240	4,8	7 008	5,3	- 11,0	
Renten, Unterstützungen u. a.	24 065	12 917	9,9	11 901	9,0	8,5	
Sozialversicherungen	92 507	48 366	36,9	47 677	36,2	1,4	
Sonstige Vermögensübertragungen	377	173	0,1	179	0,1	- 3,4	
Investive Ausgaben	24 639	15 448	11,8	17 219	13,1	- 10,3	
Finanzierungshilfen	17 510	13 175	10,1	14 946	11,4	- 11,8	
Zuweisungen und Zuschüsse	13 259	4 537	3,5	5 976	4,5	- 24,1	
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 685	8 191	6,3	8 574	6,5	- 4,5	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	565	447	0,3	395	0,3	13,2	
Sachinvestitionen	7 129	2 273	1,7	2 273	1,7	0,0	
Baumaßnahmen	5 517	1 786	1,4	1 869	1,4	- 4,4	
Erwerb von beweglichen Sachen	1 036	308	0,2	235	0,2	31,1	
Grunderwerb	576	180	0,1	169	0,1	6,5	
Globalansätze	- 3 019	0		0			
Ausgaben insgesamt	257 300	131 014	100,0	131 644	100,0	- 0,5	

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juni 2004



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2004	Ist 2004		Ist 2003		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	197 677	82 861	91,8	82 388	87,1	0,6
Bundesanteile an:	149 314	66 454	73,6	64 245	67,9	3,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 759	31 427	34,8	31 025	32,8	1,3
davon:						
Lohnsteuer	52 587	23 741	26,3	25 088	26,5	- 5,4
veranlagte Einkommensteuer	3 171	- 1 165	- 1,3	- 1 212	- 1,3	- 3,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 140	3 620	4,0	3 127	3,3	15,8
Zinsabschlag	3 445	1 901	2,1	2 191	2,3	- 13,2
Körperschaftsteuer	7 416	3 331	3,7	1 832	1,9	81,8
Steuern vom Umsatz	76 199	34 629	38,4	32 580	34,4	6,3
Gewerbsteuerumlage	1 356	397	0,4	641	0,7	- 38,1
Mineralölsteuer	43 100	15 211	16,9	15 619	16,5	- 2,6
Tabaksteuer	15 853	5 860	6,5	5 549	5,9	5,6
Solidaritätszuschlag	10 550	5 019	5,6	4 985	5,3	0,7
Versicherungsteuer	8 700	5 462	6,1	5 593	5,9	- 2,3
Stromsteuer	6 700	3 334	3,7	2 749	2,9	21,3
Branntweinsteuer	2 220	940	1,0	849	0,9	10,7
Kaffeesteuer	1 020	508	0,6	462	0,5	10,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 196	- 7 503	- 8,3	- 7 720	- 8,2	- 2,8
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 700	- 7 419	- 8,2	- 6 708	- 7,1	10,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 400	- 1 814	- 2,0	-	-	-
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 949	- 3 405	- 3,8	- 3 423	- 3,6	- 0,5
II. Sonstige Einnahmen	30 053	7 398	8,2	12 195	12,9	- 39,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 193	555	0,6	3 805	4,0	- 85,4
Zinseinnahmen	1 028	375	0,4	553	0,6	- 32,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	11 279	2 213	2,5	1 930	2,0	14,7
Einnahmen zusammen	227 730	90 259	100,0	94 583	100,0	- 4,6

Steuereinnahmen im Juni 2004

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im Juni 2004 um + 1,9 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Während die gemeinschaftlichen Steuern mit - 0,5 % leicht rückläufig waren, verzeichneten die reinen Bundessteuern einen Anstieg um + 8,6 % und die reinen Ländersteuern um + 18,5 %.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Juni 2004 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug + 1,1 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen - bedingt durch die starke Zunahme der reinen Bundessteuern - im Juni um + 2,4 %. In der kumulierten Betrachtung liegen die Steuereinnahmen des Bundes - nach der Stagnation im Vormonat - jetzt mit + 0,5 % wieder leicht im Plus.

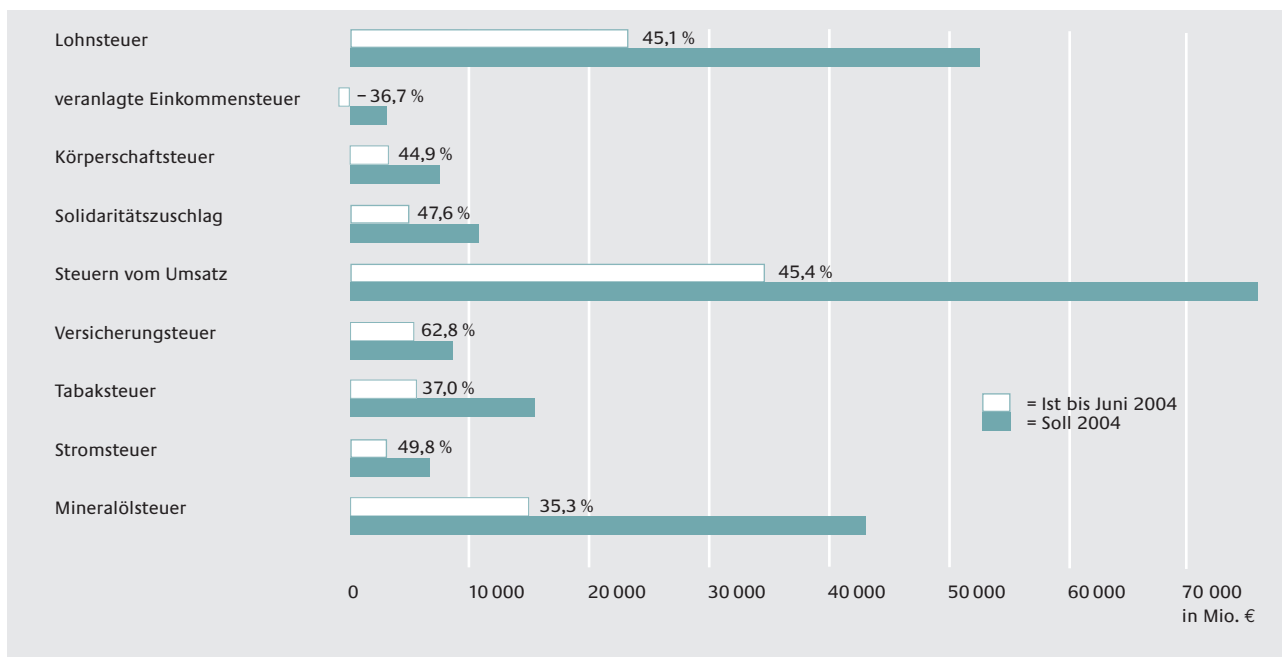
Bei der Lohnsteuer setzte sich die rückläufige Entwicklung vom Vormonat mit - 6,3 % weiter

fort. Da das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld im Juni leicht gestiegen ist, ergibt sich in der Bruttobetrachtung - also vor Abzug des Kindergelds - mit - 4,7 % ein geringerer Rückgang. Dieser ist im Wesentlichen Folge der seit Jahresbeginn geltenden Tarifsenkung.

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich im Vorauszahlungsmonat Juni nur leicht um + 0,4 %. Brutto betrachtet, d. h. vor Abzug der kräftig gestiegenen Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer und leicht rückläufigen Eigenheimzulage und Investitionszulage, betrug der Anstieg + 2,6 %. Die Einnahmen aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit bewegten sich mit 52,6 Mio. € etwa auf dem Niveau der Vormonate.

Der zweite Vorauszahlungstermin des Jahres brachte bei der Körperschaftsteuer ein um 1,3 Mrd. € (+ 48,0 %) höheres Aufkommen als im Vorjahresmonat. Zwar entfällt knapp die Hälfte dieses Aufkommenszuwachses auf einen Basiseffekt (im Vorjahr gab es eine hohe KSt-Erstattung

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juni 2004



in einem Bundesland). Insgesamt jedoch verfestigt sich die Tendenz zur Erholung der Körperschaftsteuer.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag blieben mit - 19,1 % deutlich hinter dem Vorjahreswert zurück. Damit setzte sich die unstete Aufkommensentwicklung - teils waren die Einnahmen aufgrund von Sondereffekten überzeichnet, teils unterzeichnet - fort. Eine Normalisierung der Ausschüttungen lässt weiter auf sich warten.

Die Einnahmen aus dem Zinsabschlag gingen im Vorjahresvergleich um - 22,3 % zurück. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die weiterhin rückläufige Durchschnittsverzinsung.

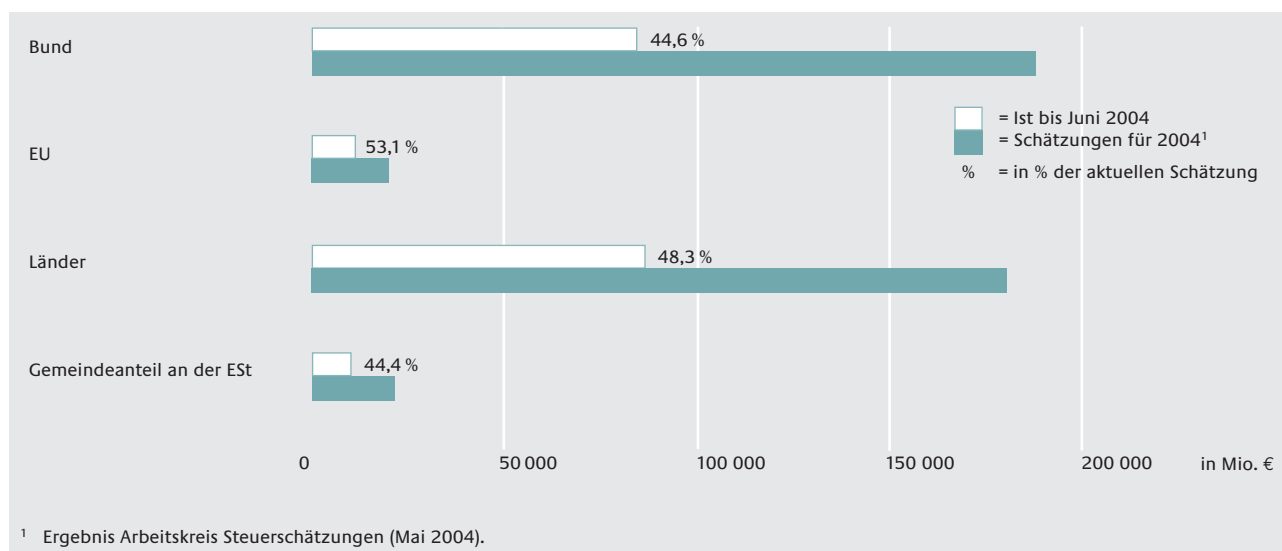
Die schwache private inländische Endnachfrage hinterlässt ihre Spuren im Aufkommen der Steuern vom Umsatz, die im Juni 2004 um - 2,9 % zurückgingen.

Die mit + 8,6 % kräftige Zunahme der reinen Bundessteuern ist ausschließlich kassentechnisch

bedingt. Seit Jahresbeginn werden die reinen Bundessteuern periodengerecht verbucht. Aufgrund der nicht angepassten Vorjahreswerte sind damit die in diesem Jahr ausgewiesenen Veränderungsraten verzerrt. Die Einnahmen aus Stromsteuer und Tabaksteuer stiegen um + 53,6 % bzw. + 50,5 %. Auch die Branntweinsteuer (+ 7,5 %), die Versicherungssteuer (+ 3,3 %) und der Solidaritätszuschlag (+ 1,8 %) verbesserten sich im Vorjahresvergleich. Die Mineralölsteuer hingegen war mit - 3,5 % rückläufig.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern nahm um + 18,5 % zu. Ursächlich hierfür war in erster Linie die Erbschaftsteuer, deren Einnahmen sich aufgrund eines großen Erbschaftsteuerfalls in einem Bundesland mit + 87,5 % fast verdoppelten. Die Kraftfahrzeugsteuer überraschte ebenfalls mit einer Zunahme um + 11,5 %, die Grunderwerbsteuer verbesserte sich um + 2,6 %. Die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer stagnierten (+ 0,1 %), während die Biersteuer um - 5,0 % zurückging.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juni 2004



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2004	Jun	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 002	- 6,3	59 078	- 5,1	125 400	- 5,8
veranlagte Einkommensteuer	5 234	0,4	- 2 754	.	5 800	27,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 441	- 19,1	7 233	15,7	9 900	10,0
Zinsabschlag	303	- 22,3	4 320	- 13,2	6 825	- 10,6
Körperschaftsteuer	3 890	48,0	6 658	81,7	12 450	50,4
Steuern vom Umsatz	10 788	- 2,9	67 916	1,4	138 900	1,4
Gewerbsteuerumlage	3	- 89,1	900	- 35,7	2 944	- 41,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	- 71,9	550	- 8,2	2 061	- 1,0
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	31 664	- 0,5	143 901	0,4	304 280	- 0,8
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 452	- 3,5	15 211	- 2,6	42 300	- 2,1
Tabaksteuer	1 022	50,5	5 860	5,6	14 500	2,9
Branntweinsteuer	172	7,5	940	10,8	2 170	- 1,6
Versicherungsteuer	499	3,3	5 462	- 2,3	8 800	- 0,8
Stromsteuer	890	53,6	3 334	21,3	6 550	0,3
Solidaritätszuschlag	1 219	1,8	5 019	0,7	10 140	- 1,4
sonstige Bundessteuern	121	2,7	722	11,3	1 501	4,1
Bundessteuern insgesamt	7 374	8,6	36 548	1,5	85 960	- 0,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	601	87,5	2 443	48,2	4 298	27,4
Grunderwerbsteuer	353	2,6	2 397	- 3,6	4 800	0,0
Kraftfahrzeugsteuer	707	11,5	4 166	4,8	7 800	6,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	160	0,1	956	0,6	1 870	0,5
Biersteuer	70	- 5,0	379	1,7	800	1,8
sonstige Ländersteuern	16	- 79,8	278	- 24,6	475	- 14,8
Ländersteuern insgesamt	1 906	18,5	10 618	8,3	20 043	7,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	242	21,5	1 446	6,8	2 850	- 0,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	267	- 45,5	1 814	- 38,4	3 450	- 33,8
BSP-Eigenmittel	1 248	11,6	7 419	10,6	13 800	7,5
EU-Eigenmittel insgesamt	1 757	- 2,8	10 679	- 2,9	20 100	- 3,9
Bund³	18 867	2,4	84 218	0,5	188 883	- 1,6
Länder³	18 015	2,7	87 239	2,9	180 766	1,8
EU	1 757	- 2,8	10 679	- 2,9	20 100	- 3,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 546	- 4,3	10 377	- 4,8	23 383	- 4,2
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	41 185	1,9	192 513	1,1	413 132	- 0,4

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK Steuerschätzungen vom Mai 2004.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen blieben im Juni weitgehend unverändert. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Mai bei 4,27 % lag, notierte Ende Juni bei 4,29 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – lagen Ende Juni bei 2,12 %. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen verändert und gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte legten im Juni zu. Der Deutsche Aktienindex DAX notierte Ende Juni bei

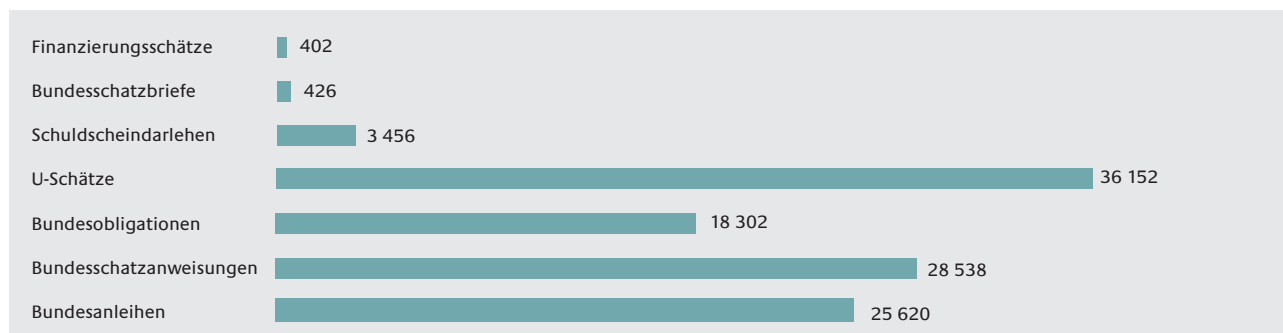
4 053 Punkten (Ende Mai: 3 921 Punkte). Der 50 Spitzenwerte der EWU umfassende Euro Stoxx 50 lag Ende Juni bei 2 811 Punkten (Ende Mai: 2 748 Punkte).

Monetäre Entwicklung

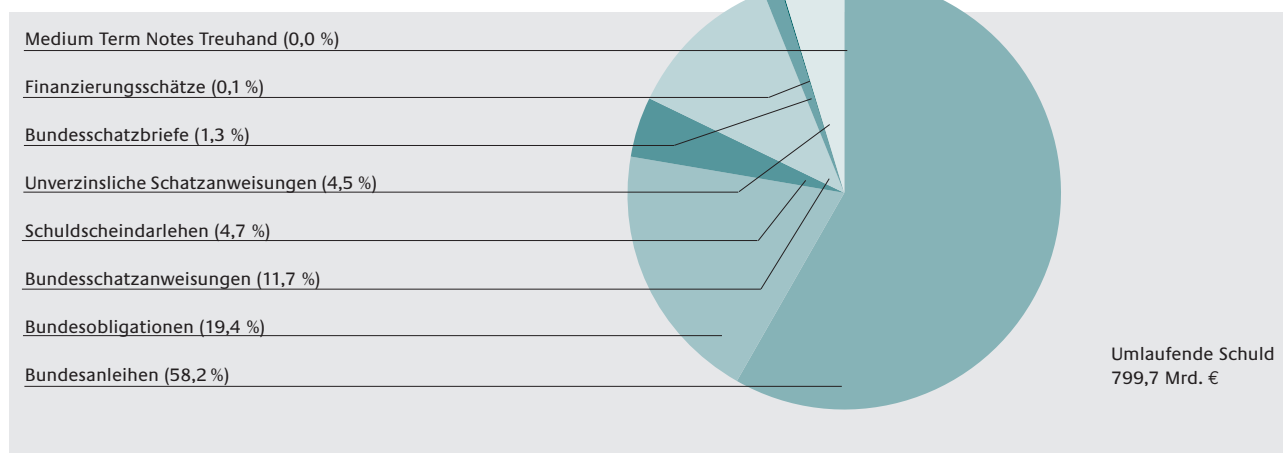
Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der Geldmenge M 3 ist im Euroraum von März bis Mai 2004 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 5,5 % gesunken (Dreimonatsdurchschnitt Februar bis April 2004: 6,0 %; Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor belief sich im Euroraum im Mai auf 5,8 % (verglichen mit 5,9 % im Vormonat). In Deutschland lag die vorgenannte Wachstumsrate mit 0,9 % ebenfalls unter dem Vormonatswert (1,5 %). Das Kreditwachstum stagniert damit nach wie vor auf mittlerem Niveau im Euroraum bzw. auf niedrigerem Niveau in Deutschland.

Kreditaufnahme des Bundes bis einschl. Juni 2004 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 30. Juni 2004



Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis zum 30. Juni dieses Jahres 112,7 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 112,9 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31.12.2003 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. 5. 2004 um 4,1 % auf 799,7 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im dritten Quartal 2004 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner

Sondervermögen die in der Tabelle S. 21 dargestellten Emissionen zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der detaillierte Emissionskalender für das vierte Quartal 2004 wird in der dritten Dekade September 2004 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im dritten Quartal 2004 auf insgesamt rund 53,2 Mrd. €. Ist- und Planzahlen sind berücksichtigt. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im dritten Quartal 2004 auf insgesamt rund 14,9 Mrd. €.

Tilgungen und Zinszahlungen im 3. Quartal 2004 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen des Bundes	5,1	-	5,1	10,2
Bundesschatzbriefe	-	5,0	-	5,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,3	0,1	0,3	0,7
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Anleihen Treuhand	-	-	5,1	5,1
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	0,0
Ausgleichsfonds Währungsstellung	1,1	-	-	1,1
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,7	0,2	0,2	1,1
MTN Treuhand	-	-	-	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	13,2	11,3	28,7	53,2

Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	10,7	2,7	1,5	14,9

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2004

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135259 WKN 113 525	Aufstockung	7. Juli 2004	10 Jahre fällig 4. Juli 2014 Zinslaufbeginn: 28. Mai 2004 Erster Zinstermin: 4. Juli 2005	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137065 WKN 113 706	Aufstockung	14. Juli 2004	2 Jahre fällig 23. Juni 2006 Zinslaufbeginn: 23. Juni 2004 Erster Zinstermin: 23. Juni 2005	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135226 WKN 113 522	Aufstockung	21. Juli 2004	30 Jahre fällig 4. Juli 2034 Zinslaufbeginn: 31. Januar 2003 Erster Zinstermin: 4. Juli 2004	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135259 WKN 113 525	Aufstockung	18. August 2004	10 Jahre fällig 4. Juli 2014 Zinslaufbeginn: 28. Mai 2004 Erster Zinstermin: 4. Juli 2005	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141455 WKN 114 145	Neuemission	25. August 2004	5 Jahre fällig 9. Oktober 2009 Zinslaufbeginn: 27. August 2004 Erster Zinstermin: 9. Oktober 2005	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137073 WKN 113 707	Neuemission	22. September 2004	2 Jahre fällig 22. September 2006 Zinslaufbeginn: 22. September 2004 Erster Zinstermin: 22. September 2005	ca. 9 Mrd. €
3. Quartal 2004 insgesamt				ca. 44 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114692 WKN 111 469	Neuemission	12. Juli 2004	6 Monate fällig 12. Januar 2005	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114700 WKN 111 470	Neuemission	16. August 2004	6 Monate fällig 16. Februar 2005	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114718 WKN 111 471	Neuemission	13. September 2004	6 Monate fällig 16. März 2005	ca. 6 Mrd. €
3. Quartal 2004 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Den vorliegenden Konjunkturindikatoren zufolge hat sich im Frühjahr die konjunkturelle Erholung fortgesetzt und in der Industrie sogar merklich beschleunigt. Beflügelt durch die stark expandierende Weltwirtschaft wurden in Deutschland die Produktion und der Export kräftig ausgeweitet. Für die Binnenkonjunktur waren allerdings nur vereinzelte Hoffnungsschimmer auszumachen. Erst wenn im Inland die Investitionen und der private Konsum in Fahrt kommen, kann sich ein selbsttragender Aufschwung entfalten. Dies ist auch die Voraussetzung dafür, dass eine Besserung der derzeit weiterhin angespannten Situation der öffentlichen Haushalte eintritt.

Die Exporte als Schrittmacher der deutschen Konjunktur wiesen zuletzt eine ungewöhnlich hohe Dynamik auf. In den beiden Monaten April und Mai legten die Warenexporte (nominal) jeweils gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Rechnung um fast 4 % zu. In beiden Monaten zusammen genommen wurde der Vorjahresstand um 13,2 % übertroffen. Die detaillierte Länderstruktur der deutschen Ausfuhren, die erst bis April vorliegt, zeigt die hohe Präsenz und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte in den derzeitigen Boom-Regionen der Welt. So erhöhten sich in den ersten vier Monaten die Exporte nach China um 28,7 %, nach Russland um 24,6 % und Japan um 11,9 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum (zum Vergleich: gleichzeitig erhöhten sich die deutschen Exporte insgesamt um 10,5 %). Auch die Exporte in die USA weisen – nach anfänglichen Rückgängen – jetzt in kumulativer Rechnung wieder einen leichten Zuwachs auf. Dies deutet darauf hin, dass die dämpfenden Wirkungen der Euro-Aufwertung abgeklungen sind. Für Mai liegt eine Zuordnung der Ausfuhren nur nach Ländergruppen vor. Danach sind nunmehr in der Ländergruppe EU auch die neu beigetretenen Staaten enthalten. Im Mai sind

im Vorjahresvergleich die Ausfuhren in die Länder der EU – anders als zuvor – überdurchschnittlich angestiegen. Im gesamten Zeitraum von Januar bis Mai weisen die Vorjahresabstände aber nur geringe Unterschiede auf (EU-Länder + 10,2 %, Drittländer + 10,5 %).

Auch die Entwicklung der deutschen Importe war zuletzt steil aufwärts gerichtet. Im April und Mai wuchsen sie gegenüber dem jeweiligen Vormonat um fast 3 ½ % und lagen in beiden Monaten zusammen um 6,4 % höher als vor Jahresfrist. Bei einer Beurteilung dieser Entwicklung sind jedoch auch die im Mai besonders stark angestiegenen Importpreise (insbesondere für Rohstoffe), die den Wertumfang der Einfuhren erhöhen, in Rechnung zu stellen. Die steigenden Einfuhren hängen aber auch mit der hohen Exportdynamik zusammen, da die Unternehmen für ihre wachsenden Exporte auch mehr Zulieferungen importieren. Ob die wachsenden Einfuhren darüber hinaus auch ein Hinweis auf eine mögliche Belebung der inländischen Investitions- und/oder Verbrauchskonjunktur sein könnten, ist derzeit noch nicht eindeutig erkennbar.

Die stark exportorientierten Unternehmen der deutschen Industrie, allen voran die Investitionsgüterproduzenten, profitierten in besonderem Maße von der boomenden Auslandsnachfrage. Dadurch haben sich Produktion und Umsatz der gesamten Industrie im April und Mai spürbar erhöht. Im Zwei-monatsvergleich ergibt sich gegenüber Februar/März saisonbereinigt ein Anstieg um 2,6 %. Auch der Vorjahresstand wurde deutlich übertroffen. An den Umsatzzahlen, die eine Untergliederung in Inlands- und Auslandsabsatz zulassen, sind die stärkeren Impulse der Auslandsnachfrage deutlich abzulesen. So erhöhten sich im April/Mai die Exportumsätze saisonbereinigt um 3,8 %, die inländischen Verkäufe aber „nur“ um 1,8 %. Immerhin ist der Inlandsabsatz bei den Investitionsgüterproduzenten um 3,0 % gestiegen und bei den Konsumgüterherstellern – anders als im ersten Quartal – nicht mehr zurückgegangen. Es ist jedoch verfrüht, um aus diesen Einzelindikatoren zu schlussfolgern, dass die Binnenkonjunktur bereits auf Erholungskurs ist,

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.03	4.Q.03	1.Q.04	3.Q.03	4.Q.03	1.Q.04
Bruttoinlandsprodukt								
real	1 988	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 1,5
nominal	2 129	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,4
Einkommen								
Volkseinkommen	1 573	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,3	- 0,8	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,5
Arbeitnehmerentgelt	1 133	+ 0,2	+ 0,2	- 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0
Unternehmens- und Vermögenseink.	440	- 0,3	+ 7,2	+ 2,8	- 4,3	+ 0,9	+ 5,7	+ 4,9
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 379	+ 1,0	+ 0,2	- 0,2	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,0
Bruttolöhne u. Gehälter	909	- 0,1	+ 0,1	- 0,7	+ 0,9	- 0,1	- 0,5	+ 0,1
Sparen d. priv. Haush.	151	+ 3,3	+ 1,4	- 3,6	+ 4,9	+ 3,3	- 2,2	+ 1,1

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)			Apr 04	Mai 04	2- Monats- durch- schnitt	Apr 04	Mai 04	2- Monats- durch- schnitt
Umsätze								
Industrie ¹	100,7	+ 0,0	+ 2,7	+ 0,5	+ 2,6	+ 4,0	+ 7,1	+ 5,5
Inland ¹	97,0	- 0,5	+ 2,1	- 0,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,7
Ausland ¹	106,7	+ 0,7	+ 3,5	+ 1,7	+ 3,8	+ 6,1	+ 13,5	+ 9,7
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	6,9	- 3,3	- 1,1	.	- 0,7	- 12,0	.	- 5,7
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	100,3	- 0,1	+ 2,0	- 1,3	+ 1,1	- 1,3	- 4,2	- 2,7
Großhandel (ohne Kfz.)	94,2	+ 1,0	- 0,1	- 2,7	+ 0,4	+ 2,8	- 1,7	+ 0,5
Auftragseingang								
Industrie	98,6	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,1	+ 7,1	+ 8,2	+ 7,6
Inland	94,3	+ 0,0	+ 0,7	- 0,5	+ 0,7	+ 5,4	+ 1,4	+ 3,4
Ausland	104,0	+ 1,6	+ 3,6	+ 4,4	+ 5,8	+ 9,1	+ 16,1	+ 12,5
Bauhauptgewerbe	79,1	- 10,7	+ 1,5	.	- 8,2	- 6,6	.	- 5,2
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	664	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,9	+ 6,5	+ 14,5	+ 11,8	+ 13,2
Waren-Importe	532	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,7	+ 6,7	+ 6,1	+ 6,4

Arbeitsmarkt	2003		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Apr 04	Mai 04	Jun 04	Apr 04	Mai 04	Jun 04
Erwerbstätige, Inland	38,25	- 1,1	- 28	.	.	- 169	.	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA) ²	4,29	+ 6,9	+ 21	+ 7	- 1	+ 32	+ 43	+ 62

Preise	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Apr 04	Mai 04	Jun 04	Apr 04	Mai 04	Jun 04
Importpreise	96,2	- 2,2	+ 0,5	+ 0,7	.	+ 0,4	+ 2,5	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	104,1	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,5	.	+ 0,9	+ 1,6	.
Preisindex der Lebenshaltung	104,5	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,7

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland	saisonbereinigte Salden							
	Nov 03	Dez 03	Jan 04	Feb 04	Mrz 04	Apr 04	Mai 04	Jun 04
Klima	+ 5,4	+ 6,6	+ 9,2	+ 6,5	+ 4,3	+ 5,1	+ 5,4	+ 3,7
Geschäftslage	- 11,6	- 11,0	- 6,6	- 7,4	- 7,0	- 3,8	- 2,2	- 3,5
Geschäftserwartungen	+ 23,9	+ 25,8	+ 26,3	+ 21,4	+ 16,3	+ 14,2	+ 13,4	+ 11,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut

¹ Berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

² Ab Januar 2004 werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr zu den Arbeitslosen gerechnet.

zumal sich im Monat Mai der Inlandsumsatz der Industrie wieder etwas abgeschwächt hat. Die Nachfrageentwicklung in der Industrie lässt erkennen, dass sich die exportgestützte Belebung der Industriekonjunktur auch in nächster Zeit fortsetzen dürfte. Der Wert der neuen Auslandsaufträge erhöhte sich im April/Mai saisonbereinigt um 5,8 %, der Wert der Inlandsaufträge um 0,7 %. Dabei wiesen die Inlandsorders der Konsumgüterproduzenten – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau – erstmals wieder spürbare Zuwächse auf. Die Stimmung in den Industrieunternehmen ist weiterhin mehrheitlich positiv. Den Juni-Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests zufolge hat sich das Geschäftsklima im Juni aber etwas abgekühlt. Dabei blieb jedoch bei der Lagebeurteilung alles in allem der Aufwärtstrend erhalten. Bei den Geschäftserwartungen zeigte sich eine weitere Normalisierung nach dem vorangegangenen, offensichtlich überzogenen Optimismus.

Anders als in der Industrie hält im Bausektor die konjunkturelle Schwäche an, gekoppelt mit strukturellen Anpassungsprozessen. Produktion, Umsatz und Auftragseingang waren abwärts gerichtet und bewegten sich deutlich unter ihren entsprechenden Vorjahresständen.

Die ungünstige Entwicklung im Einzelhandel, dessen Umsätze rd. ein Drittel der privaten Konsumausgaben umfassen, reflektiert die derzeitige Schwäche des gesamten privaten Verbrauchs. Nach einem deutlichen Umsatzrückgang im ersten Quartal scheint sich danach die Verkaufstätigkeit aber etwas stabilisiert zu haben. Im April waren die nominalen Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen) saisonbereinigt deutlich angestiegen, aber im Mai sind sie bereits wieder leicht zurückgegangen. Im Zweimonatsdurchschnitt ergibt sich daraus ein merklicher Anstieg (+ 1,1 %), allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Bei der Bewertung der Umsatzentwicklung am aktuellen Rand ist jedoch die hohe Volatilität und Revisionsanfälligkeit der Statistischen Zahlen in Rechnung zu stellen. Auch die Stimmungsindikatoren vermitteln ein gemischtes Bild. Während das ifo-Geschäfts-

klima bei den Einzelhandelsunternehmen sich im Mai und Juni eingetrübt hat, hellte sich die Stimmung bei den Verbrauchern laut GfK-Konsumklima im Juni geringfügig auf.

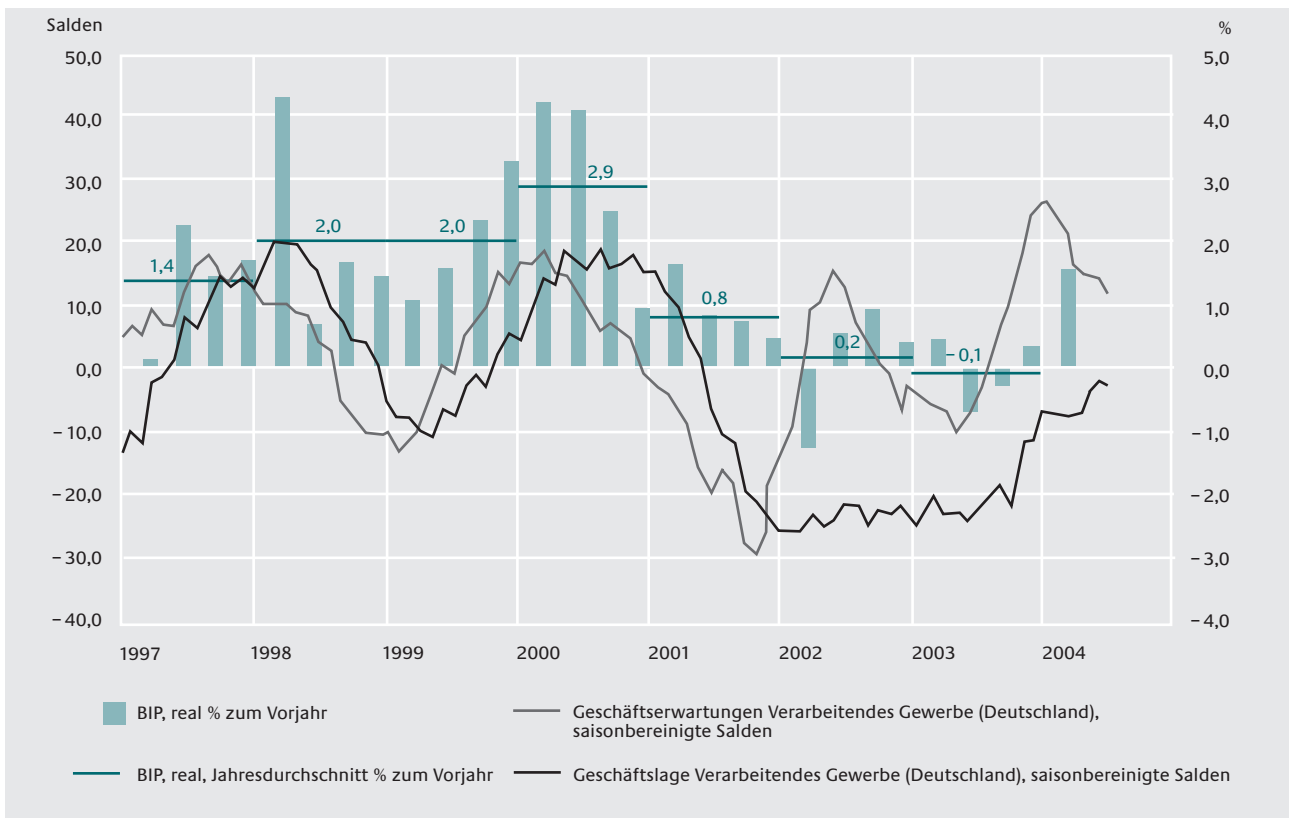
Eine entscheidende Ursache für die derzeitige Konsumschwäche ist die anhaltend ungünstige Arbeitsmarktsituation. Jedoch ist im Juni die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl erstmals seit Jahresbeginn nicht weiter angestiegen, sondern verharrte praktisch auf dem Vormonatsniveau (- 1 000). Bereits in den Vormonaten hatte sich der Anstieg beständig verlangsamt. Bei dieser Entwicklung dürfte der verstärkte Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente eine wichtige Rolle gespielt haben. Ein Indiz für eine möglicherweise bevorstehende Stabilisierung des Arbeitsmarktes könnte jedoch der wiederholte Rückgang der Kurzarbeiterzahlen sein. Insgesamt waren im Juni 4,23 Mio. Arbeitslose registriert, 62 000 mehr als vor Jahresfrist (basisbereinigt). Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in nationaler Abgrenzung belief sich im Juni unverändert auf 10,5 % (West 8,4 %, Ost 18,5 %) und nach der EU-weit harmonisierten Definition auf 9,8 %. Bei den erst bis April vorliegenden Erwerbstätigenzahlen zeichnete sich allerdings noch keine Stabilisierung ab. Die Beschäftigung ist saisonbereinigt erneut gesunken (- 28 000 Personen). Im Vorjahresvergleich betrug die Abnahme 169 000 (- 0,4 %). Ein Ende des Beschäftigungsabbaus und eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist erst zu erwarten, wenn die konjunkturelle Erholung an Stärke gewonnen hat und über einen längeren Zeitraum ihre Wirkung entfaltet.

Die Preisentwicklung war im Mai/Juni durch die Bewegungen der Weltmarktpreise für Rohstoffe geprägt. Dabei hielten sich die Auswirkungen auf das Inland aber in engen Grenzen, so dass insgesamt das Preisklima entspannt blieb. Die Importpreise waren bereits ab März durch die starken Verteuerungen von Erdöl und anderen Rohstoffen stark nach oben in Bewegung geraten. Die Ursachen hierfür waren das beschleunigte Wachstum der Weltwirtschaft, insbesondere die Sogwirkung des stark expandierenden chinesischen Marktes,

die Verunsicherungen über die Ölpreisentwicklung wegen der Lage im Irak sowie die nachlassende Entlastung durch einen starken Euro. Im Mai hat es einen neuen Preisschub bei den Importpreisen gegeben. Das entsprechende Vorjahresniveau, das am Jahresanfang noch um rd. 3 % unterschritten worden war, ist zuletzt um 2,5 % übertroffen worden. Maßgeblich war ein Hochschnellen der Rohölpreise, die zeitweilig über 38 \$ je Barrel gelegen hatten. Auch die inländischen Erzeugerpreise

zogen im Mai spürbar an und lagen damit um 1,6 % über ihrem Vorjahresniveau. Der Preisindex der Lebenshaltung wurde ebenfalls durch die internationalen Rohölnotierungen, die direkt auf die inländischen Kraftstoffpreise durchschlagen, beeinflusst. Im Mai erreichte die jährliche Teuerungsrate erstmals wieder seit März 2002 die 2 %-Marke. Im Juni haben aber die Kraftstoffpreise wieder nachgegeben und der Verbraucherpreisanstieg gegenüber dem Vorjahresmonat verringerte sich auf + 1,7 %.

BIP-Wachstum und Geschäftsklima



Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2004

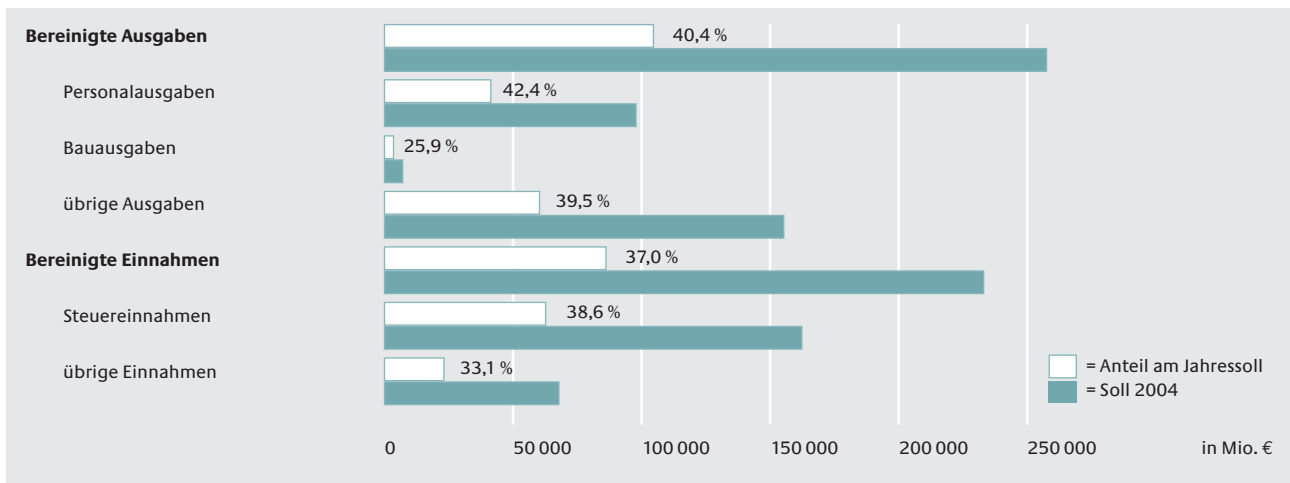
Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung der Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Mai 2004 vor.

Die Haushaltsentwicklung besitzt zum jetzigen

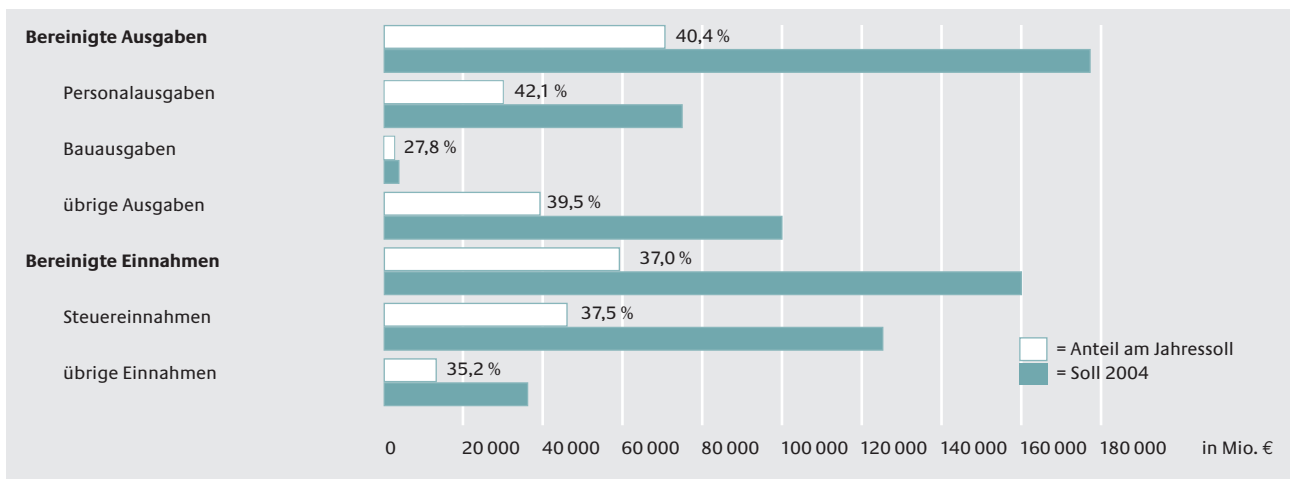
Zeitpunkt noch keine Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres 2004. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen dient daher lediglich zur Information.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Mai 2004, die im Einzelnen in den Tabellen im Statistikeil aufgeführt sind, stellen sich zusammengefasst wie folgt dar:

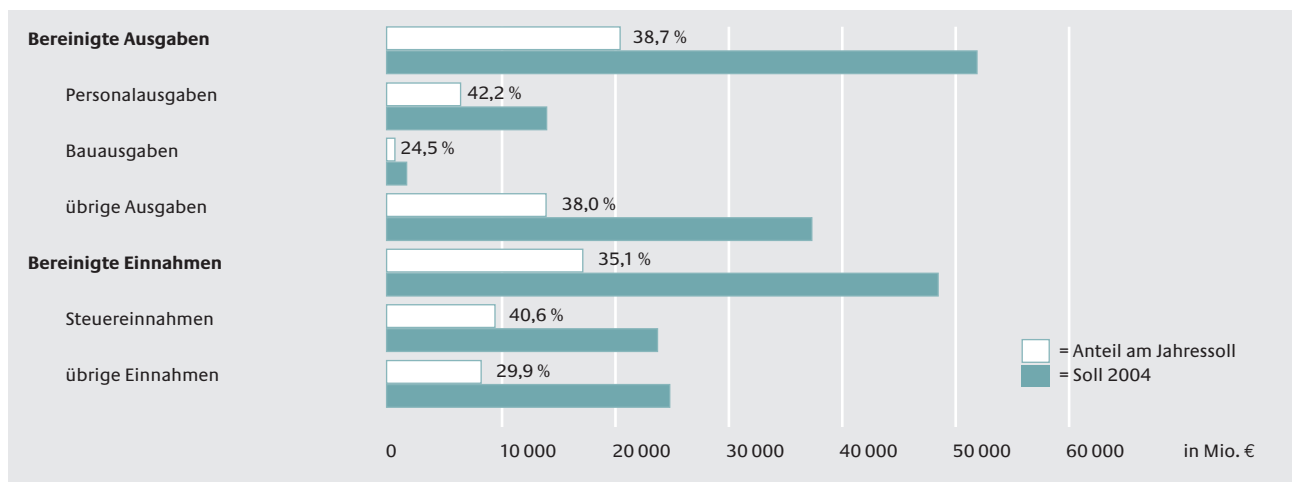
Länder insgesamt



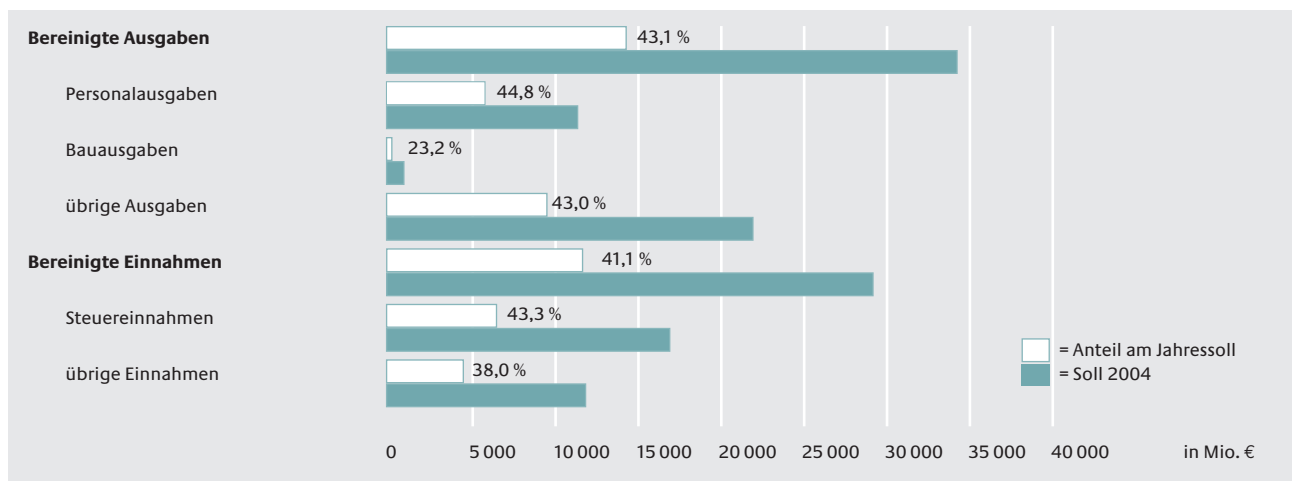
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Jüngste Beratungen im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN-Rat)

Rückblick auf die Treffen des ECOFIN-Rates am 2. Juni und 5. Juli 2004

Die Treffen des ECOFIN-Rates im Juni und Juli waren inhaltlich durch die folgenden Themen geprägt:

- die Besteuerung von Zinserträgen,
- die Aktualisierung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik,
- die Integration der Finanzmärkte,
- das Arbeitsprogramm des niederländischen Vorsitzes im zweiten Halbjahr 2004,
- die Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf verschiedene Mitgliedstaaten.

Die Besteuerung von Zinserträgen

Bereits im vergangenen Jahr war die Zinsertragsteuer-Richtlinie (Richtlinie 2003/48/EG) verabschiedet worden, mit der die Besteuerung von grenzüberschreitenden Zinszahlungen an Privatanleger innerhalb der EU – entweder durch Kontrollmitteilungen oder Erhebung einer Quellensteuer – sichergestellt werden soll. Die Umsetzung dieser Zinsrichtlinie war davon abhängig gemacht worden, dass der Rat bis zum 30. Juni 2004 einstimmig feststellt, dass die in der Richtlinie genannten Drittstaaten und Gebiete (insbes. Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Monaco, Andorra, Isle of Man, Kanalinseln und Gebiete in der Karibik) ab dem 1. Januar 2005 Maßnahmen anwenden, die als gleichwertig im Verhältnis zu den von den EU-Mitgliedstaaten zum gleichen Zeitpunkt zu ergreifenden Maßnahmen angesehen werden können.

Der ECOFIN-Rat stellte am 2. Juni 2004 zwar fest, dass die Maßnahmen, die in den Drittstaaten

bzw. abhängigen und assoziierten Gebieten zur Anwendung kommen sollen, der Zinsrichtlinie inhaltlich äquivalent sind, konnte aber eine Prognose dahin gehend, dass eine Umsetzung zum 1. Januar 2005 erfolgen wird, nicht stellen, weil z. B. die Schweiz gegenüber der Gemeinschaft keine verbindliche Terminzusage zum 1. Januar erteilen konnte.

Bei dieser Sachlage und auf der Grundlage von ergänzenden Gesprächen mit der Schweiz beabsichtigen die EU-Mitgliedstaaten in naher Zukunft zu beschließen, dass nunmehr der 1. Juli 2005 (statt wie bisher der 1. Januar 2005) als verbindlicher Anwendungszeitpunkt der Zinsrichtlinie festgesetzt wird.

Die Aktualisierung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik

Mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik werden die Leitlinien der europäischen Wirtschaftspolitik, in denen sich die Mitgliedstaaten bewegen sollen, festgelegt. Die Grundzüge des aktuellen Zeitraums 2003 bis 2005 wurden im vergangenen Jahr beschlossen, so dass in diesem Jahr die Grundzüge lediglich zu aktualisieren waren. Der ECOFIN-Rat verabschiedete daher einen Bericht mit Aktualisierungsvorschlägen, wonach die derzeitige Prioritätensetzung bestätigt wird. Das heißt

- Stärkung eines nachhaltigen Wachstums durch Investitionen, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit;
- mehr Flexibilität im Bereich der Arbeitsmärkte;
- Nachhaltigkeit bei den öffentlichen Finanzen.

Wie im Vorjahr enthalten die „Grundzüge“ ein Kapitel zur Eurozone. Der Bericht legt den Schwerpunkt auf die Anwendung der Leitlinien in den zehn neuen Mitgliedstaaten und gibt länderspezifische Empfehlungen. Er beinhaltet ferner aktualisierte Leitlinien für die öffentlichen Finanzen in Deutschland, Griechenland, Frankreich, Italien, in den Niederlanden, Portugal sowie dem Vereinigten

Königreich. Mit Blick auf Deutschland wurden die haushaltspolitischen Empfehlungen überarbeitet und um die eingegangenen Verpflichtungen vom 25. November 2003 zur Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits bzw. um die Stellungnahme des ECOFIN-Rates vom 9. März 2004 zum deutschen Stabilitätsprogramm ergänzt.

Der Bericht des ECOFIN-Rates mit den Vorschlägen zur Änderung der Grundzüge wurde mittlerweile auch vom Europäischen Rat bei seiner Tagung am 17. und 18. Juni 2004 in Brüssel gebilligt und durch den ECOFIN-Rat am 5. Juli beschlossen.

Integration der Finanzmärkte

Im Juli 2003 erteilte der ECOFIN-Rat dem Ausschuss für Finanzdienstleistungen das Mandat zur Erarbeitung von Vorschlägen für die weitere Integration des europäischen Finanzmarktes. Ziel dieses Mandates ist es, den europäischen Finanzplatz so weiterzuentwickeln, dass ein integrierter, dynamischer und wettbewerbsfähiger Markt entsteht, der das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt. Die Ergebnisse des Ausschusses für Finanzdienstleistungen wurden vom ECOFIN-Rat begrüßt. Dabei wurde deutlich, dass bereits erhebliche Fortschritte im legislativen Bereich der Finanzdienstleistungen erzielt wurden. Für die weitere Integration des europäischen Finanzsektors wird der Schwerpunkt auf der Umsetzung und Anwendung der bestehenden Regelungen liegen. Mit Blick auf die weitere Integration der Finanzmärkte wurde der Ausschuss für Finanzdienstleistungen beauftragt, das Thema Ende 2004 erneut aufzugreifen, um die Kommission (KOM) zu Beginn des Jahres 2005 bei der Herausarbeitung ihrer diesbezüglichen Prioritäten zu unterstützen.

Das Arbeitsprogramm des niederländischen Vorsitzes

Zu Beginn jeder Ratspräsidentschaft stellt der neue Vorsitz sein Arbeitsprogramm vor, mit dem die Schwerpunktthemen der kommenden sechs Monate skizziert werden. Der niederländische

Vorsitz nannte für den Bereich des ECOFIN-Rates folgende Themen:

- Reduzierung administrativer Lasten von Unternehmen,
- Fortschritte bei der Weiterentwicklung der Finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2007–2013,
- Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus,
- Gesetzgebung im Bereich der Finanzdienstleistungen,
- Gesetzgebung auf dem Gebiet der Steuern.

Die Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf verschiedene Mitgliedstaaten

Eröffnung eines Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits gegen die Niederlande

Laut der am 19. Mai veröffentlichten Stellungnahme der KOM belief sich im Jahr 2003 das öffentliche Defizit in den Niederlanden auf 3,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit wurde der im EG-Vertrag vorgesehene Referenzwert von 3 % des BIP überschritten. Der ECOFIN-Rat stellte fest, dass auch im Jahr 2004 die Überschreitung der 3 %-Grenze droht und das Defizit damit nicht als vorübergehend eingestuft werden kann. In seiner Empfehlung forderte der ECOFIN-Rat die niederländische Regierung auf, das Defizit bis spätestens 2005 unter die 3 %-Grenze zu führen und dafür zu sorgen, dass die Haushaltskonsolidierung auch nach der Korrektur des übermäßigen Defizits fortgeführt wird.

Eröffnung eines Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits gegen Griechenland

Anfang Mai 2004 wurden von Griechenland die Daten des Jahres 2003 für das öffentliche Defizit auf 3,2 % des BIP sowie für die Staatsverschuldung auf 103 % des BIP revidiert. In ihrem Bericht kam die KOM zu dem Ergebnis, dass Griechenland auch in 2004 die Referenzwerte für das öffentliche Defizit sowie für die Staatsverschuldung überschreiten wird. In der Folge hat die KOM dem ECOFIN-Rat eine Empfehlung vorgelegt, wonach er feststellen möge, dass in Griechenland ein übermäßiges Defizit

besteht. In seiner Empfehlung an die griechische Regierung forderte der ECOFIN-Rat dazu auf, das übermäßige öffentliche Defizit spätestens bis 2005 zu beenden. Der griechischen Regierung wurde eine Frist bis zum 5. November 2004 gesetzt, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Aufgrund der hohen Staatsverschuldung wurde Griechenland ebenfalls aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der entsprechende Referenzwert von 60 % des BIP zügig umgesetzt wird.

Keine Frühwarnung an Italien

Im Jahr 2003 betrug die Defizitquote Italiens nach Angaben von Eurostat 2,4 % des BIP. Die KOM erwartet laut Frühjahrsprognose ohne Politikänderung für 2004 einen Anstieg auf 3,2 % und für 2005 sogar auf 4 %. Daher hatte sich die KOM dafür ausgesprochen, eine Frühwarnung an Italien zu richten. Da von Ministerpräsident Berlusconi auf der ECOFIN-Tagung am 5. Juli 2004 zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 7,5 Mrd. € in 2004 zugesagt wurden, hat der ECOFIN-Rat von einer Frühwarnung abgesehen. In einer einstimmig verabschiedeten Stellungnahme begrüßte der ECOFIN-Rat die Konsolidierungszusage und die Selbstverpflichtung Italiens, den Referenzwertwert

in 2004 von 3 % einzuhalten. Der ECOFIN-Rat verwies auch auf die Notwendigkeit, den Schuldenstand zurückzuführen und dafür Sorge zu tragen, dass das Defizit auch 2005 unter der 3 %-Grenze bleibt.

Konvergenzprogramme der neuen Mitgliedstaaten sowie Eröffnung von Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits gegen einige der neuen Mitgliedstaaten

Die ECOFIN-Minister erörterten die von den neuen Mitgliedstaaten erstmals eingereichten Konvergenzprogramme und diskutierten die Existenz eines übermäßigen Defizits in einzelnen neuen Mitgliedstaaten sowie Empfehlungen zu deren Abbau.

Im Einzelnen:

Die zehn neuen Mitgliedstaaten stehen vor unterschiedlichen Herausforderungen, die insbesondere Reformen der sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitsmärkte sowie des öffentlichen Dienstes betreffen. Die in den Konvergenzprogrammen aufgezeigten mittelfristigen Planungen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen sind unterschiedlich stark ambitioniert. In allen Konvergenzprogrammen dokumentiert sich der Wille, die Konsolidierung

Budgetdefizite, Schuldenstände und Konvergenzziele der neuen Mitgliedstaaten

	Budgetdefizit		in % des BIP	Schuldenstand		Konvergenzziel (nur Budgetdefizite)
	2003	2004		2003	2004	
Polen	- 4,1	- 5,7		45,3	49,0	2007 (- 1,5 %)
Ungarn	- 5,9	- 4,6		59,1	59,4	2008 (- 2,7 %)
Tschechien	-13,6	- 5,6		39,7	40,5	2008 (- 3,0 %)
Slowakei	- 3,6	- 4,0		42,8	45,1	2006 (- 3,0 %)
Slowenien	- 1,8	- 1,9		28,6	29,1	bereits erreicht
Estland	2,6	0,7		5,8	5,4	bereits erreicht
Lettland	- 1,8	- 2,1		15,3	16,2	bereits erreicht
Litauen	- 1,7	- 2,7		21,5	22,4	bereits erreicht
Malta	- 9,7	- 5,2		72,0	72,1	2006 (- 2,3 %)
Zypern	- 6,3	- 5,2		72,6	75,2	2005 (- 2,9 %)

Quelle: Konvergenzprogramme der neuen Mitgliedstaaten;
Anmerkung: Bei Tschechien ergibt sich das Konvergenzziel implizit, wenn die Abbauschritte der Vorjahre (0,5 % p. a. bis 2007) auf das Jahr 2008 fortgeschrieben werden.

fortzusetzen; die vorgelegten fiskalischen Anpassungspfade zeigen daher nach Auffassung der Minister in die richtige Richtung. Viele neue Mitgliedstaaten haben zudem bereits große Anstrengungen im Umwandlungsprozess ihrer Wirtschaft unternommen. Es ist wichtig, realistische Konsolidierungspläne vorzulegen, die genügend Umsetzungschancen haben. Vorbereitend hatte sich bereits der Wirtschafts- und Finanzausschuss auf die Ratsstellungen zu den einzelnen Konvergenzprogrammen geeinigt.

In der Übersicht auf S. 30 werden die aktuellen Defizit- und Schuldenstände der neuen Mitgliedstaaten dargestellt sowie das Jahr der Erreichung des Budgetdefizitkriteriums genannt. Es wird deutlich, dass das Schuldenkriterium (60 % des BIP) derzeit nur von Malta und Zypern überschritten wird. Das Defizitkriterium (3 % des BIP) wird hingegen derzeit von sechs der zehn neuen Mitgliedstaaten verfehlt (Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Zypern und Malta).

Zu allen Defizitverfahren wurde festgestellt, dass die Defizitüberschreitungen in 2003 weder aus einem außergewöhnlichen Ereignis noch aus einem

schwerwiegenden Wirtschaftsabschwung resultieren. In 2004 sind in allen sechs Staaten erneute Defizitüberschreitungen zu erwarten. Der ECOFIN-Rat hat daher die Existenz übermäßiger Defizite in Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Zypern und Malta festgestellt. Darüber hinaus hat er die in den Konvergenzprogrammen vorgelegten Abbaupläne in seinen Empfehlungen zum Abbau des Defizits im Grundsatz bestätigt.

Die neuen Mitgliedstaaten sind verpflichtet, mittelfristig einen nahezu ausgeglichenen (bzw. einen Überschuss ausweisenden) Haushalt zu erreichen. In den laufenden Defizitverfahren wird aufgrund der speziellen Situation der neuen Mitglieder ausdrücklich ein mehrjähriger Anpassungszeitraum zur Korrektur der Haushaltssituation (in Übereinstimmung mit den kürzlich aktualisierten Grundzügen der Wirtschaftspolitik) eingeräumt. Allerdings sieht der Konvergenzplan Zyperns vor, bereits im kommenden Jahr eine Beseitigung des übermäßigen Defizits zu erreichen. Die sechs Länder sind gehalten, innerhalb der vertraglichen Viermonatsfrist bis 5. November 2004 erste Maßnahmen zur Reduzierung des Defizits zu ergreifen.

Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 20. bis 22. Juli 2004 – Südafrikareise von Minister Eichel im Rahmen der G 20-Präsidentschaft
- 29./30. Juli 2004 – Treffen von Minister Eichel mit den Finanzministern
und Notenbankpräsidenten in Estland, Lettland und Ungarn

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

Innenansichten – Das Alterseinkünftegesetz: Gerecht für Jung und Alt

Innenansichten – Koordinieren und Gestalten: Europapolitik im Bundesministerium der Finanzen

Klarsicht – Reisezeit – Ihr Weg durch den Zoll

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 01 80 / 5 22 19 96 (0,12 €/Min.)

per Telefax: 01 80 / 5 22 19 97 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2004 August	Juli 2004	19. August 2004
September	August 2004	20. September 2004
Oktober	September 2004	21. Oktober 2004
November	Oktober 2004	19. November 2004
Dezember	November 2004	20. Dezember 2004

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2005

- 19. Januar 2004 – Aufstellungs Rundschreiben
- Mitte März bis Mitte Juni 2004 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 11. bis 13. Mai 2004 – Steuerschätzung
 - 9. Juni 2004 – Arbeitskreis Finanzplanungsrat
 - 16. Juni 2004 – Finanzplanungsrat
 - 18. Juni 2004 – Zuleitung an Kabinett
 - 23. Juni 2004 – Kabinettsbeschluss
- 13. August 2004 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- September bis November 2004 – Parlamentarische Beratungen



Analysen und Berichte

Entwurf des Bundeshaushalts 2005 und Finanzplan des Bundes 2004 bis 2008	37
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2003	47
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen im föderativen Staat	53
Analyse des Abgaben-Transfer-Systems in Deutschland	63
Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern	77

Entwurf des Bundeshaushalts 2005 und Finanzplan des Bundes 2004 bis 2008

1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption	37
1.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004 bis 2008	37
1.2	Ausgangslage für den Bundeshaushalt	37
1.3	Bundeshaushalt 2005 und Finanzplan bis 2008: Wachstum und Reformen sichern – haushaltspolitisch Kurs halten	38
2	Bundeshaushalt 2005 und Finanzplan bis 2008; Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern	40
3	Wesentliche Politikbereiche	41
3.1	Bildung und Forschung	41
3.2	Wirtschafts- und Technologieförderung	42
3.3	Arbeitsmarkt	42
3.4	Verkehr und Wohnungswesen	43
3.5	Entwicklungszusammenarbeit	43
3.6	Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	43
3.7	Renten- und Krankenversicherung	44
3.8	Verteidigung	44
4	Einnahmen	44
4.1	Steuereinnahmen	44
4.2	Sonstige Einnahmen	45
5	Personalhaushalt	45
6	Subventionen/Sonderabgaben	45
6.1	Subventionen	45
6.2	Sonderabgaben	46

1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004 bis 2008

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf Erholungskurs. In der zweiten Jahreshälfte 2003 setzte eine Konjunkturbelebung ein, die sich im ersten Quartal 2004 mit beschleunigtem Wirtschafts-

wachstum fortgesetzt hat. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Vierteljahr saison- und preisbereinigt um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zu und übertraf damit das Vorjahresniveau um real 1 1/2 %. Die konjunkturelle Belebung wurde im Wesentlichen gestützt durch die starke Auslandsnachfrage, während im Inland Investitionen und privater Konsum noch zur Schwäche neigen.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen. Dafür sprechen die aktuellen Konjunkturindikatoren, insbesondere die Stimmungsaufhellung in der gewerblichen Wirtschaft, die deutlich aufwärts gerichtete Nachfrage und Produktion in der Industrie sowie die ungebrochen starke Exportdynamik. Für Deutschland ist das typische konjunkturelle Ablaufmuster zu erwarten: Von der Belebung der Weltkonjunktur werden positive Impulse für die Binnenwirtschaft ausgehen, insbesondere für die Ausrüstungsinvestitionen.

Die Bundesregierung erwartet für 2004 ein reales Wachstum in der Spanne von 1 1/2 bis 2 %. Für 2005 wird ein reales Wachstum eher am oberen Rand dieser Spanne prognostiziert. Für den mittelfristigen Zeitraum 2006 bis 2008 geht die Bundesregierung von einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von real rd. 2 % aus.

1.2 Ausgangslage für den Bundeshaushalt

Die letzten drei Jahre wirtschaftlicher Stagnation haben tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Deutschland befindet sich in einer schwierigen Finanz- und Haushaltsslage. Unternehmen, Politik und jeder einzelne Bürger sind aufgefordert, durch gemeinsames Engagement dazu beizutragen, wachsenden Wohlstand, günstige Beschäftigungsperspektiven und soziale Gerechtigkeit auch für kommende Generationen zu gewährleisten.

Für den laufenden Bundeshaushalt 2004 ist nach gegenwärtiger Einschätzung mit einem

zusätzlichen Finanzbedarf in einer Größenordnung von rd. 10 Mrd. € zu rechnen. Ursächlich hierfür sind vor allem deutliche Steuerausfälle gegenüber der Schätzung vom November 2003, Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt und die Sonderbelastung des Bundesbankgewinns durch den schwachen US-Dollar. Noch ist es allerdings zu früh für exakte Prognosen zum Haushaltsverlauf. So unterliegen etwa die Arbeitsmarktausgaben – wie auch einige Steuereinnahmen – unterjährig starken Schwankungen.

In der noch fragilen Phase des konjunkturellen Aufschwungs gilt es, alles zu unterlassen, was den Aufschwung beeinträchtigen könnte. Kurzfristige Steuererhöhungen oder Ausgabensperren über die bereits vorhandenen Sparauflagen hinaus würden kontraktiv wirken. In einer gefestigten Konjunkturlage werden die Konsolidierungsanstrengungen verstärkt werden.

Für den Bundeshaushalt 2005 besteht eine komplexe Ausgangslage:

- Die beginnende wirtschaftliche Erholung schlägt sich mit zeitlicher Verzögerung im Haushalt nieder. Arbeitsmarktausgaben und Steuereinnahmen laufen der Konjunktur nach: Die aktuelle Steuerschätzung erwartet Ausfälle für das Jahr 2005 gegenüber der letztjährigen Schätzung von mehr als 9 Mrd. € allein für den Bund.
- Der Bund ist außerdem im Vergleich zu Ländern und Gemeinden von den Konjunkturfekten überproportional betroffen, weil er die Ausgaben auf dem Arbeitsmarkt zum Großteil alleine schultert. Für 2005 werden nach den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Eckwerten rd. 4,27 Mio. Arbeitslose unterstellt. Ohne die Verlagerungen aus Hartz IV ergibt sich bei den Arbeitsmarktausgaben eine effektive Mehrbelastung des Bundes in Höhe von rd. 5 Mrd. €. Die besondere Belastung des Bundes durch den Arbeitsmarkt gilt erst recht nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.
- Zusätzliche Ausfälle bei den Steuereinnahmen gehen auf das Ergebnis des Vermittlungsver-

fahrens im vergangenen Winter zurück, in dem Bundestag und Bundesrat sich auf einen stärkeren Subventionsabbau vor allem bei der Entfernungspauschale, der Eigenheimzulage und bei der Landwirtschaft nicht haben einigen können. Sonst wären der Abbau überkommener Subventionstatbestände und die Stärkung von Zukunftsfeldern weiter vorangekommen. Daher fehlen den öffentlichen Haushalten Entlastungen von weit über 4 Mrd. € beim Bund und weiteren Milliarden bei Ländern und Gemeinden.

1.3 Bundeshaushalt 2005 und Finanzplan bis 2008: Wachstum und Reformen sichern – haushaltspolitisch Kurs halten

In Zeiten konjunktureller Schwäche ist es eine Herausforderung, finanzpolitisch Kurs zu halten. Mit dem Haushaltsentwurf 2005 und Finanzplan bis 2008 ist dies geglückt. Der Dreiklang aus notwendigen Strukturreformen, Konsolidierung und Wachstumsimpulsen wird intensiviert und inhaltlich fortentwickelt. Mit einer erfolgreichen Umsetzung des Modernisierungsprogramms der Bundesregierung wird es gelingen, die strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten zu verringern, das Wirtschaftswachstum zu steigern und die europäischen Stabilitätsvorgaben zu erfüllen.

Fortsetzung der Strukturreformen – Agenda 2010

Die Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 umfangreiche Modernisierungsvorhaben auf den Weg gebracht. Deutschland muss sich den Herausforderungen aus zunehmender Verflechtung der Weltwirtschaft, Erweiterung der Europäischen Union und fortschreitendem Alterungsprozess weiterhin stellen. Es gilt, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu gestalten, um Wohlstand und soziale Gerechtigkeit auch unter veränderten Bedingungen zu erhalten. Die Agenda 2010 ist ein ehrgeiziger Fahrplan der Bundesregierung zu umfassenden Strukturreformen.

Die aktuelle Zwischenbilanz zeigt bereits erste positive Wirkungen, ab 2005 werden weitere wichtige Reformmaßnahmen umgesetzt:

- Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die öffentlichen Haushalte dauerhaft von konsumtiven Ausgaben entlastet, Arbeitsanreize erhöht und administrative Doppelzuständigkeiten abgebaut.
- Die Reform der Arbeitsverwaltung erhöht die Vermittlungschancen von Arbeitslosen und verbessert die Qualität des Arbeitsangebots.
- Die Rentenreform wird nicht zuletzt mit Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel zur finanziellen Stabilisierung der Rentenversicherung beitragen.
- Die Gesundheitsreform erhöht die Effizienz und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen und die Eigenverantwortung der Versicherten. Bereits jetzt zeigen sich Einsparungen der Krankenversicherung in Milliardenhöhe, die durch Beitragssatzsenkungen an Arbeitnehmer und Arbeitgeber weitergegeben werden können.

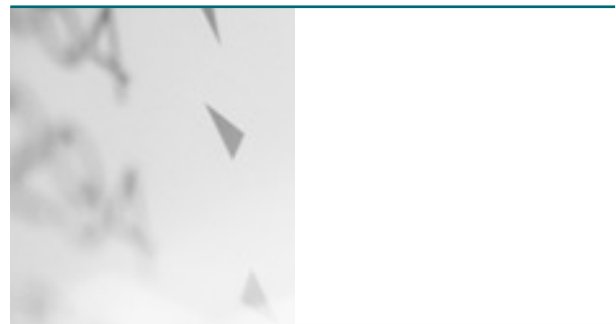
Die Strukturreformen der Agenda 2010 sind im Haushaltsentwurf 2005 berücksichtigt. Sie senken zudem die Lohnnebenkosten spürbar und stärken Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit. Dies macht Deutschland flexibler und dynamischer und wird sich in neuen Arbeitsplätzen niederschlagen.

Finanzpolitische Impulse zur Unterstützung des Wirtschaftsaufschwungs

Die Konsolidierung des Bundeshaushalts bleibt zentrales finanzpolitisches Ziel. Ohne nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen gibt es kein dauerhaftes Wachstum. Aber auch umgekehrt lassen sich geringere öffentliche Defizite nur mit ausreichendem Wachstum erreichen. Wachstum und Konsolidierung gehören untrennbar zusammen. Eine verantwortungsvolle und erfolgreiche Konsolidierungsstrategie muss daher außer durch notwendige Strukturreformen auch durch eine

wachstumsfördernde Strategie flankiert werden, die einen Abbau der Defizite erleichtert.

Daher bleibt es dabei: Die Steuersätze der Einkommensteuer werden zum 1. Januar 2005 weiter gesenkt. Die Entlastung der Bürger und Unternehmen um weitere rd. 6,8 Mrd. € wird dem privaten Konsum zusätzliche Impulse geben und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen erhöhen. Die Steuerreform 2000 bewirkt Entlastungen von jährlich rd. 32 Mrd. €. Insgesamt werden die Steuerzahler durch die steuerlichen Maßnahmen seit 1999 um über 52 Mrd. € p. a. entlastet.



Zukunftsfördernde Ausgaben erhalten Vorrang. Die Innovationsoffensive stärkt Forschung und Bildung, wie vom Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 25. März 2004 angekündigt. Das Angebot an Länder und Gemeinden steht: Der Bund wird die Mittel aus der Eigenheimzulage zur Verstärkung von Forschung und Innovation einsetzen. Länder und Gemeinden sind aufgefordert, ihren Spielraum für mehr Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung zu nutzen. Die Bundesregierung wird nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Eigenheimzulage vorlegen. Im Finanzplanungszeitraum bis 2008 stellt der Bund insgesamt knapp 3 Mrd. € zur Verfügung. Einschließlich der Mittel von Ländern und Gemeinden können bei voller Wirksamkeit knapp 6 Mrd. € jährlich mobilisiert werden. Die Innovationsoffensive ist ein Beispiel für die Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben; das ist Voraussetzung für ein mittel- und langfristig höheres Wirtschaftswachstum.

Konjunkturgerechte Konsolidierung des Bundeshaushalts

Die Strukturreformen werden durch gezielte Konsolidierungsmaßnahmen ergänzt. Die Ausgaben für Sozialversicherungen, Arbeitsmarkt und Versorgung beanspruchen rd. 45 % der Gesamtausgaben des Bundes. Unter Hinzurechnung der Personalausgaben und Zinsen stehen rd. 70 % der Gesamtausgaben des Bundes nicht für Investitionen oder wesentliche Zukunftsfelder wie Bildung und Forschung zur Verfügung. Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung ist daher darauf ausgerichtet, das Wachstum konsumtiver Ausgaben zu bremsen, Subventionen abzubauen und das Steueraufkommen durch die entschlossene Missbrauchsbekämpfung zu stabilisieren.

Die Konsolidierung erfordert Augenmaß: Zu starke Einschnitte bei einzelnen Ausgaben oder Steuererhöhungen könnten die beginnende Wirtschaftsbelebung dämpfen. Gleichwohl werden die mit dem Haushalt 2004 eingeleiteten Konsolidierungsschritte, auf die sich die Bundesregierung bereits verständigt hat, konsequent fortgesetzt:

- Durch umfassende Konsolidierung in allen Einzelplänen und globale Ausgabebegrenzungen werden die Einsparungen des Vorjahres fortgeschrieben.
- Die von der Bundesregierung 2004 entwickelte Initiative zum Abbau von Subventionen und Sonderleistungen auf Basis der Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück wird fortgeschrieben. Das Einsparvolumen der zweiten Stufe wird durch Verteilung auf viele Schultern realisiert.
- Die von der Bundesregierung vorgesehenen, im Vermittlungsverfahren Ende letzten Jahres nicht umgesetzten Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft (Subventionsabbau beim Agrardiesel, Reduzierung der Defizitdeckung des Bundes für Altenteiler) werden wieder aufgegriffen.

Der Bundeshaushalt 2005 hält die Grenzen des Art. 115 Grundgesetz ein. Die Nettokreditauf-

nahme liegt mit 22,0 Mrd. € unterhalb der Summe der veranschlagten Investitionen. Niedrigere Kredite wären finanzpolitisch erstrebenswert. Doch zunächst kommt es darauf an, die begonnenen Reformen abzuschließen und das Wachstum zu stärken. Wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung belebt, sind weitere Konsolidierungsschritte geboten.

Privatisierungserlöse in Höhe von 15,45 Mrd. € tragen dazu bei, dass die Nettokreditaufnahme unterhalb der veranschlagten Investitionen bleibt. Privatisierungen sind Teil einer umfassenden Staatsmodernisierung. Sie führen im weiteren Verlauf zu einer besseren Kapitalausstattung, zukunftsorientierten Investitionen und einer stärkeren Marktorientierung der Unternehmen und damit zu positiven Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Privatisierung stärkt somit den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb und schafft effizientere Strukturen in Unternehmen und Verwaltungen.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich in der Sitzung des Finanzplanungsrates am 16. Juni 2004 gemeinsam zu dem Ziel bekannt, das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2005 unter 3 % des Bruttoinlandprodukts zurückzuführen. Die Bundesregierung wird ihren Beitrag hierzu leisten und erforderlichenfalls weitere Maßnahmen ergreifen. Für den Erfolg der Konsolidierungspolitik ist von zentraler Bedeutung, dass sich Bund und Länder ihrer gemeinsamen Verantwortung im Rahmen der europäischen Vorgaben stellen.

2 Bundeshaushalt 2005 und Finanzplan bis 2008; Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

Der Bundeshaushalt 2005 und der Finanzplan bis 2008 sehen die in der Tabelle auf Seite 41 dargestellten Eckwerte vor.

Im Vergleich zu den Kennzahlen der Jahre 2003 und 2004 bleiben die Ausgaben des Bundes über den gesamten Finanzplanungszeitraum in

	Ist 2003	Soll 2004	Entwurf 2005	Finanzplan		
				2006	2007	2008
	– in Mrd. € –					
Ausgaben	256,7	257,3	258,3	253,6	257,1	260,0
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,4	- 1,8	+ 1,4	+ 1,1
Einnahmen						
Steuereinnahmen	191,9	197,7	194,5	202,6	210,3	216,8
Sonstige Einnahmen	26,2	30,3	41,8	29,3	25,6	23,7
Nettokreditaufnahme	38,6	29,3	22,0	21,7	21,2	19,5
nachrichtlich: Investitionen	25,7 ¹	24,6	22,8	22,3	22,2	20,8

Differenzen durch Rundungen möglich.

¹ Inkl. Sonderfaktor Zuführung an den Fonds „Aufbauhilfe“ nach dem Flutopfersolidaritätsgesetz i.H.v. 2,5 Mrd. €.

etwa konstant. Im Zeitraum von 2003 bis 2008 steigen die Ausgaben insgesamt nur um 1,3 %, das heißt im Jahresdurchschnitt lediglich um $\frac{1}{4}$ %. Die durchschnittliche Ausgabensteigerungsrate liegt damit unter der Inflationserwartung und übertrifft deutlich die Verabredung von Bund und Ländern im Finanzplanungsrat, das jährliche Wachstum der Ausgaben bis 2006 auf jahresdurchschnittlich 1 % zu begrenzen. Dies belegt: die Bundesregierung hat ihren moderaten Ausgabenkurs beibehalten. Der Anteil der Ausgaben des Bundes am Bruttoinlandsprodukt beträgt 11,5 % im Jahr 2005 gegenüber 12,1 % im Jahr 1998.

Trotz vielfältiger Belastungen ist es gelungen, die Nettokreditaufnahme des Jahres 2005 mit 22,0 Mrd. € deutlich unter die Nettokreditaufnahme des Vorjahres (Soll: 29,3 Mrd. €) abzusenken. Hierzu tragen die Privatisierungserlöse in Höhe von 15,45 Mrd. € maßgeblich bei. Im gesamten Finanzplanungszeitraum liegt die Nettokreditaufnahme unter der Summe der investiven Ausgaben. Die Kreditfinanzierungsquote ist 2005 mit 8,5 % weitaus niedriger als die des Jahres 1998 von 12,3 %.

Die Ausgabendisziplin geht auch an den Investitionen nicht spurlos vorüber. Dennoch ist es gelungen, die Investitionen im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2008 auf einem Niveau von rd. 22 Mrd. € zu stabilisieren. Die Veränderung im Jahr 2008 ist bedingt durch das Auslaufen von Sonderprogrammen (Ganztagsschulen, DDR-Sonderlasten bei der Schieneninfrastruktur).

Die Höhe der Investitionen ist für die Beurteilung der wachstumsfördernden Wirkungen des Bundeshaushalts zudem nicht allein ausschlaggebend und lässt die von der Bundesregierung erkennbar verstärkte Förderung etwa von Forschung und Bildung im Rahmen der Innovationsoffensive zu großen Teilen außer Betracht.

3 Wesentliche Politikbereiche

3.1 Bildung und Forschung

Die Bundesregierung wird die mit der Agenda 2010 eingeleitete Reformpolitik konsequent fortführen. Dabei liegt der deutliche Schwerpunkt auf der Stärkung der Innovationskraft unseres Landes und seines Bildungssystems. Dementsprechend werden die durch Abschaffung der Eigenheimzulage verfügbaren Mittel für die Innovationsinitiative eingesetzt:

- Um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzenleistungen in der Forschung sichtbar zu machen, werden im Wettbewerb zusätzliche Mittel für Spitzenhochschulen bereitgestellt. Im Finanzplanungszeitraum sind hierfür 0,7 Mrd. € als Bundesmittel vorgesehen.
- Die Etats der großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden jährlich um 3 % erhöht. Die Bundesregierung schlägt dazu einen Pakt für die Forschung vor. Sie wird den Einrichtungen Planungssicherheit für die

nächsten Jahre anbieten. Sie erwartet dafür von den Einrichtungen zusätzliche Maßnahmen zur Steigerung von Qualität, Effizienz und Leistungsfähigkeit des Wissenschafts- und Forschungssystems.

- Die Projektförderung wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Besondere Schwerpunkte sind die Förderung der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung, der Biotechnologie, der Mikrosystemtechnik und der Nanotechnologie sowie die Stilllegung und der Rückbau der kerntechnischen Versuchs- und Demonstrationsanlagen.

Für das Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen werden im Jahr 2005 einschließlich der 2003 gebildeten Ausgabe-reste Mittel in Höhe von 1 Mrd. € bereitgestellt.



3.2 Wirtschafts- und Technologieförderung

Ein Schwerpunkt liegt in der Förderung von Forschungs- und Technologievorhaben sowie der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Hierfür sind im Jahr 2005 insgesamt über 600 Mio. € – insbesondere auch für die neuen Länder – vorgesehen.

Mit einem neuen Sonderprogramm soll für Jugendliche die Qualifizierung zum Einstieg in die Ausbildung erleichtert werden. Hierzu plant die Wirtschaft, im Rahmen des Ausbildungspaktes 25 000 Praktikumsplätze für eine Einstiegsqualifizierung zur Verfügung zu stellen. Der Bund beteiligt sich daran, indem er dem Betrieb die Praktikumsvergütung von bis zu 192 € sowie die Kosten für Sozialversicherungsbeiträge erstattet. In 2005 sind für die Einstiegsqualifizierung 78 Mio. € vorgesehen.

Zusätzlich werden für Projekte im Rahmen der Innovationsinitiative 20 Mio. € aus den durch Wegfall der Eigenheimzulage frei werdenden Mitteln bereitgestellt. Hiermit soll insbesondere ein High-Tech-Gründerfonds aufgelegt werden, aus dem Gründer bei der Finanzierung von FuE-Vorhaben unterstützt werden.

Mit 170 Mio. € wird die Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung fortgesetzt und vor allem die Werbung für den Wirtschaftsstandort Deutschland noch einmal deutlich verstärkt.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird 2005 mit Bundesmitteln von rd. 700 Mio. € ausgestattet und in den Folgejahren auf diesem hohen Niveau fortgeführt. Einschließlich komplementärer Landes- und EU-Mittel stehen damit jährlich insgesamt rd. 1,7 Mrd. € zur Verfügung. Der überwiegende Teil davon fließt in die neuen Länder.

Die Kohlesubventionen können im Jahr 2005 im Zusammenhang mit der für die Anschlussregelung zum Kohlekompromiss geplanten nachschüssigen Auszahlung gegenüber 2004 um rd. 450 Mio. € auf rd. 1,65 Mrd. € zurückgeführt werden. Im Jahr 2006 wird eine „Bugwelle“ von insgesamt rd. 1,6 Mrd. € vollständig abgetragen. Außerdem spart der Bund dadurch dauerhaft Zinsen.

3.3 Arbeitsmarkt

Die Erholung am Arbeitsmarkt verläuft derzeit noch verhalten. 2005 und insbesondere ab 2006 wird sie jedoch an Dynamik gewinnen. Dies ist auch auf die umfangreichen Reformen am Arbeitsmarkt zurückzuführen. Der Umbau der Bundesagentur für Arbeit von einer Anstalt zum modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt wird vorangetrieben. Ab dem 1. Januar 2005 wird die Grundsicherung für Arbeitsuchende eingeführt und das ineffiziente Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige beendet.

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige soll die Kommunen um 2,5 Mrd. € jährlich entlasten. Dazu ist der Bund bereit, sich an den Kosten für Unterkunft und Heizung zu beteiligen. Eine gesetzliche Revisionsklausel gewährleistet den Kommunen Planungssicherheit. Beide Elemente werden in den Vermittlungsausschuss zum Optionsgesetz eingebracht. Insgesamt sind für die Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2005 24,45 Mrd. € vorgesehen, davon 9,65 Mrd. € für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten.

Ferner ist ein Zuschuss von 3,5 Mrd. € an die Bundesagentur für Arbeit (BA) veranschlagt; sein gegenüber den Vorjahren sinkendes Niveau spiegelt die allmähliche Besserung der Lage am Arbeitsmarkt und den wirkungsorientierten Einsatz der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik wider. Die Einhaltung der Ansätze bei der Bundesagentur für Arbeit wird durch Umsetzung folgender Maßnahmen unterstützt: Beim Existenzgründungszuschuss wird Mitnahmeeffekten stärker entgegengewirkt. Der Forderungseinzug bei der BA wird optimiert, die Vergütung der Einzugsstellen für Sozialversicherungsbeiträge wird überprüft. Schließlich werden Effizienzgewinne aus der wirkungsorientierten Steuerung der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch die Bundesagentur für Arbeit realisiert.

3.4 Verkehr und Wohnungswesen

Die Verkehrsinvestitionen des Bundes belaufen sich im Jahr 2005 – einschließlich der investiven Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – auf rd. 10,8 Mrd. €. Auch nach Umsetzung der globalen Einsparvorgaben bleibt der Verkehrshaushalt der bei weitem wichtigste Investitionsträger. Durch Verbesserungen auf der Einnahmeseite und Umschichtungen innerhalb des Einzelplans zugunsten der Verkehrsinvestitionen stehen im Haushaltsjahr 2005 sogar etwas höhere Mittel für den Verkehrswegebau und -erhalt zur Verfügung als im Haushaltsjahr 2004.

Der Bund setzt bis 2011 insgesamt rd. 1 Mrd. € Bundesmittel gezielt für die Strukturverbesserung in den Städten ein. Zusammen mit den Mitteln von Ländern und Gemeinden stehen insgesamt weit über 2 Mrd. € zur Verfügung. Dies ermöglicht weitere städtebauliche Maßnahmen, insbesondere in den alten Ländern, aber auch zusätzliche Hilfen für die Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern.

Zur Lösung der Leerstandsprobleme in innerstädtischen Altbau-Bereichen und in Plattenbau-Großsiedlungen der neuen Länder wird das Programm „Stadtumbau Ost“ fortgeführt. Hinzu kommt die aus Mitteln zur Strukturverbesserung weiter aufgestockte Altschuldenhilfe für die von Leerständen betroffene Wohnungswirtschaft, für die nunmehr rd. 1,1 Mrd. € bis zum Jahr 2012 zur Verfügung stehen.

3.5 Entwicklungszusammenarbeit

Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2005 und dem Finanzplan bis 2008 unternimmt die Bundesregierung weitere Schritte zur Umsetzung ihrer internationalen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungspolitik. Hierzu tragen insbesondere auch die Ausgaben der EU für Entwicklungshilfepolitik, die Verbundfinanzierung und Schuldenerlasse bei. Berücksichtigt ist auch die auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien „renewables 2004“ angekündigte „Initiative für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Kooperationsländern“ und eine Verstärkung des Engagements zur Bekämpfung und Bewältigung von HIV/AIDS.

3.6 Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind 685 Mio. € im Jahr 2005 vorgesehen. Damit stehen weiterhin ausreichend Bundesmittel für die Neuorientierung der landwirtschaftlichen Erzeugung an nachhaltige, umwelt- und tiergerechte

Produktionsverfahren und für eine integrierte ländliche Entwicklung zur Verfügung. Dies wird flankiert durch Programme zur Förderung des ökologischen Landbaus, tiergerechter Haltungsverfahren, nachwachsender Rohstoffe sowie von Innovationen im Bereich Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft.

Für die Verbraucherpolitik sind rd. 113 Mio. € etatisiert. Hiervon sind rd. 24 Mio. € für die Verbraucheraufklärung und -vertretung vorgesehen.

Die Vergütung der Mineralölsteuer für den in der Landwirtschaft verwendeten Dieselkraftstoff wird um rd. 287 Mio. € p. a. reduziert. Hierbei handelt es sich um einen notwendigen Beitrag zum Abbau von Steuervergünstigungen. Darüber hinaus wird die Defizitdeckung des Bundes für die Altenteiler in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung reduziert.

3.7 Renten- und Krankenversicherung

Mit gut 78 Mrd. € stellen die Leistungen des Bundes für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) auch in 2005 den weitaus größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar. Damit wird etwa ein Drittel der Bundesausgaben zur Finanzierung der GRV aufgewendet. 1983 lag der Anteil der Rentenausgaben an den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts noch bei ca. 12 %. Die Ausgaben der GRV haben sich in den letzten 20 Jahren in etwa verdreifacht.

Im Bereich Gesundheitswesen ist der Bundeshaushalt geprägt von der neu eingeführten pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 2,5 Mrd. € im Jahr 2005 bzw. 4,2 Mrd. € ab 2006. Zur Finanzierung dient die bereits beschlossene Erhöhung der Tabaksteuer bis 2005 in drei Stufen um jeweils 1,2 Cent je Zigarette.

3.8 Verteidigung

Das Ausgabevolumen des Verteidigungshaushalts wird 2005 auf 23,9 Mrd. € festgeschrieben.

Darüber hinaus können 2005 bis zu einer Höhe von rd. 614 Mio. € Mehreinnahmen aus der Veräußerung überschüssigen Materials, aus Grundstücksverkäufen und Vermietung/Verpachtung sowie aus Einsparungen durch Umstrukturierung und Effizienzsteigerung für die Modernisierung der Bundeswehr verwendet werden.

Die Plafonds setzen einen verbindlichen Finanzrahmen für die künftigen Planungen der Bundeswehr gemäß den Vorgaben der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien. Hierdurch werden die Streitkräfte befähigt, der veränderten sicherheitspolitischen Lage Rechnung zu tragen. Im Vordergrund stehen dabei die Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie die Unterstützung der Bündniskräfte.

4 Einnahmen

4.1 Steuereinnahmen

Die Bundesregierung hat ihre Erwartungen bezüglich der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2005 bis 2008 gegenüber der letzten Mittelfristschätzung leicht zurückgenommen. Zudem setzt das erwartete Wachstum auf einer wesentlich niedrigeren Vorjahresbasis auf. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat die Ansätze in der letzten Mai-Schätzung deshalb deutlich nach unten korrigiert. Die konjunkturbedingten Mindereinnahmen für den Bund betragen 12,5 Mrd. € in 2005, 14,8 Mrd. € in 2006 und 15,1 Mrd. € in 2007.

Am 1. Januar 2005 tritt die letzte Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft, die eine zusätzliche Entlastung der Bürger und Unternehmen um weitere rd. 6,8 Mrd. € mit sich bringt. Der Eingangssteuersatz wird auf 15 % und der Höchststeuersatz auf 42 % gesenkt. Der Grundfreibetrag beträgt wie bereits im Jahr 2004 7664 €. Dieser letzte Schritt belastet allein den Bundeshaushalt 2005 mit 3,1 Mrd. €. Das größte Steuer senkungsprogramm der deutschen Nachkriegsgeschichte wird hiermit abgeschlossen.

4.2 Sonstige Einnahmen

Gemäß dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hat die Bundesagentur für Arbeit ab dem Jahr 2005 einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten. Die Höhe dieses Betrags richtet sich nach der Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres vom Arbeitslosengeld zur Grundsicherung für Arbeitsuchende überwechseln, und den jährlichen durchschnittlichen Aufwendungen pro Bedarfsgemeinschaft. Damit wird die Bundesagentur verstärkt angehalten, Arbeitsuchende zügig zu vermitteln und Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden. Im Jahr 2005 wird der Aussteuerungsbetrag auf 6,7 Mrd. € geschätzt. Dem stehen im Haushalt der Bundesagentur Einsparungen bei Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten für Langzeitarbeitslose gegenüber.



Der Bund wird sich zur Realisierung von Einnahmen von weiteren Beteiligungen trennen, u. a. von Anteilen der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Post AG. Dies wird kapitalmarktgerecht unter Einbeziehung der Kreditanstalt für Wiederaufbau geschehen. Zu den Privatisierungseinnahmen im Jahre 2005 werden maßgeblich auch Sondererlöse des Bundes im Zuge der Auflösung des Treuhandvermögens für Post- und Telekommunikation und im Zusammenhang mit der Übertragung des ERP-Sondervermögens auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau beitragen.

5 Personalhaushalt

Die Steigerung der Effizienz in der Bundesverwaltung bleibt vorrangiges Ziel der Bundesregierung. Der Einsatz betriebswirtschaftlicher Mittel wie Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling in unterschiedlichen Ausgestaltungen er-

gänzt dabei zunehmend vorhandene Instrumente, dient einer stärker ergebnisorientierten Betrachtung öffentlichen Handelns und führt zu einer verbesserten Informationsbasis für Haushaltsentscheidungen.

Die haushaltsgesetzliche Stelleneinsparung in Höhe von 1,5 % pro Jahr wird fortgeführt. Sie zwingt zu ständiger Aufgabenkritik, zur Verbesserung von Organisationsstrukturen und Verwaltungsabläufen sowie zur Realisierung der in der öffentlichen Verwaltung möglichen Produktivitätsfortschritte und trägt so zur Erwirtschaftung von Mitteln für Besoldungs- und Tariferhöhungen bei.

Der Stellenbestand des Bundes im zivilen Bereich – ohne Ersatz(plan)stellen – wird sich unter Einbeziehung des Stellenwegfalls aufgrund der Stelleneinsparungen gemäß § 20 Haushaltsgesetz 2004 voraussichtlich auf unter 282 000 Planstellen bzw. Stellen reduzieren. Gegenüber dem Stellensoll 1998 bedeutet dies einen Abbau um rd. 10,3 %; gegenüber dem einigungsbedingten Höchststand von 1992 wurde der Stellenbestand damit um mehr als $\frac{1}{4}$ reduziert.

6 Subventionen/Sonderabgaben

6.1 Subventionen

Erstmals wird mit dem Bundeshaushalt 2005 über die 20 größten Finanzhilfen und die 20 größten Steuervergünstigungen des Bundes berichtet. Maßgeblich sind dabei der im 19. Subventionsbericht der Bundesregierung verwandte Subventionsbegriff und die dortige Darstellung. Die Bundesregierung liefert damit einen Beitrag zu größerer Haushaltstransparenz.

Mit dieser vertieften Darstellung der Subventionen wird auch dem Anliegen des Bundesrechnungshofes Rechnung getragen, der im Interesse einer größeren Haushaltstransparenz den deutlicheren Ausweis der von den Steuereinnahmen abgesetzten Transferleistungen forderte.

6.2 Sonderabgaben

In seinem Beschluss vom 17. Juli 2003 (BVerfG, 2 BvL 1/99) hat das Bundesverfassungsgericht vom Gesetzgeber für alle nach dem 31. Dezember 2003 aufzustellenden Haushaltspläne eine Dokumentation über alle Sonderabgaben in einer dem Haushaltsplan beigefügten Anlage gefordert. Das Bundesverfassungsgericht begründet diese Pflicht zur Information des Parlamentes und der Öffentlichkeit durch eine vollständige Dokumentation der Sonderabgaben mit dem Gebot wirksamer parlamentarisch-demokratischer Legitimation und Kontrolle von Planung und Entscheidung über die finanzielle Inanspruchnahme der Bürger für öffentliche Aufgaben.

In die erstmals für den Haushalt 2005 zu erstellende Anlage sind laut Urteil alle nicht steuerlichen Abgaben, die weder Gebühr noch Beitrag sind und bei denen auch mangels sonstiger spezieller Sach- und Zweckzusammenhänge „eine Konkurrenz zur Steuer nicht von vornherein ausgeschlossen ist“, aufzunehmen. Es soll sich um eine erschöpfende Aufzählung aller Sonderabgaben im Verantwortungsbereich des Bundesgesetzgebers handeln, unter Berücksichtigung

der Sonderabgaben der selbstständigen juristischen Personen (unter Einschluss auch solcher Sonderabgaben, die bereits an anderer Stelle im Haushalt dokumentiert sind). Der Bestand und die Entwicklung der Sonderabgaben nach Art und Umfang wurden sichtbar gemacht. Ob die eigenen Behörden des Bundes oder z. B. Länder- oder Kommunalbehörden die Abgabe vereinnahmen, ist unerheblich.

Mit dieser Anlage zum Bundeshaushalt 2005 wird diese Verpflichtung erstmals umgesetzt. Für den Bundesbereich werden damit insgesamt 30 Abgaben mit einem Gesamtvolumen von knapp 1,8 Mrd. € (Gesamthöhe bezieht sich nur auf die Abgaben, für die die Abgabenhöhe ermittelt werden konnte) dokumentiert. Dabei ist jedoch auch zu beachten, dass die Nennung der Abgabe diese nicht rechtlich als Sonderabgabe qualifiziert. Um dem verfassungsrechtlichen Auftrag gerecht zu werden, sind vielmehr auch solche Abgaben aufgenommen worden, bei denen die Klassifizierung als Sonderabgabe in Betracht kommt, aber nicht zwingend ist. Die Nennung der Abgabe erfolgt auch unabhängig davon, ob die Abgabe im Haushaltsplan bereits enthalten ist.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2003

1	Gesamtergebnis	47
2	Einzelergebnisse	49
2.1	Gemeinschaftliche Steuern	49
2.2	Reine Bundessteuern	50
2.3	Reine Ländersteuern	51
2.4	Zölle	51

1 Gesamtergebnis

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betragen im Jahr 2003 nach endgültigen Ergebnissen 414 846 Mio. €, das sind + 837 Mio. € bzw. + 0,2 % mehr als im Kalenderjahr 2002. In dieser Abgrenzung werden die Steuereinnahmen auch in den Monats- und Quartalsberichten des BMF ausgewiesen. Die Gesamteinnahmen einschließlich der reinen Gemeindesteuern und des Gemeindeanteils an der Gewerbesteuer werden im Folgenden dargestellt.

Die Steuereinnahmen im Jahr 2003 und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2003 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden¹ sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind der nachstehenden Tabelle auf Seite 48 oben zu entnehmen.

Die Steuereinnahmen des Bundes im Vergleich zum Haushaltsansatz (Nachtragshaushalt 2003) sind in der nachfolgenden Übersicht (s. Tabelle auf Seite 48 unten) dargestellt.

Das Aufkommen der reinen Gemeindesteuern im Jahr 2003 betrug 10 339 Mio. €. Die den Kommunen verbleibende Gewerbesteuer (nach Gewerbesteuerumlagen) belief sich auf 17 053 Mio. €. Die Gesamtsteuereinnahmen der Gemeinden einschließlich des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (21 565 Mio. €) und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer (2 844 Mio. €) betragen somit 51 801 Mio. €.²

Für die Steuereinnahmen insgesamt (einschl. aller Steuereinnahmen der Gemeinden) ergibt sich damit

¹ Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

² Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Steuereinnahmen im Jahr 2003

	Haushaltsjahr in Mio. €		Änderung ggü. Vorjahr	
	2003	2002	in Mio. €	%
Gemeinschaftliche Steuern	306 648	309 043	- 2 395	- 0,8
Reine Bundessteuern	86 608	83 494	3 114	3,7
Reine Ländersteuern	18 713	18 576	137	0,7
Zölle	2 877	2 896	- 19	- 0,7
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern und Gemeindeanteil an der Gewerbesteuer)	414 846	414 009	837	0,2

Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, EU, Länder und Gemeinden¹

	Haushaltsjahr in Mio. €		Änderung ggü. Vorjahr	
	2003	2002	in Mio. €	%
Bund (nach Bundes- ergänzungszuweisungen)	191 935	192 050	- 115	- 0,1
EU	20 926	18 560	2 366	12,7
Länder (nach Bundes- ergänzungszuweisungen)	177 577	178 552	- 975	- 0,5
Gemeinden ¹	24 409	24 846	- 437	- 1,8
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern und Gemeindeanteil an der Gewerbesteuer)	414 846	414 009	837	0,2

¹ Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

Steuereinnahmen des Bundes 2003

Steuereinnahmen des Bundes 2003	Soll	Ist	Abweichung	Abweichung
		in Mio. €		in % des Solls
Bundesanteile an:				
Einkommen-/Körperschaftsteuer	69 867	70 501	634	0,9
davon: Lohnsteuer	56 662	56 563	- 99	- 0,2
veranl. Einkommensteuer	1 819	1 941	122	6,7
n.v. Steuern vom Ertrag	4 892	4 501	- 391	- 8,0
Zinsabschlag	3 447	3 358	- 89	- 2,6
Körperschaftsteuer	3 047	4 138	1 091	35,8
Umsatzsteuer	47 063	47 824	761	1,6
Einfuhrumsatzsteuer	17 350	17 393	43	0,3
Gewerbesteuerumlage	2 212	2 306	94	4,3
Versicherungsteuer	8 500	8 870	370	4,3
Tabaksteuer	14 600	14 094	- 506	- 3,5
Kaffeesteuer	980	980	0	0,0
Branntweinsteuer	2 220	2 204	- 16	- 0,7
Mineralölsteuer	41 895	43 188	1 293	3,1
Stromsteuer	6 270	6 531	261	4,2
Solidaritätszuschlag	10 185	10 280	95	0,9
Sonstige Steuern	463	461	- 2	- 0,4
Beteiligung der Länder am Fonds „Deutsche Einheit“	2 208	2 208	0	0,0
Zuweisung an die Länder gem. § 5 Regionalisierungsgesetz	- 6 846	- 6 846	0	0,0
Ergänzungszuweisungen	- 15 570	- 15 220	350	- 2,2
EU-BNE-Eigenmittel	- 12 150	- 12 840	- 690	5,7
Veränderung aufgrund steuerlicher Maßnahmen	1 548			
Zusammen	190 795	191 935	1 140	0,6

Gegenüberstellung der Einnahmeergebnisse mit den Schätzergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

	Schätzung		Ist-Ergebnis 2003	Differenz ggü. Schätzung	
	Mai 2003	Nov. 2003		Mai 2003	Nov. 2003
Bund (nach Bundesergänzungszuweisungen)	196 107	191 866	191 935	- 4 172	69
Länder (nach Bundesergänzungszuweisungen)	181 047	177 288	177 577	- 3 470	289
Gemeinden	51 512	51 530	51 801	289	271
EU	21 150	20 950	20 926	- 224	- 24
Summe	449 815	441 634	442 238	- 7 577	604

im Jahr 2003 ein Betrag von 442 238 Mio. €. Eine Gegenüberstellung der Einnahmeergebnisse mit den Schätzergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ zeigt die Tabelle (oben).

Die Mai-Schätzung 2003 musste im November 2003 vor dem Hintergrund der unbefriedigenden Konjunktorentwicklung deutlich nach unten korrigiert werden. Die November-Schätzung war dann etwas zu pessimistisch und wurde vom Ist-Ergebnis um rd. 600 Mio. € übertroffen.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts belief sich das nominale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 auf 2 129 Mrd. €. Dies waren rd. - 6 Mrd. € weniger als im November 2003 bei der Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ unterstellt. Mit dem Ergebnis der Steuereinnahmen von 442,2 Mrd. € errechnet sich eine volkswirtschaftliche Steuerquote von 20,77 % (November-Schätzung: 20,69 %).

2 Einzelergebnisse

2.1 Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen gegenüber dem Vorjahr um + 0,7 %. Ursächlich für diese nur leichte Zunahme waren zum einen stagnierende Bruttolöhne und -gehälter, u. a. auch aufgrund von

reduzierten Sonderzahlungen (insb. Weihnachtsgeld). Zum anderen wurden aufgrund der Tarifsenkung im Jahr 2004 flexible Lohnbestandteile (z. B. Gratifikationen) in verstärktem Umfang nicht im Jahr 2003, sondern erst im Jahr 2004 aufgrund der dann geringeren Steuerbelastung ausgezahlt.

Die Lohnsteuereinnahmen werden neben dem Kindergeld seit Mai 2003 durch die Auszahlung der Altersvorsorgezulage im Rahmen der „Riester-Rente“ geschmälert. Unter Berücksichtigung der Altersvorsorgezulage und des Kindergeldes stieg das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um + 0,5 %.

Lohnsteuer	2003	2002	ggü. Vorjahr
	in Mio. €		in %
Bruttoaufkommen	167 607,0	166 707,5	0,5
- Kindergeld (Arbeitgeber u. Familienkassen)	- 34 444,4	- 34 517,6	- 0,2
- Altersvorsorgezulage	- 72,5	--	.
Kassenaufkommen	133 090,1	132 189,8	0,7

Veranlagte Einkommensteuer

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer waren im Jahr 2003 um fast - 3 Mrd. € (- 39,4 %) niedriger als im Vorjahr. Knapp 1,3 Mrd. € dieses Rückgangs lassen sich durch zusätzliche Aufwendungen bei der Eigenheimzulage erklären, da ein weiterer Baujahrgang in die Förderung einbezogen wurde. Der Rest des Rückgangs beruht weitgehend auf niedrigeren Nachzahlungen für

zurückliegende Veranlagungszeiträume. In der nachfolgenden Übersicht sind das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer sowie die aus den Einkommensteuereinnahmen gezahlten Erstattungen und Zulagen dargestellt.

Veranlagte Einkommensteuer	2003	2002	ggü. Vorjahr	
	- in Mio. € -		in %	
Bruttoaufkommen	36 793,3	38 416,5	-	4,2
- Erstattungen gem. § 46 EStG	- 20 985,2	- 20 788,5		0,9
- Investitionszulage	- 703,7	- 841,2	-	16,3
- Eigenheimzulage	- 10 536,3	- 9 246,1		13,9
Kassenaufkommen	4 568,1	7 540,7	-	39,4

Körperschaftsteuer

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer im Jahr 2003 war mit knapp 8,3 Mrd. € um 5,4 Mrd. € höher als im Jahr 2002. Ausschlaggebend für diese deutliche Erholung war zum einen die vorübergehende Steuersatzanhebung um 1,5 Prozentpunkte auf 26,5 % (Flutopfersolidaritätsgesetz). Zum anderen wurden die Körperschaftsteuereinnahmen in weitaus geringerem Maße durch Erstattungen geschmälert als in den vorangegangenen Jahren. Das dreijährige Moratorium für die Nutzung von Steuerguthaben aus Gewinnrücklagen, die vor der Steuerreform gebildet worden waren (sog. EK 40), zeigte demnach erste Wirkungen.

In der Bruttobetachtung verbesserte sich das Aufkommen infolge geringerer Investitionszulage um 5,1 Mrd. €. Die Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen sind – bedingt durch die Systemumstellung – mit einem Volumen von lediglich noch 12 Mio. € zu vernachlässigen.

Körperschaftsteuer	2003	2002	ggü. Vorjahr	
	in Mio. €		in %	
Bruttoaufkommen	9 518,4	4 371,0	.	.
- Investitionszulage	- 1 243,2	- 1 506,9	-	17,5
Kassenaufkommen	8 275,2	2 864,1	.	.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, die im Wesentlichen die Kapitalertragsteuer auf Dividenden umfassen, waren mit 9 Mrd. € um – 5 Mrd. € niedriger als im Vorjahr. Ursächlich hierfür waren stark rückläufige Gewinnausschüttungen infolge der schlechten Gewinnsituation der Unternehmen und des Körperschaftsteuer-Moratoriums.

Zinsabschlag

Die bereits im Jahr 2002 zu beobachtende Tendenz sinkender Einnahmen aus dem Zinsabschlag setzte sich – aufgrund der weiter rückläufigen Durchschnittsverzinsung – im Jahr 2003 in verstärktem Maße fort. Der Zinsabschlag erbrachte – 846 Mio. € bzw. – 10,0 % weniger als im Vorjahr.

Steuern vom Umsatz

Die Steuern vom Umsatz gingen um – 0,9 % zurück. Neben einer nach wie vor schwachen Inlandsnachfrage dürften der erweiterte Vorsteuerabzug für gemischt genutzte Fahrzeuge und die steigende Zahl von Insolvenzen diesen Rückgang verursacht haben.

2.2 Reine Bundessteuern

Die reinen Bundessteuern nahmen im Vorjahresvergleich um + 3,7 % zu. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer stiegen infolge der Steuersatzerhöhung um + 2,4 %. Auch die Tabaksteuer legte aufgrund der Tarifierhöhung (Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung) um + 2,3 % zu. Der starke Zuwachs bei der Versicherungssteuer (+ 6,5 %) ist zum einen Folge der Tarifierhöhung im Jahr 2002, die sich aufgrund des Erhebungs-Lags noch im Januar-Aufkommen 2003 auswirkte. Zum anderen hatte ein Versicherungsunternehmen Zahlungen bereits im Dezember 2003 geleistet, die eigentlich erst im Januar 2004 fällig gewesen wären. Die Stromsteuer verzeichnete aufgrund der letzten Stufe der ökologischen

Steuerreform eine Zunahme um + 28,1 %. Während die Branntweinsteuer und die Schaumweinsteuer im Vorjahresvergleich um + 2,6 % bzw. + 2,9 % zunahmen, gingen die Einnahmen bei der Zwischenerzeugnissteuer und bei der Kaffeesteuer um - 6,1 % bzw. - 10,1 % zurück.

Auch die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag waren - bedingt durch die schwache Entwicklung bei der veranlagten Einkommensteuer, den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und dem Zinsabschlag - mit - 1,2 % rückläufig. Einzelheiten zum Aufkommen des Solidaritätszuschlages ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Solidaritätszuschlag	2003	2002	ggü. Vorjahr
	in Mio. €		in %
- zur Lohnsteuer	8 087,0	8 073,9	0,2
- zur veranlagten Einkommensteuer	652,5	693,1	- 5,8
- zum Zinsabschlag	418,3	464,7	- 10,0
- zu den nicht veranl. Steuern vom Ertrag	474,5	738,9	- 35,8
- zur Körperschaftsteuer	648,1	432,8	49,8
Solidaritätszuschlag insgesamt	10 280,3	10 403,3	- 1,2

2.3 Reine Ländersteuern

Die reinen Ländersteuern stiegen um + 0,7 %. Lediglich die Erbschaftsteuer und die Feuerschutzsteuer zeigten mit + 11,7 % und + 7,2 % Dynamik im Aufkommen. Die Grunderwerbsteuer und die Rennwett- und Lotteriesteuer verbesserten sich geringfügig um + 0,8 % bzw. + 0,9 %. Dagegen gingen die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer um - 3,4 % und der Biersteuer um - 3,1 % zurück.

2.4 Zölle

Die Einnahmen aus den Zöllen, die der EU zustehen, beliefen sich im Jahr 2003 auf 2 877 Mio. €, das sind - 19 Mio. € bzw. - 0,7 % weniger als im Jahr 2002.

Weitere Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im Jahr 2003 finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuern-und-Zoelle/Steuereinnahmen-.459.htm>.

Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen im föde- rativen Staat

1	Finanz- und steuerpolitische Ausgangs- lage	53
2	Entwicklung der Steuer- und Abga- benquote	53
3	Struktur des Steueraufkommens	55
4	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften	55
5	Ergebnisse und Schlussfolgerungen	56

1 Finanz- und steuerpolitische Ausgangslage

Eingebettet in das Konzept der finanzpolitischen Leitplanken, hat sich die Steuerpolitik vor allem an zwei Zielen zu orientieren: der Finanzierung der parlamentarisch legitimierten Staatsaufgaben und der Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Dabei muss der Aspekt einer gerechten Verteilung berücksichtigt werden, wobei das Abgabensystem (Steuern und Sozialabgaben) als Ganzes zu betrachten ist.

Der zentrale Beitrag der Steuerpolitik zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt über die Vereinfachung des Steuerrechts und die Modernisierung des Steuersystems. Steuervereinfachung heißt neben mehr Gerechtigkeit auch weniger Verwaltungs- und Befolgungskosten für Staat, Bürger und Wirtschaft und damit mehr gesamtwirtschaftliche Effizienz. Modernisierung bedeutet die Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen, insbesondere an die demografische Entwicklung und an die weiterhin zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft.

Bei der Diskussion über eine Reform des deutschen Steuersystems ist zu beachten, dass die finanzpolitischen Handlungsspielräume bereits heute sehr eingengt sind. Trotz ihres erheblich eingegengten Spielraums muss die Finanzpolitik aber auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Prioritäten zur

Gestaltung wichtiger Zukunftsfelder setzen. Ausgabenbereiche, die die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichern, müssen weiter an Gewicht gewinnen. Dies gilt insbesondere für die Ausgaben mit investivem Charakter wie die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Finanzierung dieser wichtigen Zukunftsaufgaben hat eindeutig Vorrang vor einer weiteren Senkung der Steuersätze.

In den Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates vom 25. November 2003 hat sich die Bundesregierung zur Fortsetzung ihres Konsolidierungskurses verpflichtet. Sie hat dabei zugesagt, das Staatsdefizit im Jahr 2005 wieder unter die 3 %-Grenze des EG-Vertrags zu senken und auch in den darauf folgenden Jahren einen strukturellen Defizitabbau hin zu einem ausgeglichenen Haushalt vorzunehmen. Eine schnelle Rückführung des Staatsdefizits ist auch vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Staatsverschuldung unumgänglich.

2 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquote

Die Steuerquote, d. h. das Verhältnis von Steuereinnahmen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, verläuft in der langfristigen Entwicklung relativ stabil, aber seit 2001 auf einem niedrigeren Niveau: Von 1950 bis 2003 beträgt der Durchschnittswert der Steuerquote (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) 23 %; in den letzten fünf Jahren betrug die Steuerquote durchschnittlich 21,8 %, und für die nächsten fünf Jahre werden durchschnittlich nur 20,5 % erwartet (vgl. Anlage 1).

Das Jahr 2003 verzeichnete mit einem Wert von 20,8 % die bisher niedrigste Steuerquote; voraussichtlich wird sie im Jahr 2005 bei 20,3 % und im Jahr 2008 bei 20,7 % liegen.

Der aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs im Zeitablauf systemimmanente leichte Anstieg der Steuerquote wurde immer wieder im Abstand von wenigen Jahren durch

Steuerentlastungen mit Erhöhungen des Grundfreibetrags und Tarifsenkungen korrigiert. Vor allem die umfangreichen Steuersenkungen im Rahmen der Steuerreform 2000 haben zu einer Verringerung der Steuerquote geführt und gewährleisten auch mittelfristig ein niedriges Niveau der Steuerquote. Überdies müssen die anhaltende Konjunkturschwäche und die dadurch bedingten Steuermindereinnahmen berücksichtigt werden. Ein geringeres Niveau der Steuerquote ab dem Jahr 1996 ergibt sich auch dadurch, dass die Kindergeldzahlung nicht mehr als soziale Transferleistung, sondern als steuerlicher Transfer durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird.

Die Steuerquote in der kassenmäßigen Abgrenzung der Finanzstatistik weist konzeptionelle Unterschiede zur Steuerquote in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf. So werden insbesondere einige aus dem Steueraufkommen geleistete Zahlungen, die das kassenmäßige Steueraufkommen mindern, in den VGR nicht als Steuermindereinnahmen, sondern als Ausgaben des Staates behandelt. Daher werden sie jeweils dem kassenmäßigen Steueraufkommen und den Staatsausgaben zugerechnet. Diese Bruttostellung betrifft insbesondere Kindergeld, Altersvorsorgezulage (Riester-Rente), Investitionszulage und Eigenheimzulage. Zudem gilt in den VGR das Prinzip der „periodengerechten“ Zuordnung, während in der Kassenrechnung der Zeitpunkt der Kassenwirksamkeit über die zeitliche Zuordnung entscheidet. So werden bestimmte Steuern, die im Januar eines Jahres kassenwirksam werden, aber ökonomisch dem Dezember zuzuordnen sind, in den VGR dem Vorjahr zugerechnet. Solche Phasenverschiebungen werden für Steuern vorgenommen, bei denen dies statistisch sinnvoll möglich ist (Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Kapitalertragsteuern und Produktsteuern).

Im Ergebnis belegen jedoch für den Zeitraum von 2000 bis 2003 sowohl die Steuerquote in der Abgrenzung der Finanzstatistik als auch die um 1½ bis 2 %-Punkte höhere Steuerquote in der

Abgrenzung der VGR einen Rückgang der Steuerbelastung um rd. 2 %-Punkte.



Unter Berücksichtigung der Beiträge zur Sozialversicherung ergibt sich die Abgabenquote, d. h. das Verhältnis von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Die Abgabenquote (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) hat sich im Zeitablauf wegen der gestiegenen Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme – aufgrund der wirtschaftlichen und demografischen Lage sowie der deutschen Einheit – spürbar erhöht: Sie stieg von 32,2 % im Jahr 1960 auf 38½ % im Jahr 2003 (vgl. Anlage 2). Die Erhöhung der Abgabenquote in den 90er-Jahren auf rd. 41 % wurde primär durch die gestiegene Sozialabgabenquote verursacht, während die rückläufige Entwicklung der Abgabenquote seit 2000 auf der niedrigeren Steuerquote beruht.

Im internationalen Vergleich für 2002 (nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD) hat Deutschland mit 21,7 % erneut eine der niedrigsten Steuerquoten. Von den OECD-Staaten der EU weist nur die Slowakei mit 19,2 % einen noch niedrigeren Wert auf. Mit einer Abgabenquote von 36,2 % liegt Deutschland auch 2002 auf einem international mittleren Niveau (vgl. Anlage 3).

Sowohl der internationale Vergleich als auch die zeitliche Entwicklung von Steuer- und Abgabenquoten lassen den Schluss zu, dass Deutschland – bezogen auf die gesamte Volkswirtschaft – kein Steuerlastproblem hat.

3 Struktur des Steueraufkommens

Die reine Analyse von Steuer- und Abgabenquoten liefert allerdings nur wenig Aufschluss über die Struktur unseres Steuersystems. Seit jeher wird ein Großteil des Steueraufkommens durch einige wenige Steuern erzielt. So wird die Entwicklung der direkten Steuern besonders von der Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer geprägt; bei den indirekten Steuern sind die Steuern vom Umsatz mit deutlichem Abstand vor der Mineralölsteuer und der Tabaksteuer die wichtigste Einnahmequelle. Auf diese sechs Steuern entfallen im Jahr 2003 insgesamt 86 % der Steuereinnahmen, wobei allein die Einkommensteuer und die Steuern vom Umsatz rd. $\frac{2}{3}$ der Steuereinnahmen ausmachen (vgl. Anlagen 4 und 5).

Im Zeitablauf sind beispielsweise die relativen Anteile der Mineralölsteuer und der Versicherungsteuer am gesamten Steueraufkommen gestiegen, d. h. die Bedeutung dieser beiden Steuern hat zugenommen. Dagegen verlor beispielsweise die Kfz-Steuer an Bedeutung. Bei der veranlagten Einkommensteuer ist die Verrechnung der Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer und Erstattungen bei der Lohnsteuer im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs sowie der Auszahlung von Investitionszulagen und der Eigenheimzulage zu berücksichtigen.

Der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen liegt seit 2001 – nach zuletzt 1951 – über dem Anteil der direkten Steuern. Wesentliche Gründe hierfür sind die Umsatzsteuererhöhungen in den 90er-Jahren, die Mineralölsteuererhöhungen sowie die Einführung der Stromsteuer. Im Gegenzug sind bei den direkten Steuern neben der schwachen Konjunktur wiederum die entlastenden Auswirkungen der Steuerreform 2000 – Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer und Senkung des Steuertarifs bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer – abzulesen.

Der Rückgang der Körperschaftsteuereinnahmen um rd. 23 Mrd. € im Jahr 2001 beruhte etwa

zu einem Drittel auf der Senkung des Körperschaftsteuertarifs, zu einem weiteren Drittel auf konjunkturellen Entwicklungen und branchenspezifischen Sondereffekten sowie zu einem letzten Drittel auf Ausschüttungen der Unternehmen im Zuge der Systemumstellung bei der Körperschaftsteuerreform. Diese Ausschüttungen an die Anteilseigner der Kapitalgesellschaften haben jedoch auf der anderen Seite einen Anstieg der Kapitalertragsteuer in etwa gleicher Höhe bewirkt. Ab dem Jahr 2003 zeichnen sich bei der Körperschaftsteuer jährlich kräftige Zuwachsraten ab.

Der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen von 52,5 % im Jahr 2003 wird bis zum Jahr 2008 – bei nahezu konstanter Steuerquote – in etwa dem Anteil der direkten Steuern entsprechen: 49,8 % zu 50,2 %.

Wird die Struktur des gesamten Steueraufkommens einschließlich Sozialabgaben im internationalen Vergleich betrachtet, ist die Position Deutschlands innerhalb der EU-15 gekennzeichnet durch deutlich unterdurchschnittliche Anteile der direkten und indirekten Steuern sowie den höchsten Anteil der Sozialabgaben (vgl. Anlage 6).

4 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Im Jahr 2003 betrug der Anteil des Bundes am Steueraufkommen 43,4 %; damit ist dieser Anteil im Vergleich zu den 50er- und 60er-Jahren (zwischen 53 % und 56 %) fast kontinuierlich gesunken (vgl. Anlage 7). Die Länder partizipierten in Höhe von 40,2 % am Steueraufkommen; hier ist ein Anstieg im Vergleich zu den 50er- und 60er-Jahren (zwischen 25 % und 32 %) zu beobachten. Der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen betrug 11,7 %; dieser Wert war in den vergangenen Jahren relativ konstant. Die EU erhielt 4,7 % des Steueraufkommens. Im Jahr 2008 wird sich die Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften voraussichtlich wie folgt

darstellen: Bund 42,3 %, Länder 40,0 %, Gemeinden 12,6 % und EU 5,1 %; der bei den Gemeinden um rd. 1 %-Punkt erhöhte Anteil ergibt sich insbesondere aufgrund der Senkung der Gewerbesteuerumlage ab 2004.

Die Struktur der Steueranteile bei Bund und Ländern hat sich im Laufe der Jahrzehnte erheblich verändert (vgl. Anlage 8). Beim Bund sank der Anteil der indirekten Steuern von rd. 75 % in den 50er- und 60er-Jahren auf rd. 55 % in den 70er- und 80er-Jahren und betrug im Jahr 2003 62,2 %. Bei den Ländern ist dagegen der Anteil der indirekten Steuern, der in den 50er- und 60er-Jahren bei rd. 16 % lag, deutlich auf 51,4 % im Jahr 2003 gestiegen: Damit haben die Länder ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis von direkten und indirekten Steuern. Die Entwicklung der Steuerstruktur geht auf die Einführung der gemeinschaftlichen Verteilung der Einkommensteuer und Umsatzsteuer zwischen Bund und Länder zurück. Die Gemeinden erhalten ihren Anteil am Steueraufkommen zum weit überwiegenden Teil aus direkten Steuern, im Jahr 2003 waren es 93,2 %. Bis zum Jahr 2008 werden sich für die genannten Steueranteile voraussichtlich Werte von 60 % (Bund), 49,5 % (Länder) und 94 % (Gemeinden) ergeben.

5 Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die Bundesregierung hat seit ihrem Amtsantritt 1998 enorme Steuersenkungen vorgenommen und insbesondere die Steuersätze der Einkommensteuer erheblich – auf ein historisch niedriges Niveau – reduziert (vgl. Anlagen 9 und 10). In Zahlen ausgedrückt: Ein verheirateter Durchschnittsverdiener (rd. 28000 € Jahresbruttolohn) mit zwei Kindern muss in 2005 keine Steuern auf sein Arbeitseinkommen entrichten, sondern erhält unter Berücksichtigung seines Kindergeldanspruchs 2490 € „ausbezahlt“. Im Vergleich zum Jahr 1998 steht dieselbe Familie 2005 um 2284 € besser da. Insgesamt wird die Steuerpflicht für Verheiratete 2005 – wiederum unter Berücksichtigung des Kindergeldes – erst ab

einem Jahresbruttolohn von 37540 € einsetzen. Damit bleibt eine immer größere Zahl von Steuerpflichtigen und insbesondere Familien von der Einkommensteuer völlig unbelastet.

Für die Weiterentwicklung unseres Steuersystems gilt insbesondere, die Herausforderungen, die aus der demografischen Entwicklung und der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft erwachsen, zu meistern.

Eine zentrale Aufgabe, vor die uns die demografische Entwicklung stellt, ist die Anpassung der Alterssicherung an die veränderte Altersstruktur. Der im Rahmen des Alterseinkünftegesetzes vorgesehene Übergang zur nachgelagerten Besteuerung – Beiträge zur Altersvorsorge werden sukzessive steuerlich freigestellt und die darauf beruhenden Rentenzahlungen werden nach und nach stärker besteuert – senkt die Steuerlast der Beschäftigten in der Erwerbsphase und wird über die Entlastung der Lohnkosten mittelfristig einen wesentlichen Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung leisten.

Die demografische Entwicklung stellt die Finanzpolitik nicht nur im Hinblick auf die Finanzierung der Staatsausgaben und die Förderung von Wachstum und Beschäftigung vor neue Herausforderungen, sondern auch im Hinblick auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Eine tragfähige, auf ausgeglichene Haushalte ausgerichtete Finanzpolitik ist hierfür die zentrale Voraussetzung.

Eine gerechte Verteilung der Steuerlast muss aber auch innerhalb der einzelnen Generationen eine wesentliche Leitlinie für die Steuerpolitik sein. Dabei ist Gerechtigkeit nicht nur eine Frage des Tarifs, sondern setzt voraus, dass Bezieher hoher Einkommen auch tatsächlich entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Durch die gezielte Verbreiterung der Bemessungsgrundlage wurde bereits für mehr Gerechtigkeit gesorgt.

Der internationale Steuerwettbewerb ist als Teil des Standortwettbewerbs von wesentlicher

Bedeutung für die künftige Steuerpolitik. Die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaft, insbesondere die zunehmende Mobilität des Faktors Kapital kann bei einer Modernisierung des Steuersystems nicht unberücksichtigt bleiben. Ein Grund für den undifferenzierten Ruf nach Steuerenkungen ist er aber nicht: Einem Staat, der nur auf Steuerenkungen setzt, fehlen letztlich die Mittel für Investitionen; das Vertrauen ausländischer Investoren in die wirtschafts- und finanzpolitische Stabilität des Standorts wird geschädigt und darüber hinaus wird der soziale Friede, der ein ausreichendes Maß an Verteilungsgerechtigkeit voraussetzt, gefährdet.

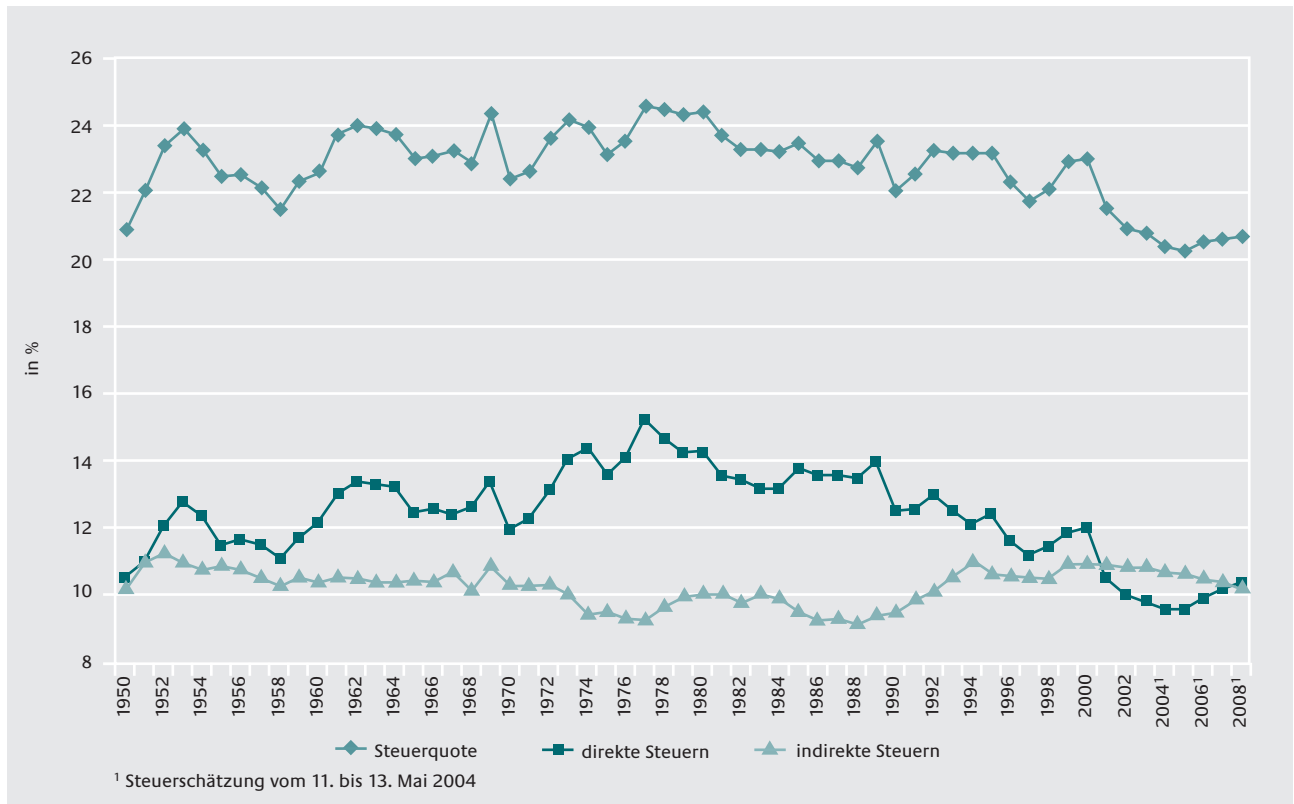
Ein wesentlicher Schritt zur Sicherung der Finanzierungsfunktion des Steuersystems führt über die effiziente Ausschöpfung bereits vorhandener Steuerquellen. Ein zentraler Punkt ist hierbei die effektive Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Umsatzsteuerbetrugs. Da die direkten

Steuern in einem vergleichsweise starken internationalen Wettbewerb stehen, könnte ein relativ höherer Anteil an indirekten Steuern durch eine effizientere Ausschöpfung zu einer Stabilisierung des gesamten Steueraufkommens beitragen.

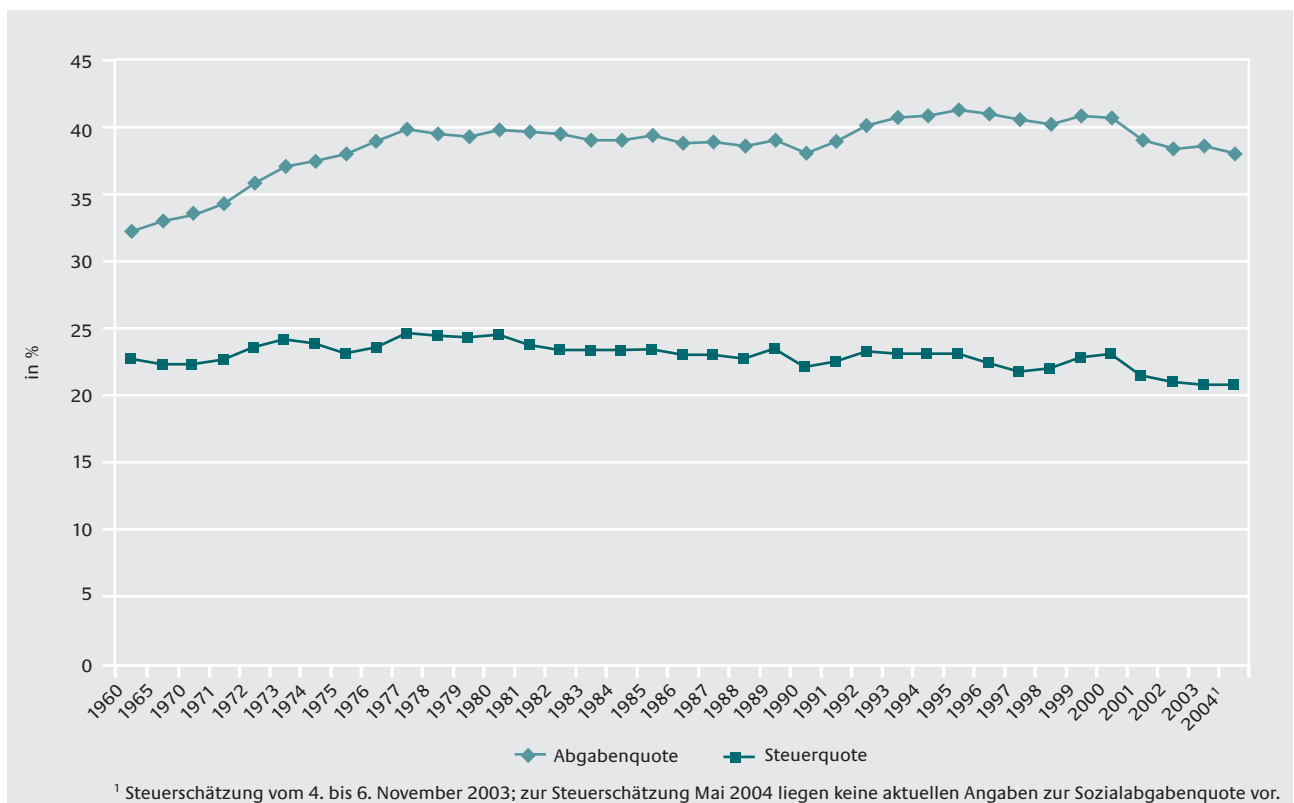


Ziel der Steuerpolitik muss also ein Steuersystem sein, das dem Staat dauerhaft sichere Einnahmen zur Wahrnehmung seiner wesentlichen Aufgaben garantiert, insbesondere Schwerpunktsetzungen für zukunftsrelevante Aufgaben ermöglicht (z. B. mehr Geld für Bildung und Innovation) und Deutschland im internationalen Standortwettbewerb bestehen lässt.

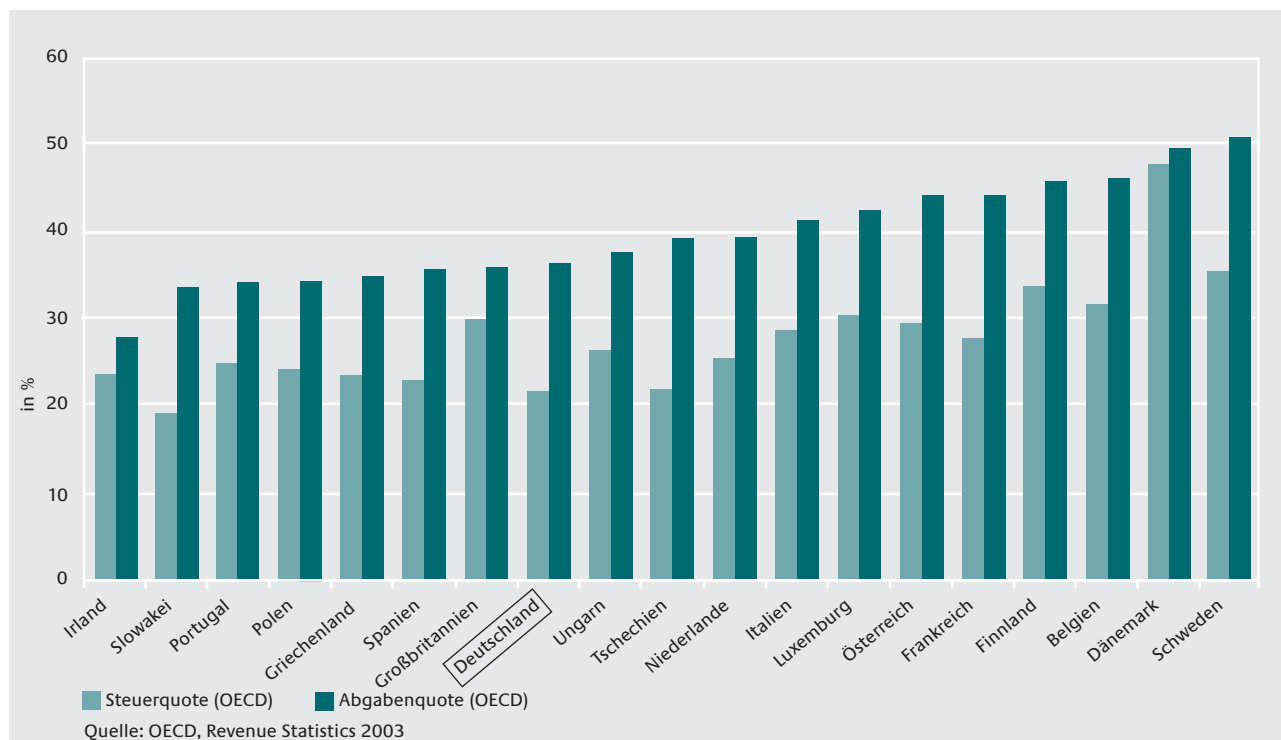
Anlage 1: Entwicklung der Steuerquote und des Anteils der direkten und indirekten Steuern am nominalen Bruttoinlandsprodukt



Anlage 2: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquote seit 1960



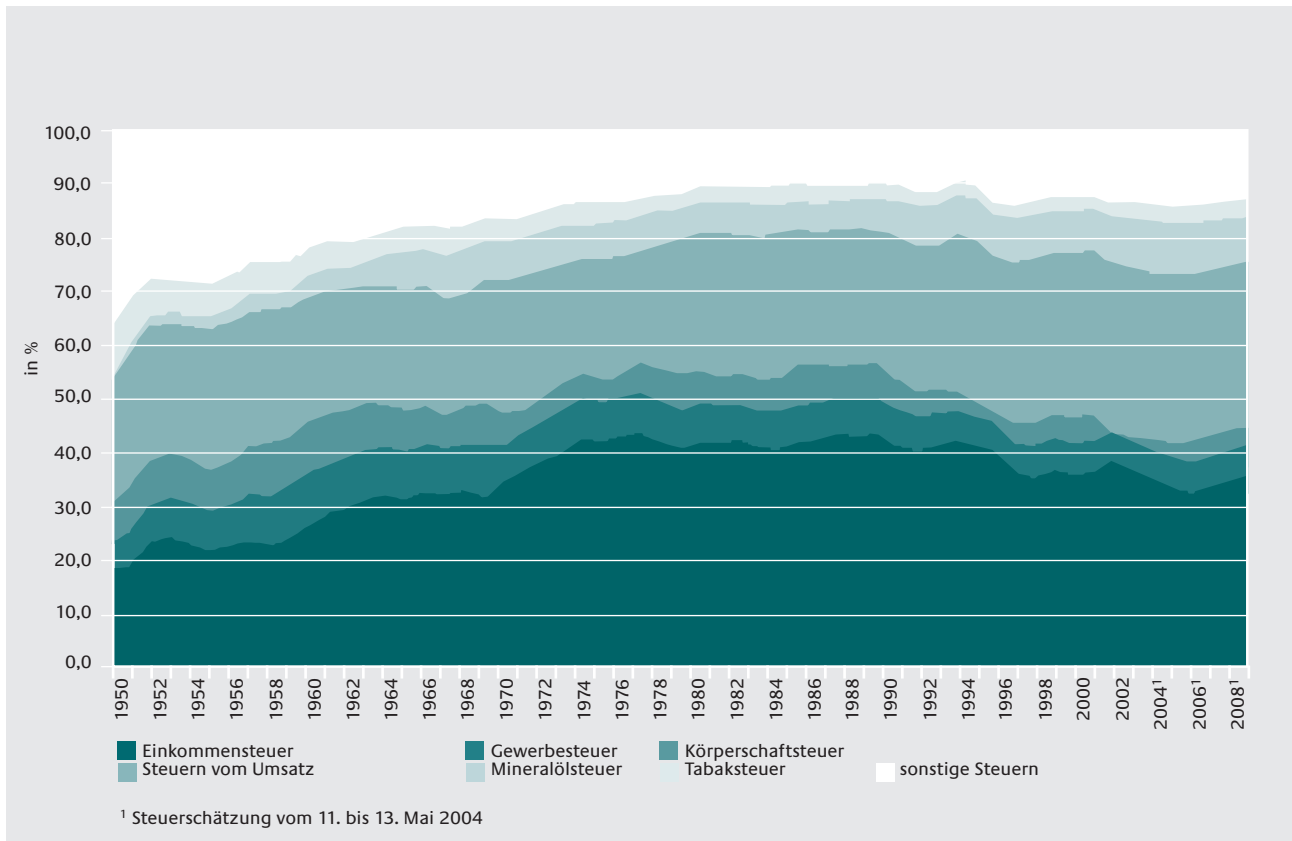
Anlage 3: Steuer- und Abgabenquoten 2002 im internationalen Vergleich



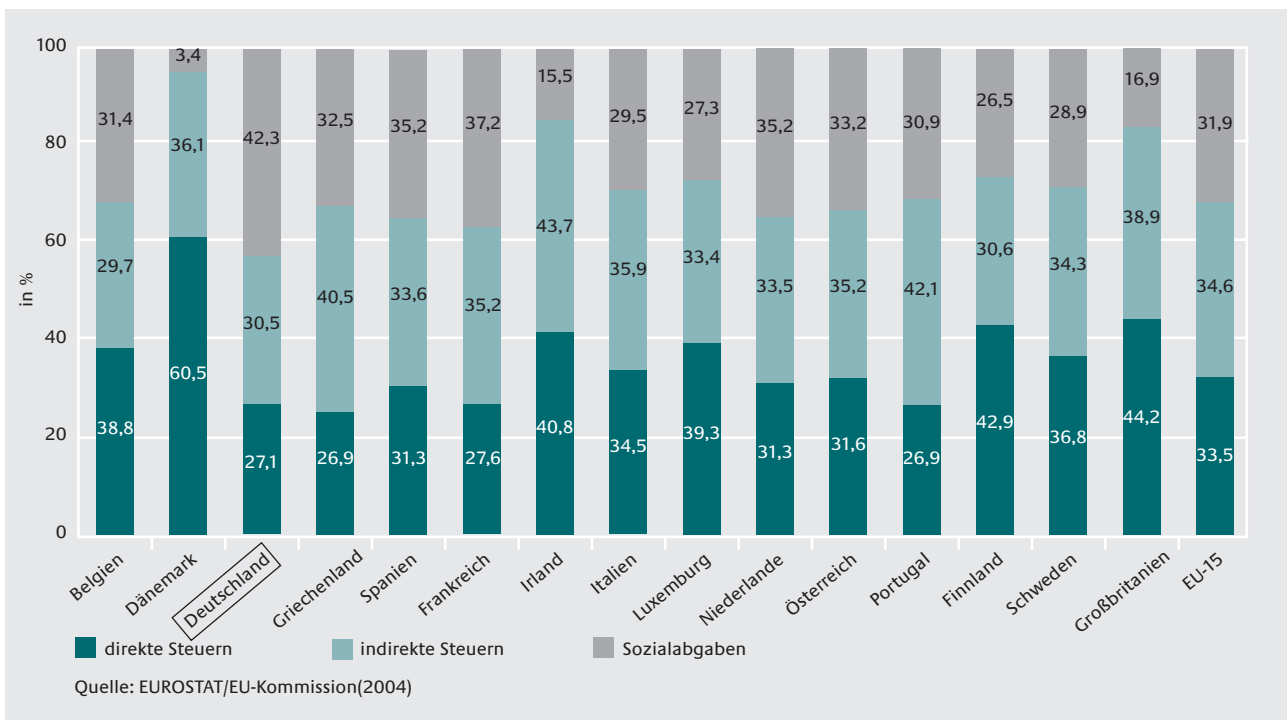
Anlage 4: Steueraufkommen nach einzelnen Steuerarten – Bis 1990 Gebietsstand ohne neue Bundesländer –

	– in Mrd. € –							– in % –						
	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2003	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2003
Steuern vom Einkommen	2,8	12,5	32,1	88,9	130,4	204,2	172,9	27,1	35,7	40,7	47,6	46,4	43,7	39,1
davon: Einkommensteuer	1,9	9,2	27,2	78,0	115,0	168,8	154,3	18,4	26,2	34,5	41,8	40,9	36,1	34,9
davon: Lohnsteuer	0,9	4,1	17,9	57,0	90,8	135,7	133,1	8,3	11,8	22,8	30,6	32,3	29,0	30,1
veranlagte Einkommensteuer	1,0	4,6	8,2	18,8	18,7	12,2	4,6	9,9	13,1	10,4	10,1	6,6	2,6	1,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	0,0	0,4	1,0	2,1	5,5	13,5	9,0	0,2	1,2	1,3	1,1	2,0	2,9	2,0
Zinsabschlagsteuer	–	–	–	–	–	7,3	7,6	–	–	–	–	–	1,6	1,7
Körperschaftsteuer	0,7	3,3	4,5	10,9	15,4	23,6	8,3	7,0	9,5	5,7	5,8	5,5	5,0	1,9
Ergänzungsabgabe/Solidaritätszuschlag	–	–	0,5	0,0	0,0	11,8	10,3	–	–	0,6	0,0	0,0	2,5	2,3
Steuern vom Umsatz	2,3	8,2	19,5	47,8	75,5	140,9	137,0	22,4	23,5	24,7	25,6	26,8	30,1	31,0
Mineralölsteuer	0,0	1,4	5,9	10,9	17,7	37,8	43,2	0,3	3,9	7,5	5,8	6,3	8,1	9,8
Gewerbesteuer	0,5	3,5	5,5	13,9	19,8	27,0	24,1	5,0	9,9	7,0	7,4	7,1	5,8	5,5
Tabaksteuer	1,1	1,8	3,3	5,8	8,9	11,4	14,1	10,1	5,2	4,2	3,1	3,2	2,4	3,2
Grundsteuer	0,6	0,8	1,4	3,0	4,5	8,8	9,7	5,7	2,4	1,7	1,6	1,6	1,9	2,2
Versicherungsteuer	0,0	0,1	0,3	0,9	2,3	7,2	8,9	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	1,6	2,0
Kraftfahrzeugsteuer	0,2	0,8	2,0	3,4	4,3	7,0	7,3	1,7	2,2	2,5	1,8	1,5	1,5	1,7
Stromsteuer	–	–	–	–	–	3,4	6,5	–	–	–	–	–	0,7	1,5
Grunderwerbsteuer	0,0	0,2	0,5	1,2	2,1	5,2	4,8	0,4	0,5	0,7	0,6	0,8	1,1	1,1
Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer	0,0	0,1	0,3	0,5	1,5	3,0	3,4	0,1	0,3	0,3	0,3	0,5	0,6	0,8
Zölle	0,3	1,3	1,5	2,4	3,7	3,4	2,9	3,0	3,8	1,9	1,3	1,3	0,7	0,7
Branntweinsteuer	0,2	0,5	1,1	2,0	2,2	2,2	2,2	2,3	1,5	1,4	1,1	0,8	0,5	0,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	0,0	0,1	0,3	0,7	1,0	1,8	1,9	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Kaffeesteuer	0,2	0,4	0,5	0,8	1,0	1,1	1,0	1,6	1,0	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2
Biersteuer	0,2	0,4	0,6	0,6	0,7	0,8	0,8	1,6	1,0	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
Schaumweinsteuer	0,0	0,0	0,1	0,3	0,5	0,5	0,4	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1
Vermögensteuer	0,1	0,6	1,5	2,4	3,2	0,4	0,2	0,5	1,6	1,9	1,3	1,2	0,1	0,1
sonstige Steuern	1,8	2,3	2,4	1,4	1,8	1,0	1,0	17,3	6,6	3,1	0,7	0,6	0,2	0,2
Steueraufkommen	10,5	35,0	78,8	186,6	281,0	467,3	442,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Anlage 5: Anteil einzelner Steuerarten am Steueraufkommen

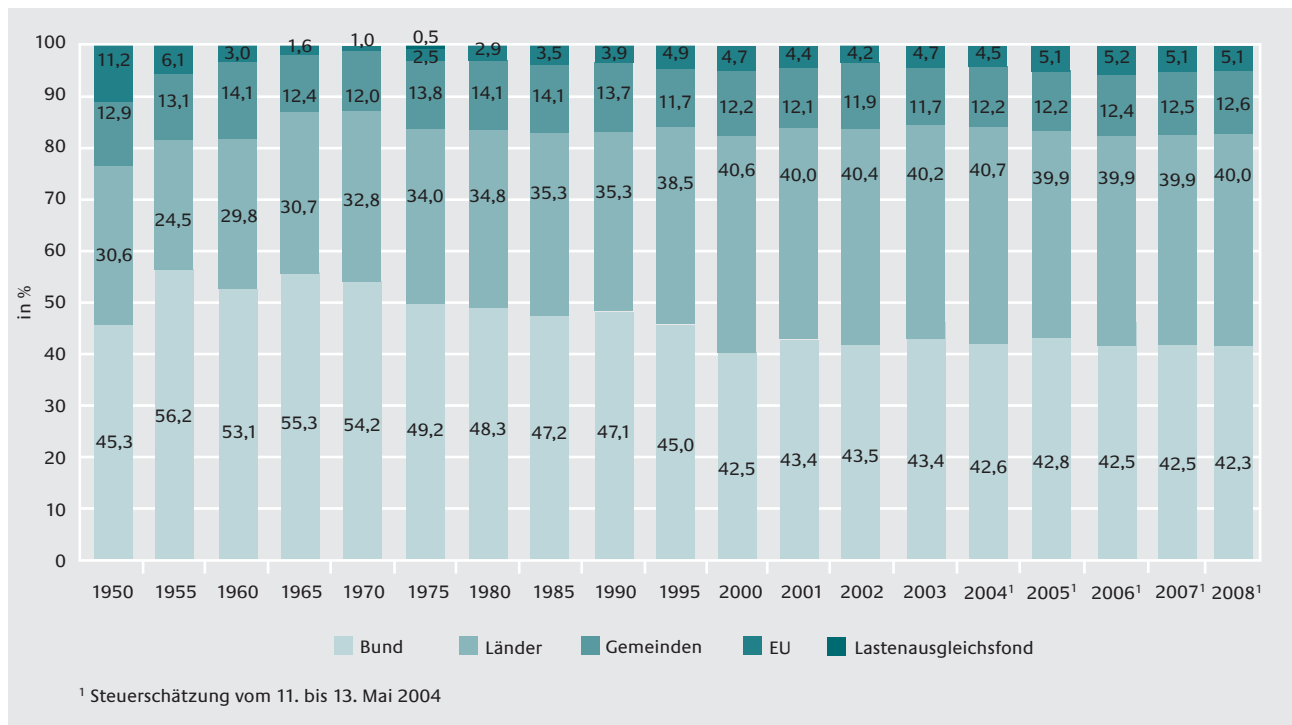


Anlage 6: Anteil der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben am Gesamtaufkommen an Steuern und Sozialabgaben (2002)

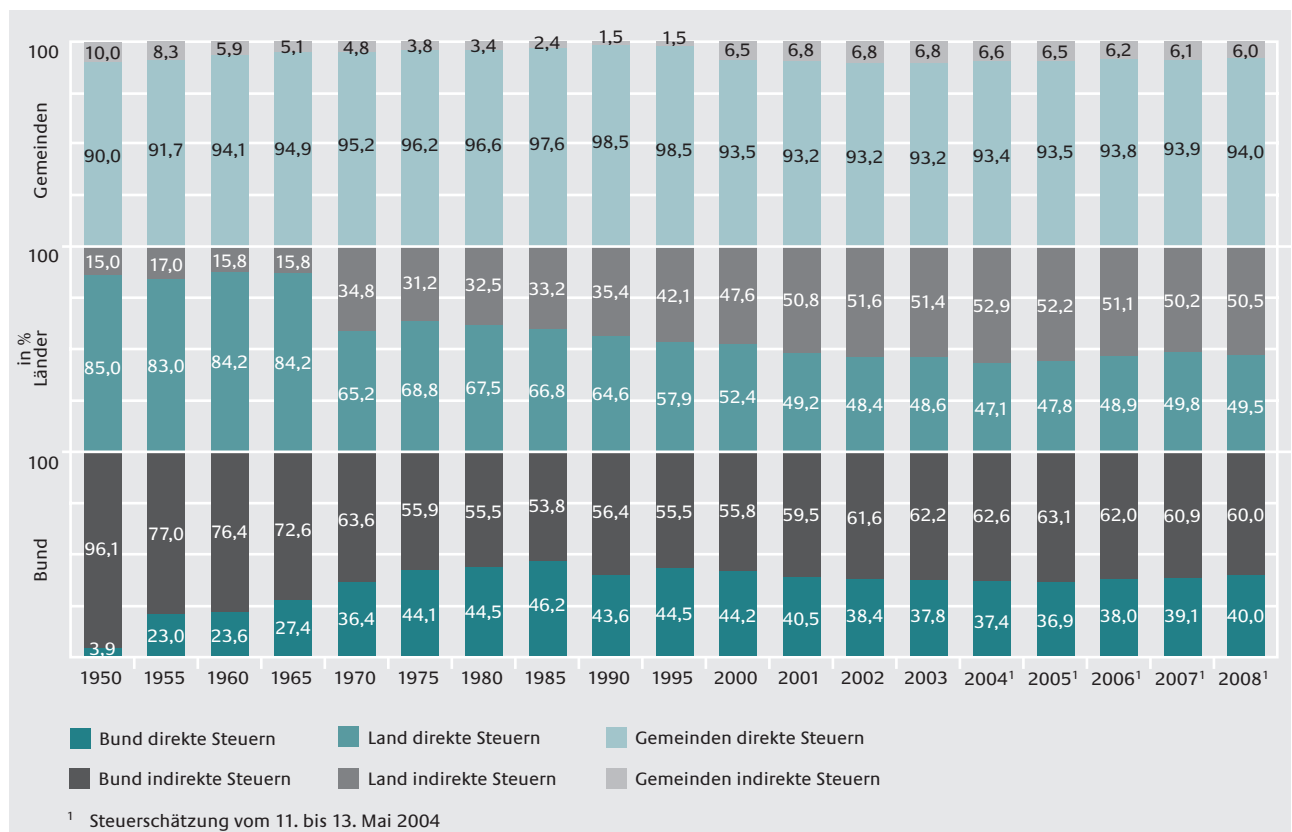


Anlage 7: Verteilung der Steuereinnahmen auf Gebietskörperschaften

– in Prozent des Steueraufkommens –



Anlage 8: Struktur der Steueranteile der Gebietskörperschaften



Anlage 9: Wichtige Steuerreformmaßnahmen der Bundesregierung

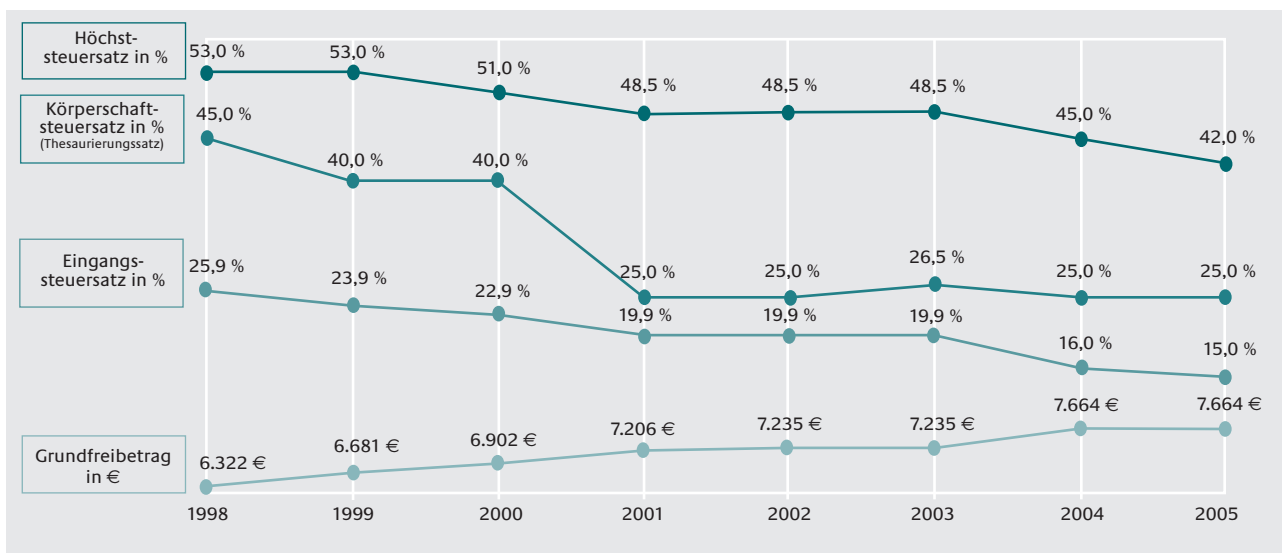
Seit der Regierungsübernahme hat die Bundesregierung soziale Gerechtigkeit wieder zu einem Kriterium der Steuerpolitik gemacht und in der Folge für eine soziale und leistungsgerechte Verteilung der Belastungen gesorgt. Durch Streichung von Ausnahmen und Vergünstigungen wurden steuerliche Fairness und Transparenz gesteigert; zugleich wurde Raum geschaffen für eine umfassende Senkung der steuerlichen Belastung. Zudem hat die Steuerpolitik durch grundlegende Reformen den Weg zu einer Entlastung der Sozialversicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen beschritten. Konkret hat die Bundesregierung u. a. mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 durch Tarifsenkungen spürbare Entlastungen bei der Einkommensteuer insbesondere für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen geschaffen und die Förderung von Familien ausgebaut. Im Gegenzug wurden zahlreiche Ausnahmen und Vergünstigungen abgebaut, die bis dahin von Beziehern höherer Einkommen genutzt wurden.

Mit der Steuerreform 2000 wurde das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik in Kraft gesetzt; die Tarifsenkung der Einkommensteuer wurde fortgesetzt und die Unternehmensbesteuerung durch einen Systemwechsel zum Halbeinkünfteverfahren auf eine international wettbewerbsfähige Basis gestellt. Durch die Steuerreformmaßnahmen werden bei Eintritt der vollen Wirkung private Haushalte und Unternehmen unter Berücksichtigung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen um über 58 Mrd. € jährlich in der Endstufe entlastet (davon private Haushalte gut 46 Mrd. €). Mit der ökologischen Steuerreform wird – neben umweltpolitischen Zielen – die Senkung und Stabilisierung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung erreicht.

Die gezielte Entlastung von Familien mit Kindern war Gegenstand der Gesetze zur Familienförderung mit einem finanziellen Volumen von rd. 6 Mrd. €. Im Rahmen des Altersvermögensgesetzes wird der Aufbau einer zusätzlichen privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge ab 1.1.2002 gefördert (über Zulagen bzw. Sonderausgabenabzug i. H. v. rd. 13 Mrd. € in der Endstufe 2008).

Ab 2005 wird durch das Alterseinkünftegesetz die steuerrechtliche Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen neu geregelt. Bis 2040 ist der schrittweise Übergang zur nachgelagerten Besteuerung vorgesehen, d. h. Beiträge zur Altersvorsorge werden sukzessive steuerlich freigestellt und die darauf beruhenden Rentenzahlungen werden nach und nach stärker besteuert. Im Ergebnis verbleibt eine Steuerentlastung von über 1 Mrd. € in 2005, die bis 2010 rasch auf fast 6 Mrd. € ansteigt. Die Entlastung der Lohnkosten wird mittelfristig einen wesentlichen Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung liefern.

Anlage 10: Entwicklung der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 1998 bis 2005



Analyse des Abgaben-Transfer-Systems in Deutschland

1	Hintergrund	63
2	Kurzdarstellung des Modells	63
3	Gesamtanalyse der Ergebnisse	65
4	Ausgewählte Einzelanalysen	70
4.1	Wirkung des Freibetrags für Alleinerziehende (§ 24b EStG)	70
4.2	Auswirkungen der Tarifsenkungen auf das Verhältnis Kinderfreibetrag/Kindergeld	70
4.3	Auswirkungen der Reformen bei der geringfügigen Beschäftigung	70
4.4	Auswirkungen der Änderungen des Erziehungsgeldgesetzes	74
5	Darstellung weiterer Modellmöglichkeiten	74
6	Schlussfolgerungen	74

1 Hintergrund

Die Bundesregierung hat im Rahmen der „Agenda 2010“ und der „Hartz-Gesetze“ weit reichende Reformen auf den Weg gebracht, deren Ziel u. a. die Verbesserung des Zusammenspiels der verschiedenen Komponenten des deutschen Abgaben-Transfer-Systems ist. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussion über Arbeitsanreizwirkungen, also die die Aufnahme bzw. Ausweitung von Erwerbstätigkeit beeinflussenden Faktoren, kommt der Betrachtung der Auswirkungen des Abgaben-Transfer-Systems auf das den abhängig Beschäftigten zur Verfügung stehende Einkommen auch in Zukunft besondere Bedeutung zu. Eine Analyse lediglich einzelner Abgaben oder Transfers bzw. nur der Abgaben- oder der Transferseite wäre dabei nur von begrenzter Aussagekraft. Aussagefähiger sind wegen der sehr komplexen (und teilweise auch komplizierten) Wirkungsweise des Gesamtsystems typisierende Modellbetrachtungen, die eine Gesamtanalyse ermöglichen.

Ein solches Abgaben-Transfer-Modell wurde im Bundesfinanzministerium erarbeitet und schließt

damit an frühere Untersuchungen an.¹ Das aktuelle Modell ermöglicht typisierende Modellbetrachtungen des deutschen Abgaben-Transfer-Systems und damit sowohl eine Gesamtanalyse als auch gezielte Einzeluntersuchungen des Zusammenhangs von Abgaben und Transfers. Vergleichbare Untersuchungsmöglichkeiten sind auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung vorhanden.²

Besondere Bedeutung kommt entsprechenden Untersuchungen vor dem Hintergrund internationaler Vergleiche zu, wie sie u. a. die Europäische Kommission z. B. im Gemeinsamen Beschäftigungsbericht vornimmt, die Arbeitsanreizwirkungen vermehrt in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Kritisch betrachtet werden dabei insbesondere hohe Abgabenbelastungen bzw. hohe Transferentzüge bei Arbeitsaufnahme bzw. bei Ausweitung von Erwerbsarbeit. Allerdings muss auch festgehalten werden, dass ein im internationalen Vergleich großzügig ausgestaltetes Sozialsystem wie das deutsche zwangsläufig hohe Entzugsraten aufweisen muss, dass also insbesondere soziale Transfers mit steigendem Einkommen zügig abgebaut werden; die Beibehaltung eines hohen Transferniveaus würde die Staatsfinanzen ansonsten überfordern.

2 Kurzdarstellung des Modells

Das vorliegende Modell gibt in seiner aktualisierten Fassung den Rechtsstand 1.1.2004 wieder, Vergleiche mit früheren Rechtsständen sind möglich (die dargestellten Untersuchungen beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet). Im Modell können Haushalte von Ledigen, „echten“ Alleinerziehenden

¹ Hagedorn, Rolf und Specht, Richard: „Die Wirkungen der Reformen des Abgaben- und Transferrechts auf das verfügbare Einkommen von Arbeitnehmern: Ergebnisse von Modellrechnungen für die Jahre 1985 und 1990“, 1991; Kock, Heinz: „Kumulative Wirkungen des Abgaben- und Transfersystems“, 1984; Sarrazin, Thilo: „Kumulative Effekte der Finanz- und Sozialpolitik auf die Einkommensverteilung“, 1976.

² vgl. u. a. Beitrag Monatsbericht 09/2003, Seite 39: „Abgaben und Sozialtransfers in Deutschland“, Gutachten von Dr. Bruno Kaltenborn, sowie Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung „Aktuelle Bestandsaufnahme des deutschen Transfersystems – Eine empirische Analyse unter Effektivitäts- und Anreizgesichtspunkten“, Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz, Dr. Bernd Fritzsche und Dr. Günter Köpp, 1997.

und Verheirateten (nur Alleinverdiener) bis zu einer Haushaltsgröße von fünf Personen dargestellt werden, wobei nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Beamten differenziert werden kann. In der vorliegenden Untersuchung werden folgende Haushaltstypen betrachtet: Ein Ledigenhaushalt, ein Alleinerziehendenhaushalt mit einem Kind (13 Jahre) und ein Verheiratetenhaushalt mit zwei Kindern (10 und 13 Jahre); andere Kombinationen sind möglich.

Das Modell berücksichtigt die von den Haushalten direkt zu leistenden Abgaben (Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer) sowie die den Haushalten zufließenden Transfers (Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuss, Wohngeld, BAföG sowie Sozialhilfe) und Kindergeld. Unberücksichtigt bleiben insbesondere Beiträge der Arbeitgeber, indirekte Steuern, Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld und -hilfe, Krankengeld) sowie andere Transfers (z. B. Eigenheimzulage, Förderung der Vermögensbildung).

Im Modell können (Warm-)Mieten in beliebiger Höhe berücksichtigt werden. Nach der Sozialhilfe-Regelsatzverordnung werden die Unterkunftskosten in Höhe der tatsächlichen Kosten vollständig berücksichtigt, sofern sie einen angemessenen Umfang nicht überschreiten. Im Modell wird vereinfachend in jedem Fall die volle Übernahme der Mietkosten unterstellt; um Verzerrungen zu vermeiden, werden aber für die vorliegende Untersuchung Warmmieten unterstellt, die sich an den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Mietkosten von Haushalten mit Wohngeldanspruch orientieren (unterstellte Warmmiete für Ein-Personen-Haushalte 290 €, für Zwei-Personen-Haushalte 380 €, für Vier-Personen-Haushalte 510 €).

Mit Hilfe des Modells kann die Veränderung der vorgenannten Abgaben und Transfers bei steigenden Bruttoeinkommen (Betrachtungszeitraum: jeweils ein Monat) bis zu einem Bruttomonatseinkommen von 7500 € betrachtet

werden. Dargestellt werden die Auswirkungen bei einer Ausweitung des Einkommens in Einkommensschritten von 50 €; für gezielte Analysen z. B. des Niedrigeinkommensbereichs ist eine Reduzierung der Einkommensschritte auf 1 € und damit z. B. die punktgenaue Betrachtung der Belastungsveränderungen bei Überschreiten bestimmter Einkommensgrenzen möglich.

Mit dem Modell kann die Entwicklung des nach Steuern und Sozialabgaben verbleibenden Nettoeinkommens und des nach Erhalt von Transfers insgesamt zur Verfügung stehenden Einkommens dargestellt werden. Neben transferspezifischen Ergebnissen wird zudem eine Reihe von Kennzahlen ausgewiesen, die zur Beurteilung der Effektivität des Abgaben-Transfer-Systems hilfreich sind. Insbesondere können Aussagen über die durchschnittliche Belastung mit Abgaben (Belastung mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bezogen auf das gesamte Einkommen), die Grenzbelastung (Belastung einer Einkommenserhöhung mit Abgaben im Verhältnis zu dieser Einkommensveränderung) sowie die Grenzgesamtbelastung (Grenzbelastung sowie zusätzlich die Auswirkung von mit steigendem Einkommen zurückgehenden bzw. wegfallenden Transfers) getroffen werden. Auch die Transferquote (Verhältnis Transferleistungen zu Bruttoeinkommen) und die Relation von Transfers zu Abgaben werden ermittelt. Darüber hinaus ermöglicht das Modell zu Simulationszwecken die gezielte Veränderung einzelner Komponenten und damit die Analyse der sich ergebenden jeweiligen Auswirkungen.

Bei der Betrachtung der Transferleistungen wird wegen der in den verschiedenen Rechtsgebieten unterschiedlichen Einkommensbegriffe systematisch so vorgegangen, dass aus dem vorgegebenen Bruttoeinkommen durch Zuschläge bzw. Abzüge zunächst das jeweils relevante Einkommen ermittelt wird, das dann als Maßstab für die Berechnung des Leistungsanspruchs fungiert. Vereinfachend wird dabei unterstellt, dass das diesen Berechnungen nach den jeweiligen

Rechtsgrundlagen zu Grunde zu legende Einkommen dem aktuellen Einkommen des Betrachtungszeitraums entspricht.

Die finanziellen Wirkungen einzelner Abgaben bzw. Transferleistungen werden – neben einer Gesamtbetrachtung – auch gesondert dargestellt, um Fragen zu klären, die ausschließlich einzelne Komponenten betreffen (z. B. Auswirkung der Einkommensgrenze, bis zu der eine Transferleistung gewährt wird; Ausgestaltung von Transfers). Die Darstellung erfolgt dabei in erster Linie in tabellarischer Form (s. beispielhaft zum Verheiratetenhaushalt Tabelle 1, S. 66); zudem werden umfangreiche grafische Darstellungen automatisiert erstellt.

Zur Berechnung der Transferquote und der Relation Transfers/Abgaben wird lediglich der reine Transferanteil der Leistungen berücksichtigt; beim Kindergeld bleibt mithin die steuerliche Wirkung der kindbezogenen Freibeträge für diese Berechnungen unberücksichtigt (bei der Berechnung wird lediglich der Förderanteil des Kindergeldes berücksichtigt, der die Wirkung der Freibeträge für Kinder übersteigt).

Die Ergebnisse des Abgaben-Transfer-Modells können nie vollständig exakt sein. So können im Rahmen eines Modells die realen Steuerzahlungen (z. B. infolge individuell verschiedener Absatzbeträge) und Transferleistungen (ebenso wie im Steuerrecht existieren hier vielfältige Sachverhalte, die bei der Gewährung von Transferleistungen im Einzelfall berücksichtigt werden) niemals „auf den Cent“ genau dargestellt werden. Vereinfachend wird daher – wo nötig – von Durchschnittswerten bzw. auf Schätzungen beruhenden Werten ausgegangen, ohne dass dadurch die Aussagekraft der Ergebnisse beeinträchtigt wird. So wird z. B. bei den Werbungskosten für Arbeitnehmer unterstellt, dass diese nicht den gesetzlichen Pauschbetrag übersteigen; bei Alleinerziehenden wird der Kinderfreibetrag verdoppelt, da unterstellt wird, dass der andere Elternteil seiner Unterhaltspflicht nicht nachkommt.

3 Gesamtanalyse der Ergebnisse

Die mit dem Modell durchgeführten Betrachtungen zeigen, dass eine dem Leistungsfähigkeitsprinzip entsprechende stärkere Belastung höherer Einkommen bei Betrachtung der Abgabenquote, also der Durchschnittsbelastung mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, feststellbar ist. Ursächlich ist insbesondere die Progressionswirkung der Lohnsteuerbelastung. Hinsichtlich der Sozialversicherungsbeiträge wird im Modell unterstellt, dass die Aufwendungen für soziale Sicherung oberhalb der Beitragsbemessungsgrenzen nicht zunehmen (also in absoluten Beträgen auf dem Stand der maximalen gesetzlichen Beiträge verbleiben), wodurch die Progressionswirkung der Abgaben insgesamt für höhere Einkommen gemildert wird. Der Umfang der nominellen Umverteilung hat aber – nicht zuletzt als Folge der Tarifsenkungen durch die Steuerreform – im Zeitablauf abgenommen. Dies zeigt bereits der Vergleich der Entwicklung der durchschnittlichen Abgabenbelastung bei steigendem Bruttomonatseinkommen zwischen Rechtsstand 2002 und 2004 (s. Grafik 1, S. 68; die Auswirkungen bei den „Midi-Jobs“ zwischen 400 € und 800 € Einkommen sind ebenfalls deutlich erkennbar).



Entsprechend der abgeschwächten Progression der durchschnittlichen Abgabenbelastung fällt auch die Grenzabgabenbelastung (die Belastung des jeweiligen Hinzuverdienstes bei Einkommenszuwächsen in 50-€-Schritten mit Steuern und Abgaben) überwiegend moderat aus (s. Grafik 2, S. 69). Ablesbar ist der weniger

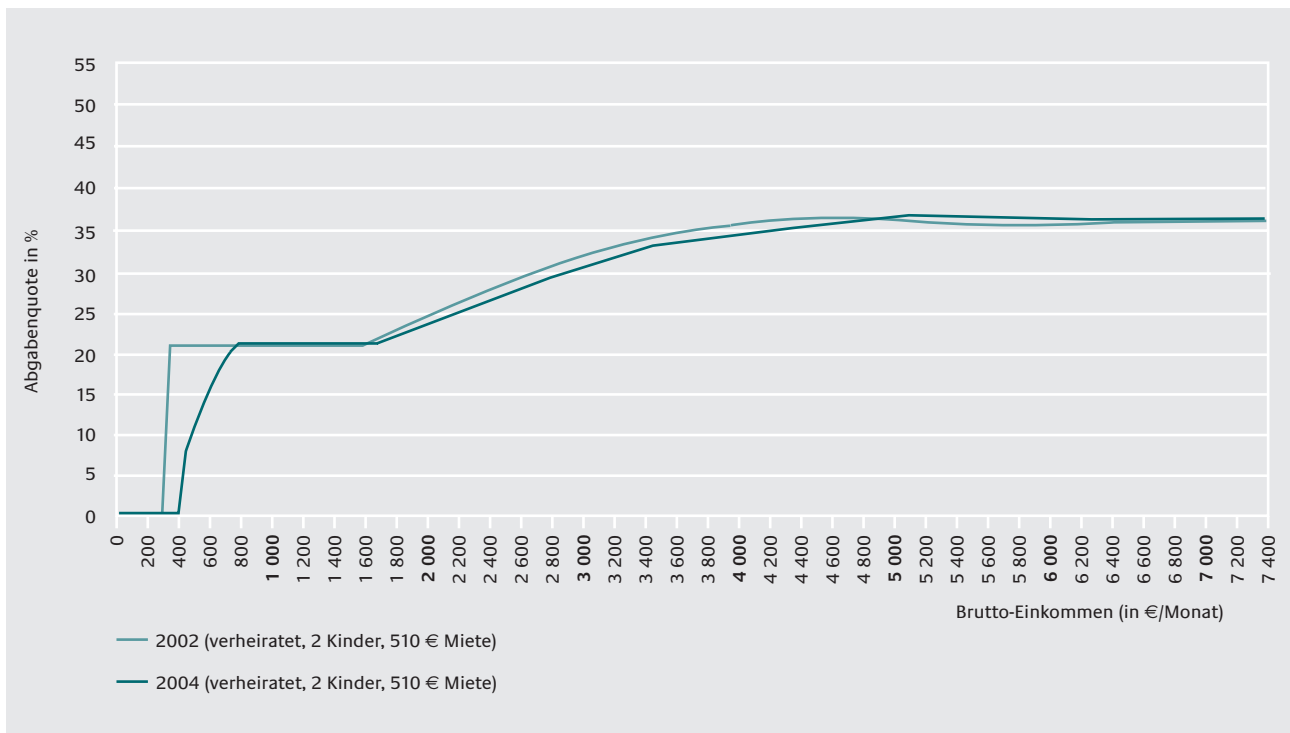
Tabelle 1: Tabellarische Darstellung der Ergebnisse des Abgabentransfersmodells
– Verheiratetenhaushalt mit 2 Kindern (10 und 13 Jahren), bis 2 600 € Bruttomonatslohn, 510 € Miete;
Stand 2004 –

Bruttomonatslohn	Summe LSt und Soli Steuerkl. III	SV-Beiträge insges.	Netto- einkommen	Erziehungs- geld	Kinder- geld	Unterhalts- vorschuss Alleinerz.	BAföG	Sozialhilfe (einschl. Wohngeld)
				berücks. Kinder: 0	Kinder: 2	Kinder: 0		
0	0	0	0	0	308	0	0	1 302
50	0	0	50	0	308	0	0	1 302
100	0	0	100	0	308	0	0	1 286
150	0	0	150	0	308	0	0	1 245
200	0	0	200	0	308	0	0	1 204
250	0	0	250	0	308	0	0	1 163
300	0	0	300	0	308	0	0	1 121
350	0	0	350	0	308	0	0	1 080
400	0	0	400	0	308	0	0	1 039
450	0	35	415	0	308	0	0	1 027
500	0	54	446	0	308	0	0	1 001
550	0	73	477	0	308	0	0	975
600	0	92	508	0	308	0	0	950
650	0	111	539	0	308	0	0	924
700	0	130	570	0	308	0	0	899
750	0	149	601	0	308	0	0	871
800	0	168	632	0	308	0	0	841
850	0	179	672	0	308	0	0	803
900	0	189	711	0	308	0	0	765
950	0	200	751	0	308	0	0	726
1 000	0	210	790	0	308	0	0	688
1 050	0	221	830	0	308	0	0	650
1 100	0	231	869	0	308	0	0	611
1 150	0	242	909	0	308	0	0	573
1 200	0	252	948	0	308	0	0	535
1 250	0	263	988	0	308	0	0	496
1 300	0	273	1 027	0	308	0	0	458
1 350	0	284	1 067	0	308	0	0	420
1 400	0	294	1 106	0	308	0	0	381
1 450	0	305	1 146	0	308	0	0	343
1 500	0	315	1 185	0	308	0	0	305
1 550	0	326	1 225	0	308	0	0	266
1 600	0	336	1 264	0	308	0	0	228
1 650	0	347	1 304	0	308	0	0	190
1 700	0	357	1 343	0	308	0	0	152
1 750	6	368	1 376	0	308	0	0	0
1 800	13	378	1 409	0	308	0	0	0
1 850	20	389	1 442	0	308	0	0	0
1 900	27	399	1 474	0	308	0	0	0
1 950	34	410	1 507	0	308	0	0	0
2 000	41	420	1 539	0	308	0	0	0
2 050	49	431	1 571	0	308	0	0	0
2 100	58	441	1 601	0	308	0	0	0
2 150	68	452	1 631	0	308	0	0	0
2 200	77	462	1 661	0	308	0	0	0
2 250	87	473	1 690	0	308	0	0	0
2 300	98	483	1 720	0	308	0	0	0
2 350	108	494	1 749	0	308	0	0	0
2 400	119	504	1 778	0	308	0	0	0
2 450	129	515	1 806	0	308	0	0	0
2 500	141	525	1 835	0	308	0	0	0
2 550	152	536	1 863	0	308	0	0	0
2 600	163	546	1 891	0	308	0	0	0
.								
.								
.								

Tabelle 1: Tabellarische Darstellung der Ergebnisse des Abgabentransfersmodells
– Verheiratetenhaushalt mit 2 Kindern (10 und 13 Jahren), bis 2 600 € Bruttomonatslohn, 510 € Miete;
Stand 2004 –

Bruttomonatslohn	Wohngeld (sofern kein Anspruch auf Sozialhilfe)	Saldo: Gesamt-EK nach Steuern und Transfers	Abgabenquote (Durchschnittsbelastung Steuern und SVB) in %	Grenzabgabenbelastung (Steuern und SVB) in %	Transferquote (Transfers/ Brutto-EK)	Grenzbelastung bzw. -entzug Abgaben und Transfers in %	Transfers/ Abgaben
0	0	1 610	-	-	-	-	-
50	0	1 660	0,000	0,000	32,191	0,000	-
100	0	1 694	0,000	0,000	15,942	30,685	-
150	0	1 703	0,000	0,000	10,353	82,450	-
200	0	1 712	0,000	0,000	7,559	82,450	-
250	0	1 721	0,000	0,000	5,882	82,450	-
300	0	1 729	0,000	0,000	4,764	82,450	-
350	0	1 738	0,000	0,000	3,966	82,450	-
400	0	1 747	0,000	0,000	3,367	82,450	-
450	0	1 750	7,778	70,000	2,966	94,735	38,13
500	0	1 755	10,800	38,000	2,618	89,119	24,24
550	0	1 760	13,273	38,000	2,333	89,119	17,58
600	0	1 766	15,333	38,000	2,096	89,119	13,67
650	0	1 771	17,077	38,000	1,896	89,119	11,10
700	0	1 777	18,571	38,000	1,724	89,119	9,28
750	0	1 780	19,867	38,000	1,572	92,825	7,91
800	0	1 781	21,000	38,000	1,437	98,140	6,84
850	0	1 782	21,000	21,000	1,307	97,630	6,22
900	0	1 784	21,000	21,000	1,192	97,630	5,68
950	0	1 785	21,000	21,000	1,089	97,630	5,18
1 000	0	1 786	21,000	21,000	0,996	97,630	4,74
1 050	0	1 787	21,000	21,000	0,912	97,630	4,34
1 100	0	1 788	21,000	21,000	0,836	97,630	3,98
1 150	0	1 790	21,000	21,000	0,766	97,630	3,65
1 200	0	1 791	21,000	21,000	0,702	97,630	3,34
1 250	0	1 792	21,000	21,000	0,644	97,630	3,06
1 300	0	1 793	21,000	21,000	0,589	97,630	2,81
1 350	0	1 794	21,000	21,000	0,539	97,630	2,57
1 400	0	1 795	21,000	21,000	0,492	97,630	2,35
1 450	0	1 797	21,000	21,000	0,449	97,630	2,14
1 500	0	1 798	21,000	21,000	0,409	97,630	1,95
1 550	0	1 799	21,000	21,000	0,371	97,630	1,76
1 600	0	1 800	21,000	21,000	0,335	97,630	1,60
1 650	0	1 801	21,000	21,000	0,302	97,630	1,44
1 700	0	1 803	21,000	21,000	0,270	97,630	1,29
1 750	157	1 841	21,362	33,667	0,262	23,235	1,23
1 800	148	1 865	21,722	34,333	0,246	51,243	1,13
1 850	137	1 887	22,072	34,667	0,230	57,343	1,04
1 900	128	1 911	22,404	34,667	0,216	51,772	0,96
1 950	117	1 932	22,735	35,333	0,201	58,271	0,88
2 000	108	1 955	23,050	35,333	0,188	52,634	0,81
2 050	97	1 975	23,382	36,667	0,174	59,864	0,74
2 100	88	1 997	23,770	39,667	0,161	57,163	0,68
2 150	76	2 015	24,147	40,000	0,147	63,458	0,61
2 200	67	2 036	24,515	40,333	0,135	58,024	0,55
2 250	56	2 054	24,881	41,000	0,123	64,718	0,49
2 300	47	2 074	25,239	41,333	0,112	59,220	0,44
2 350	35	2 091	25,589	41,667	0,100	65,645	0,39
2 400	26	2 111	25,938	42,333	0,090	60,415	0,35
2 450	13	2 128	26,279	42,667	0,078	66,906	0,30
2 500	4	2 147	26,620	43,333	0,069	61,610	0,26
2 550	0	2 171	26,954	43,667	0,061	52,244	0,23
2 600	0	2 199	27,282	44,000	0,056	44,000	0,20
.
.

Grafik 1: Vergleich der Abgabenquoten 2002/2004 – durchschnittliche Belastung mit Steuern/Sozialversicherungsbeiträgen –



starke Anstieg der Grenzabgabenbelastung mit Einsetzen der Sozialversicherungspflicht gegenüber 2002 und anschließend auf dieser niedrigeren Basis der Übergangsbereich von der geringfügigen Beschäftigung zu dem Bereich der Midi-Jobs mit (zwangsläufig) höherer Grenzbelastung. Ein Abnehmen der Grenzbelastung ist feststellbar mit dem Auslaufen der Sozialversicherungspflicht bei Erreichen der jeweiligen Einkommensgrenzen, insbesondere der Renten- und Arbeitslosenversicherungspflicht (in 2002: 4500 €, in 2004: 5150 €; zu den Modellannahmen für höhere Einkommen siehe oben). Deutlich abzulesen ist zudem die Wirkung des Wegfalls der Rundungsregelung für das zu versteuernde Einkommen nach § 32a Abs. 2 EStG ab Veranlagungszeitraum 2004.

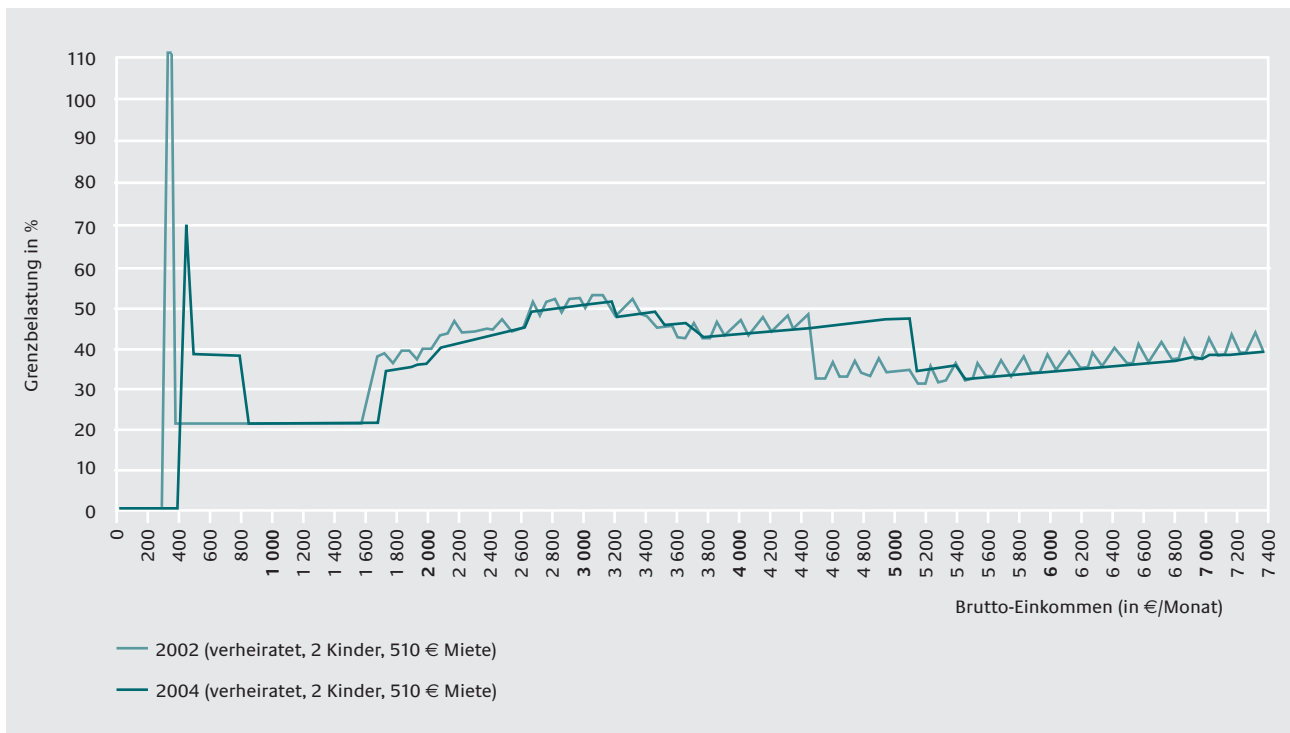
Unter Arbeitsanreizaspekten interessant ist die Betrachtung der „Grenzgesamtbelastung“ des Hinzuverdienstes, also die Betrachtung der Grenzbelastung durch Abgaben bei steigendem Einkommen unter Berücksichtigung des gleich-

zeitigen Rückgangs der sozialen Transfers („Grenzentzug“). Die Aufnahme bzw. Ausweitung von Arbeit kann unter finanziellen Aspekten als wenig attraktiv empfunden werden, wenn ein Hinzuverdienst zugleich zu einem Entzug von Transfers in beträchtlicher Höhe führt. Einkommensbereiche mit einer „Grenzgesamtbelastung“ von über 85 % (bei einem Hinzuverdienst von z. B. 100 € brutto steigt das verfügbare Einkommen nach Transfers lediglich um maximal 15 €) reichen in 2004 bei dem Ledigenhaushalt von 450 € bis 1000 € Bruttolohn, bei dem Alleinerziehendenhaushalt von 450 € bis 1300 € und bei dem Verheiratetenhaushalt von 450 € bis 1700 €. „Umkippeffekte“, die durch einen Rückgang des verfügbaren Einkommens bei einer Zunahme des Bruttoeinkommens gekennzeichnet sind, sind nicht mehr nachweisbar.

Erkennbar ist, dass eine hohe „Grenzgesamtbelastung“ durch steigende Steuern und Abgaben bei zugleich sinkenden Transferansprüchen

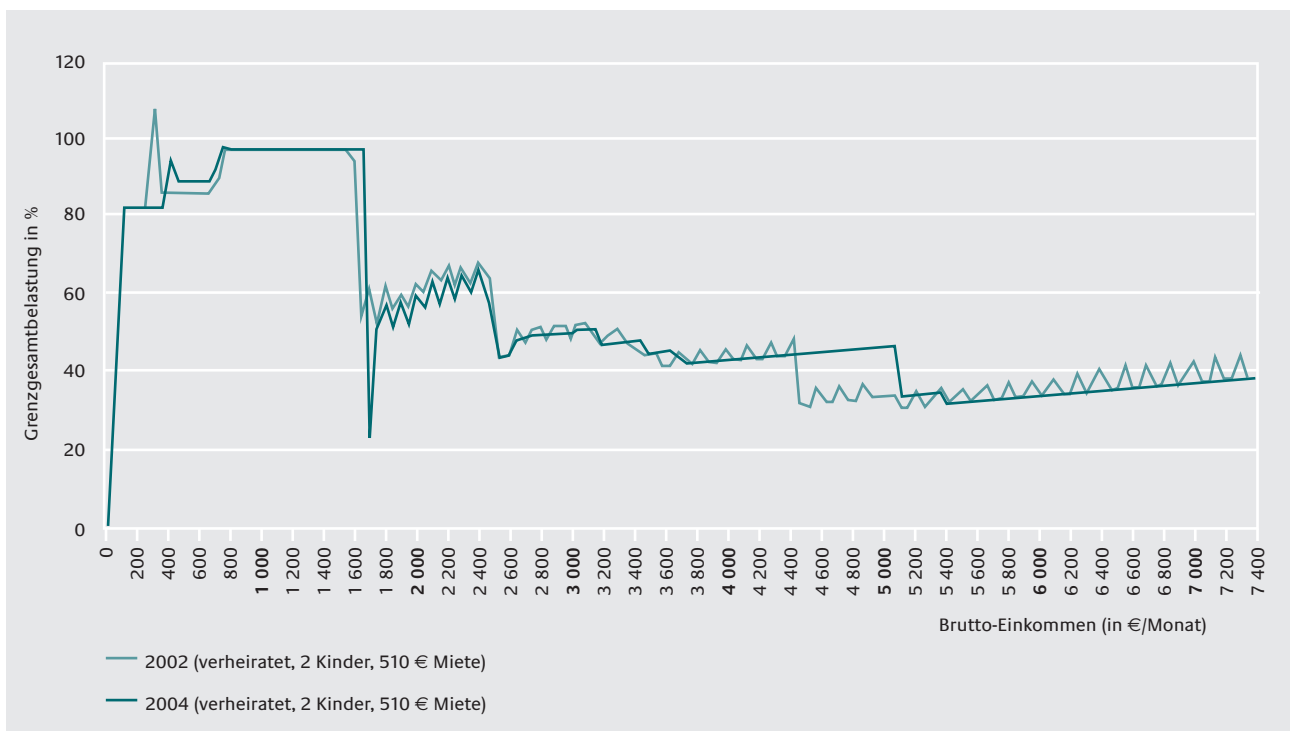
Grafik 2: Vergleich der Grenzabgabenbelastungen 2002/2004

– Belastung des Hinzuverdienstes durch Steuern/Sozialversicherungsbeiträge –



Grafik 3: Vergleich der Grenzgesamtbelastung 2002/2004

– kumulierte Grenzgesamtbelastung durch Steuern/Sozialversicherungsbeiträge und Abbau von Transfers –



überwiegend in unteren Einkommensbereichen nachweisbar ist (s. Grafik 3). Ursächlich hierfür sind in erster Linie die geltenden Hinzurechnungsregelungen bei Sozialhilfebezug. Die zum 1.1.2005 in Kraft tretenden Regelungen zum Arbeitslosengeld II werden diesen Effekt für erwerbsfähige bisherige Sozialhilfeempfänger durch großzügigere Anrechnungsregelungen deutlich abmildern.

Die Sozialhilfeschwelle (das Bruttoeinkommen, bis zu dem Sozialhilfe gewährt wird) liegt bei den betrachteten Haushalten bei Ledigen ohne Kinder bei 950 €, bei Alleinerziehenden mit einem Kind bei 1250 € und bei Verheirateten mit zwei Kindern bei 1700 €. Deutlich wird, dass – in Abhängigkeit von der Haushaltszusammensetzung und auch von den Unterkunftskosten – die Einhaltung des Lohnabstandsgebots problematisch ist (bisher § 22 Abs. 4 BSHG, künftig § 28, Abs. 4 SGB XII für Bezieher von Sozialhilfe).

Offenkundig ist der Zielkonflikt: Unter Arbeitsanreizgesichtspunkten ist ein mäßiges Abschmelzen von Transfers wünschenswert, was zwangsläufig Mitnahmeeffekte zur Folge hat. Im Hinblick auf die Nachrangigkeit der Sozialhilfe muss dagegen ein zügiges Abschmelzen der Transferleistungen bei zunehmendem Erwerbseinkommen angestrebt werden, was wiederum einen hohen – u.U. als anreizfeindlich empfundenen – Grenzzug zur Folge haben kann.

4 Ausgewählte Einzelanalysen

4.1 Wirkung des Freibetrags für Alleinerziehende (§ 24b EStG)

Der zum 1.1.2004 neu eingeführte steuerliche Entlastungsbetrag in Höhe von 1308 € pro Jahr soll die höheren Kosten für die eigene Lebensführung von Alleinerziehenden dauerhaft kompensieren, die diese gegenüber Eltern haben, die einen gemeinsamen Haushalt mit dem anderen Elternteil oder mit einer anderen Person führen. Für diese Alleinerziehenden werden Belastungen,

die durch das nur teilweise Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform in Verbindung mit dem völligen Wegfall des als verfassungswidrig eingestuften Haushaltsfreibetrags entstehen, weitgehend ausgeglichen. Nachfolgend ist die Steuerbelastung einer alleinerziehenden Person mit einem Kind nach geltendem Recht (also unter Berücksichtigung des Alleinerziehenden-Freibetrags) und zum Vergleich die Belastung ohne Freibetrag (wie ursprünglich nach vollständiger Abschaffung des Haushaltsfreibetrags vorgesehen; Freibetrag fiktiv „0“) dargestellt (s. Grafik 4).

4.2 Auswirkungen der Tarifsenkungen auf das Verhältnis Kinderfreibetrag/Kindergeld

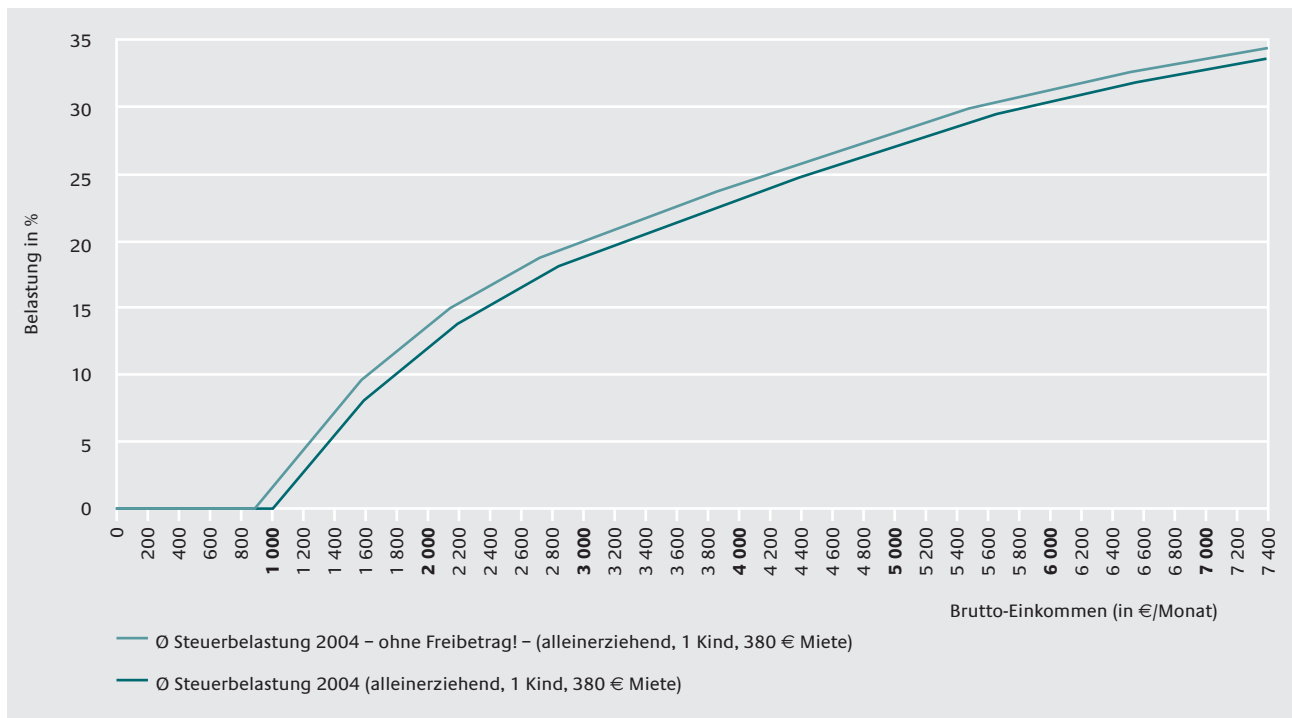
Auf Grund des Beschlusses des Deutschen Bundestags vom 2.6.1995 ist die Entwicklung des Kindergeldes nach wie vor mit der Entwicklung der Kinderfreibeträge verknüpft, die wiederum aus verfassungsrechtlichen Gründen regelmäßig anzupassen sind. Als Folge der Tarifsenkungen durch die Steuerreform lässt sich feststellen, dass die entlastende Wirkung der Kinderfreibeträge bei nach wie vor sicher gestellter Freistellung des Existenzminimums zurückgegangen ist (s. Grafik 5); das Kindergeld dagegen wurde im Zeitraum von 1998 bis 2004 von 112 € auf 154 € pro Monat (für erste und zweite Kinder) deutlich angehoben, so dass der Förderanteil dieser Steuervergütung weiter zunimmt. Allerdings ist der Rückgang der Wirkung der Kinderfreibeträge in erster Linie bei Verheiratetenhaushalten ab zwei Kindern festzustellen.

4.3 Auswirkungen der Reformen bei der geringfügigen Beschäftigung

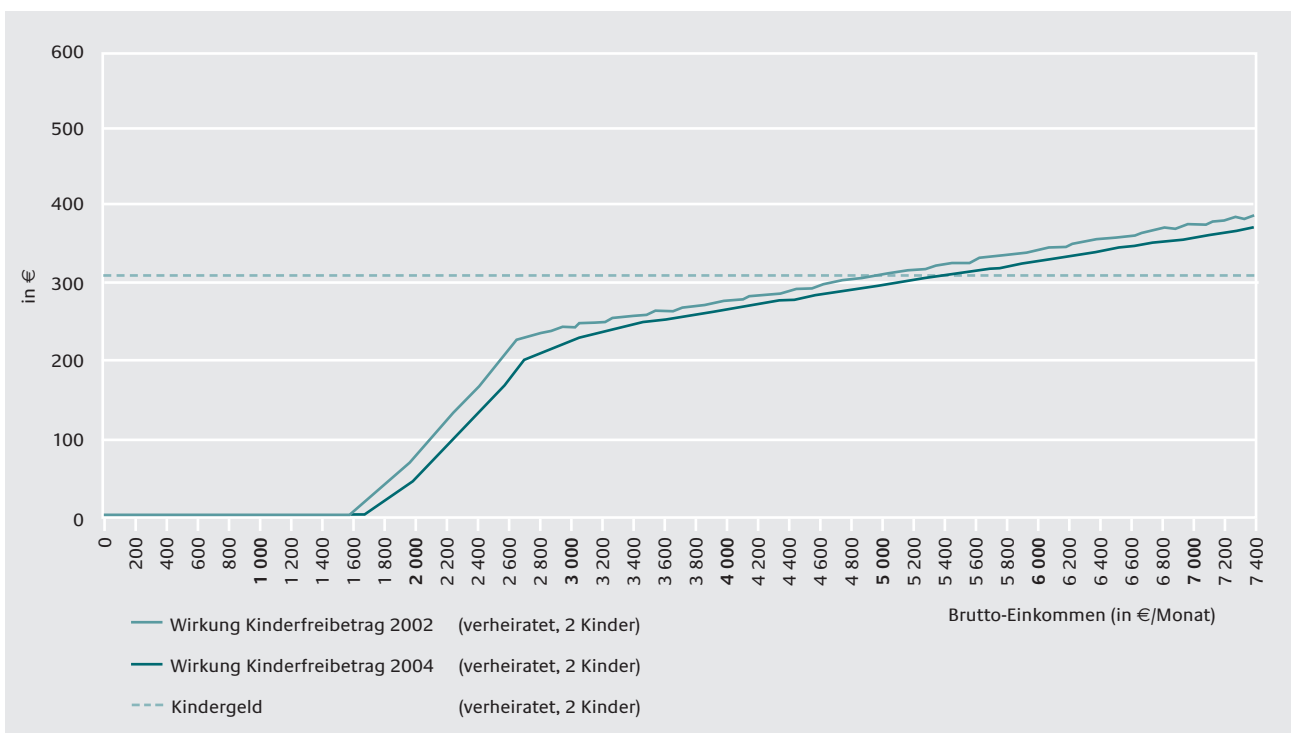
Ab 1.4.2003 ist die Einführung niedrigerer, degressiv gestaffelter Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung bei Beschäftigungen mit monatlichen Arbeitsentgelten zwischen 400,01 € und 800 € in Kraft getreten. Mit der Einführung

Grafik 4: Vergleich der Steuerbelastung 2004/2004

- durchschnittliche Belastung mit Steuern -



Grafik 5: Kindergeld/Kinderfreibetrag



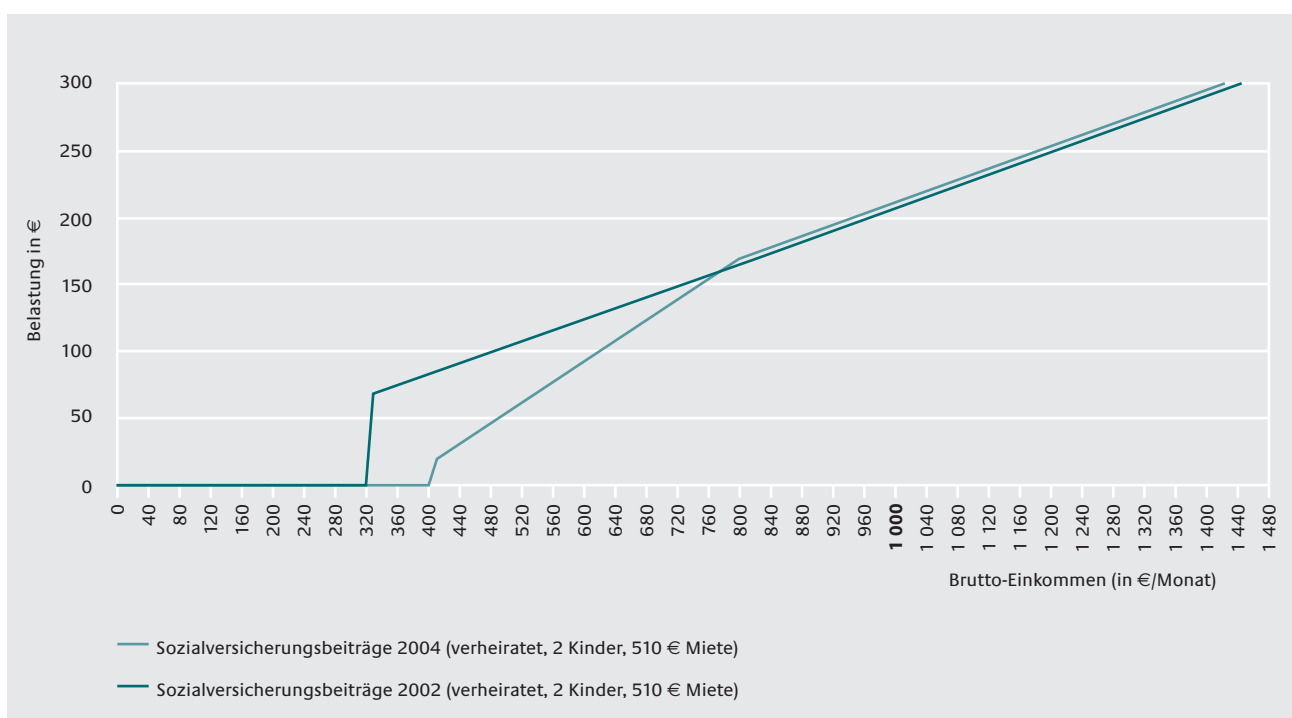
dieser Gleitzone, die sich an die auf 400 € monatlich angehobene Geringfügigkeitsgrenze mit pauschalen Beiträgen zur Renten- und Krankenversicherung und Lohnsteuerpauschalierung anschließt, werden Anreize zur Aufnahme auch gering entlohnter Erwerbstätigkeit gegeben, indem die Abgabenbelastung abgemildert wird (s. Grafik 6 zur absoluten Belastung, Grafik 7 zur durchschnittlichen Belastung). Die Gleitzone stellt damit einen guten Übergang zwischen den Minijobs und „normalen“ Beschäftigungen dar.

Dieses Ergebnis muss allerdings relativiert werden für Haushalte mit Sozialhilfeanspruch: In diesen Fällen wirkt die Sozialhilfe „nivellierend“, da das – höhere – Nettoeinkommen auf den Bedarf angerechnet wird und damit die Höhe des Sozialhilfeanspruchs mindert. Im Ergebnis ist das verfügbare Einkommen nach

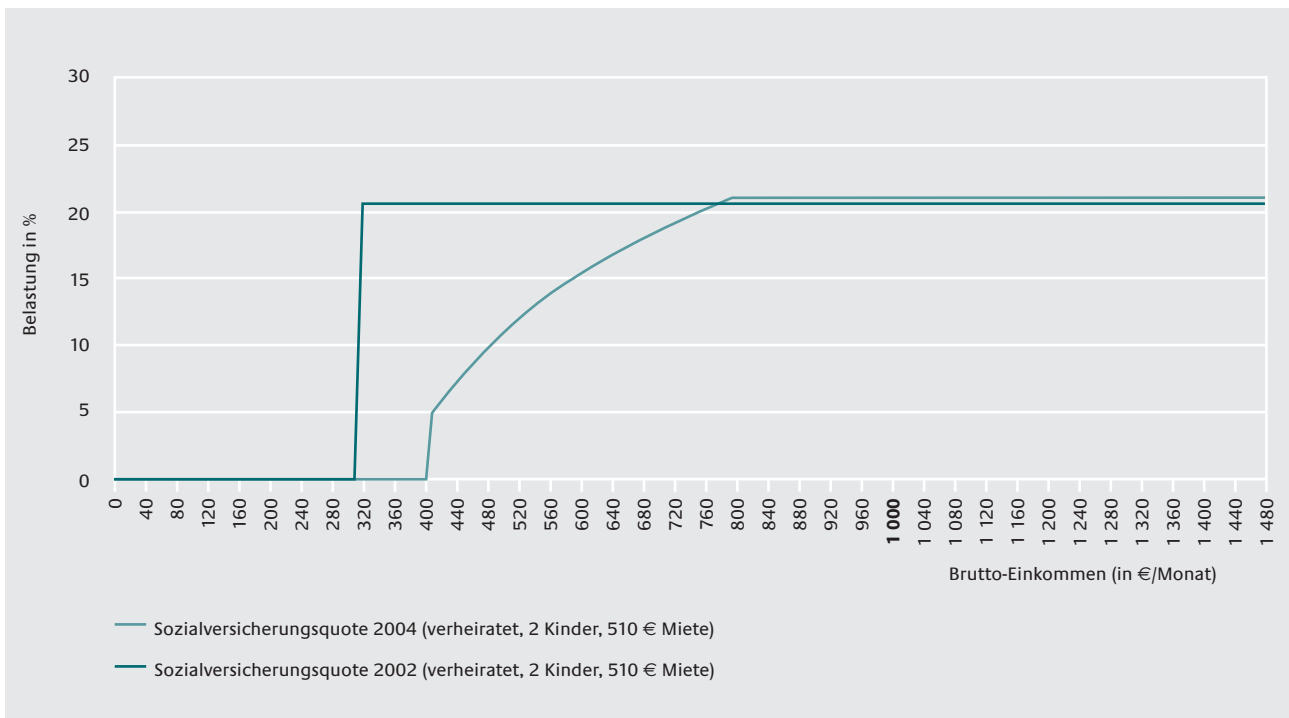
Transfers und Steuern/Abgaben in 2004 trotz der Reformen bei der geringfügigen Beschäftigung nicht höher als in 2002 (s. Grafik 8; die schwarze Linie dient der Orientierung und stellt dar, wie hoch das verfügbare Einkommen ohne Abgaben und Transfers wäre, wenn es also mit dem Bruttoeinkommen identisch wäre).

Die Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens nach Transfers und Steuern/Sozialabgaben stellt sich für den zuvor aufgeführten Haushalt in 2004 wie folgt dar; die einzelnen Bestandteile des verfügbaren Einkommens sind dabei als Flächen ausgewiesen (s. Grafik 9; das Kindergeld ist dabei als durchgehende monatliche Leistung dargestellt, der Abgleich mit der Wirkung der Kinderfreibeträge findet im Modell im Hintergrund statt und mindert die steuerliche Belastung).

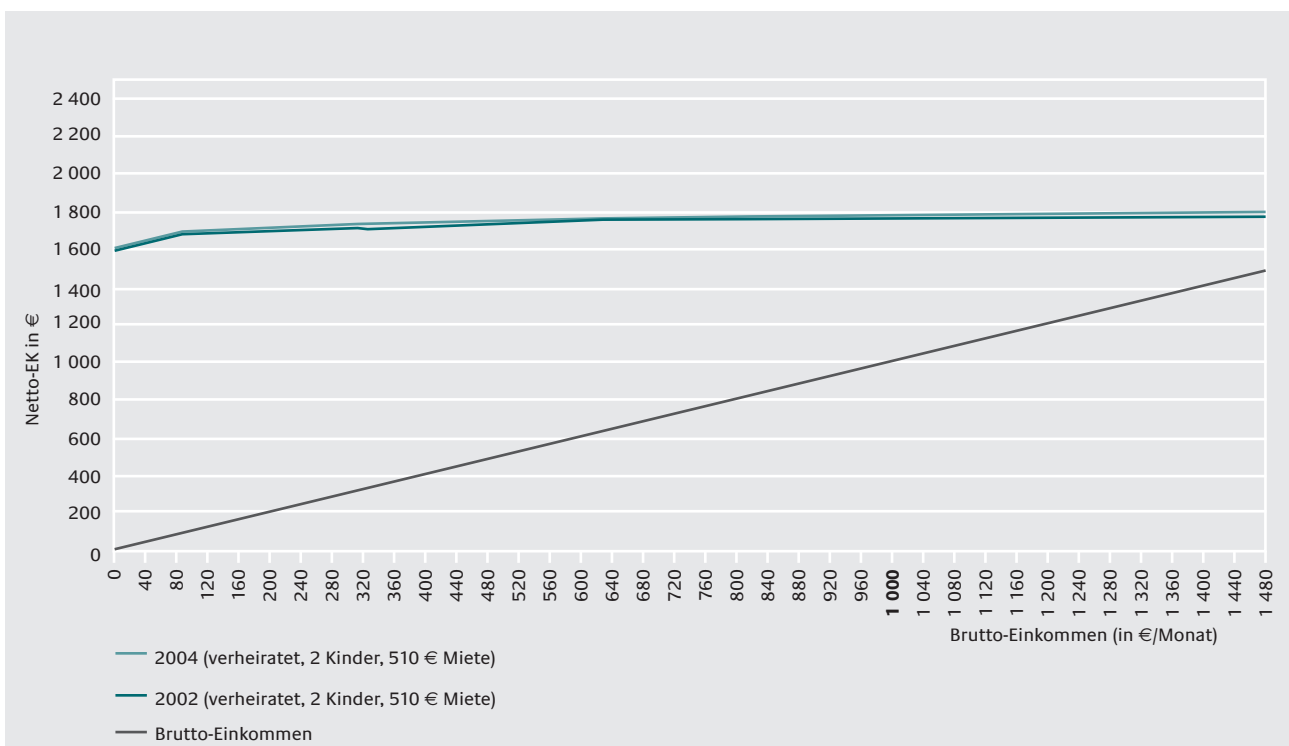
Grafik 6: Vergleich der Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen
 – absolute Belastung –



Grafik 7: Vergleich der Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen
– durchschnittliche Belastung –

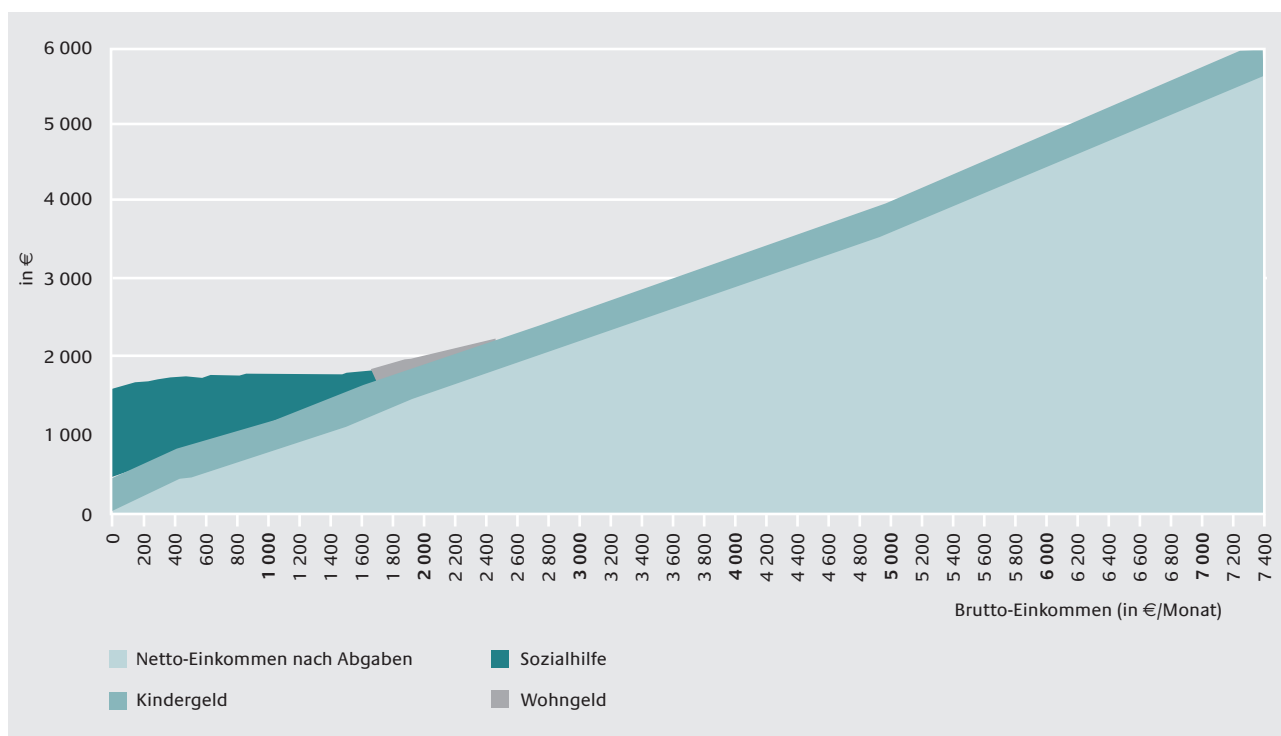


Grafik 8: Einkommen nach Transfers/Steuern und Sozialabgaben 2002/2004



Grafik 9: Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens 2004

– verheiratet, 2 Kinder, 510 € Miete –



4.4 Auswirkungen der Änderungen des Erziehungsgeldgesetzes

Die Auswirkungen der Änderungen des Erziehungsgeldgesetzes zum 1.1.2004 gegenüber dem Rechtsstand 2002 sollen für einen Verheiratetenhaushalt mit einem Kind verdeutlicht werden (s. Grafik 10).

Bei der Darstellung zum Erziehungsgeldanspruch wurde unterstellt, dass das Kind unter sechs Monate alt ist und der Regelbetrag in Anspruch genommen wird (also nicht das Budget); als Warmmiete wurden 470 € unterstellt. Deutlich werden insbesondere die Auswirkungen der Absenkung der Einkommensgrenzen, die zielgerichtet Haushalte mit höheren Einkommen betreffen und nicht auf Haushalte mit unteren Einkommen durchschlagen.

5 Darstellung weiterer Modellmöglichkeiten

Weitere Darstellungsmöglichkeiten des Steuer-Transfer-Modells werden nachfolgend beispielhaft

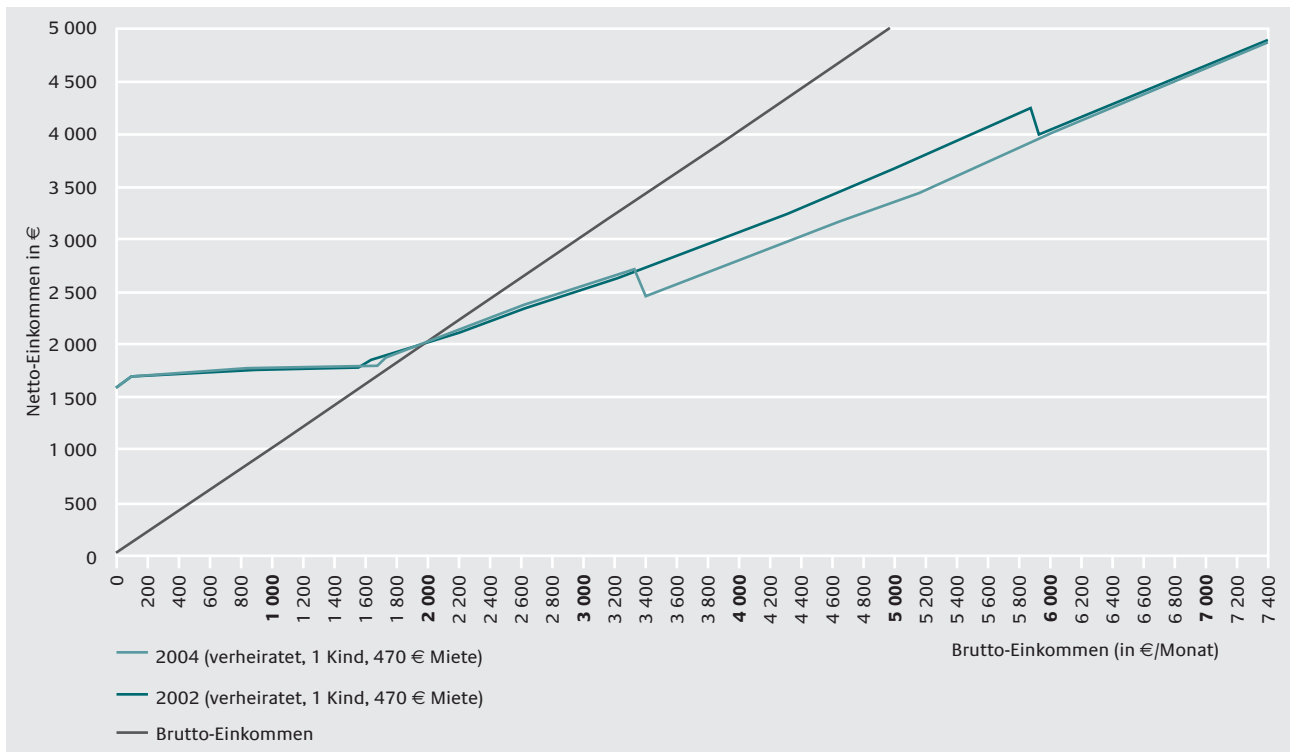
verdeutlicht (s. Grafik 11). Wiedergegeben wird die Zusammensetzung des Einkommens nach Transfers und Steuern/Abgaben für einen Verheiratetenhaushalt in 2004 mit drei Kindern, wobei Erziehungsgeldanspruch für je ein Kind unter und ein Kind über sieben Monaten (Regelbetrag) sowie Anspruch auf BAföG für ein weiteres Kind besteht.

6 Schlussfolgerungen

Bei der Betrachtung des Zusammenwirkens von Abgaben und finanziellen Transfers stehen fast zwangsläufig Effektivitäts- und Arbeitsanreizaspekte im Mittelpunkt des Interesses. Dabei wird aber häufig ausgeklammert, dass finanzielle Aspekte aus Sicht des Betroffenen in Hinblick auf die Aufnahme oder Ausweitung von Erwerbstätigkeit nicht alleine ausschlaggebend sein müssen; andere Aspekte wie z. B. die Möglichkeit der Selbstverwirklichung durch Arbeit sind zumindest ebenso bedeutsam, wenn auch schwer messbar.

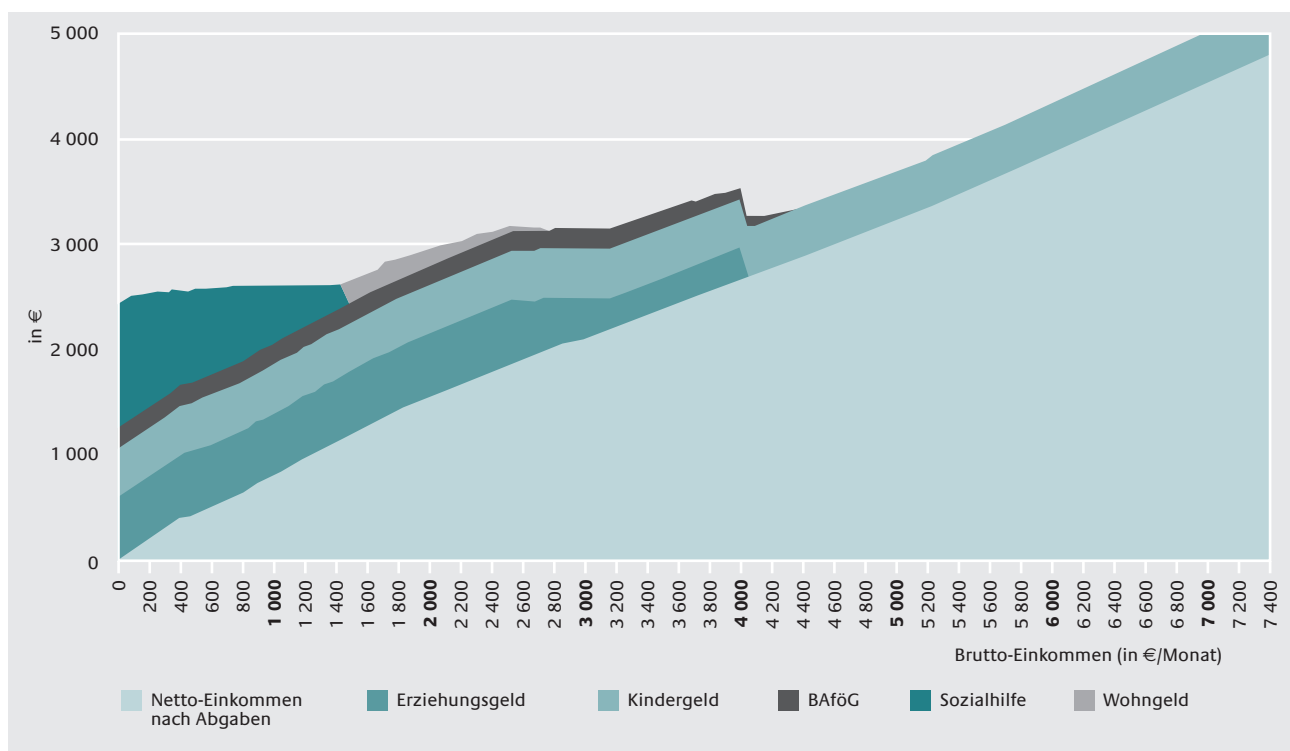
Unter finanziellen Aspekten sind nach wie vor Einkommensbereiche feststellbar, in denen

Grafik 10: Einkommen nach Transfers/Steuern und Sozialabgaben 2002/2004



Grafik 11: Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens 2004

- verheiratet, 3 Kinder, 560 € Miete -



ein Hinzuverdienst durch hohe Grenzgesamtbelastungen spürbar vermindert wird, weil die Belastung mit Sozialabgaben und Steuern zunimmt und insbesondere soziale Transfers zugleich zurückgeführt werden. Auf der anderen Seite kommt gerade hierin das international vergleichsweise hohe Niveau sozialer Transfers in Deutschland zum Ausdruck. Steigendes eigenes Einkommen muss – gerade bei subsidiär gewährten Transfers wie der Sozialhilfe – bei hohem TransfERNiveau zwangsläufig zu hohen Entzugsraten und damit hohen Grenzgesamtbelastungen führen. Oder anders ausgedrückt: Hohe Grenzgesamtbelastungen ließen sich nur durch ein langsames Abschmelzen der Transferleistungen vermeiden, was aber das Staatswesen durch die damit verbundenen Mitnahmeeffekte vor unlösbare finanzielle Belastungen stellen würde (allerdings wird im Zusammenhang mit dem künftigen Arbeitslosengeld II die Regelung zur Anrechnung von Hinzuverdienst deutlich großzügiger ausgestaltet; zugleich wird der Aspekt des „Forderns“ verstärkt). Insofern sind auch internationale Grenzbelastungsvergleiche nur bedingt aussagefähig, da zumindest das absolute Niveau der sozialen Transfers zumeist unberücksichtigt bleibt.

Bei der Betrachtung der verschiedenen Transfers lässt sich feststellen, dass deren Zielstruktur im Wesentlichen aufeinander abgestimmt ist. Allerdings bestehen nach wie vor erhebliche Differenzen im Zusammenhang mit der Festsetzung der einzelnen Transfers, insbesondere bei der Ermittlung des jeweils zu Grunde zu legenden Einkommens (z. B. unterschiedliche Hinzurechnungen, unterschiedliche Pauschalanrechnungen für identische Sachverhalte). Auch ist die Berechnung der einzelnen Transfers nicht nur komplex, sondern auch kompliziert und für die Betroffenen nicht ohne weiteres transparent.

Den immer wieder vorgebrachten Forderungen nach einer weiter gehenden Harmonisierung (z. B. in Hinblick auf die Einkommensermittlung) muss allerdings entgegengehalten werden, dass diese – nicht zuletzt vor dem Hintergrund möglicher finanzieller Mehrbelastungen – angesichts der historisch gewachsenen spezifischen Eigenheiten der verschiedenen Transfers vermutlich kostenträchtig und damit nicht unproblematisch ist.

Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	77
2	Argentinien	78
3	Brasilien	79
4	Mexiko	80
5	Russland	80
6	Ukraine	82
7	Westbalkan	83
8	Türkei	86
9	China	87
10	Südkorea	89
11	Indien	91

1 Überblick

Im Vergleich zu früheren Jahren haben die Schwellenländer (emerging markets) an makroökonomischer Stabilität gewonnen und wichtige Reformschritte im Bereich der Finanzmärkte durchgeführt. Auch sind die Devisenreserven zum Teil kräftig angestiegen. In jüngster Zeit haben jedoch Unsicherheitsfaktoren an Bedeutung gewonnen. So wird vor allem befürchtet, dass ein deutlicher Zinsanstieg in den USA nachfolgend höhere Finanzierungskosten für die Schwellenländer und damit dämpfende Effekte auf die Wirtschaftsentwicklung dort zur Folge hätte.

Unabhängige Beobachter gehen jedoch nicht von einem abrupten Zinsanstieg in den USA aus. Damit kann erwartet werden, dass die Spreads für Schwellenländer ebenfalls nicht dramatisch steigen werden. Dies und die insgesamt gute Wirtschaftslage dürften dazu beitragen, dass sich die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern infolge einer Zinswende in den USA allenfalls leicht abschwächen wird.

Anmerkung: ergänzende Informationen siehe Tabelle Seite 125 in diesem Monatsbericht.

In Lateinamerika hat sich auch in der ersten Jahreshälfte 2004 der im Jahr 2003 begonnene Wirtschaftsaufschwung fortgesetzt. Zur Erreichung eines langfristig stabilen Wachstumspfad sind aber in den meisten lateinamerikanischen Ländern weitere Anstrengungen zur Verbesserung der finanz- und wirtschaftspolitischen Stabilität, insbesondere der Schuldentragfähigkeit und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, unabdinglich.

In Russland und in der Ukraine hält der kräftige Wirtschaftsaufschwung an. Die Aussichten für beide Länder sind weiterhin gut. Anstrengungen sind nach wie vor im Bereich der strukturellen Reformen und bei der Überwindung regionaler Ungleichgewichte in der Wirtschaftsentwicklung erforderlich. In den Ländern des Westbalkans zeigen sich Anzeichen einer allmählichen Besserung der wirtschaftlichen Lage. Fortbestehende politische Unsicherheiten in einer Reihe von Ländern dort erweisen sich aber immer wieder als Belastung für die Wirtschaft, da insbesondere ausländische Investoren hiervon abgeschreckt werden.

Asien wird auch im Jahr 2004 die am schnellsten expandierende Wirtschaftsregion der Welt sein, wobei die Wachstumsdynamik der Länder unterschiedlich verlaufen wird. Neben China hat auch Indien das Potenzial, ein wichtiger Wirtschaftsmotor in dieser Region zu werden. Getragen wird das Wirtschaftswachstum in Asien durch wachsende Nachfrage nach Konsumgütern, unterstützt durch eine expansive Fiskalpolitik und relativ niedrige Inflationsraten. Die Region ist auch dank ihrer Devisenreserven, die 2003 auf 1 300 Mrd. US-Dollar (US-\$) gestiegen sind, als wirtschaftlich robust anzusehen. Als Problem könnte sich jedoch die wachsende Abhängigkeit der asiatischen Länder von China sowie die Konzentration von Direktinvestitionen in der Region auf China entwickeln. Die wirtschaftlichen Reformprozesse in den Ländern müssen weiter vorangetrieben werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Stärkung der Finanzsysteme.

2 Argentinien

Zusammenfassend lässt sich die makroökonomische Situation in Argentinien auch in der ersten Jahreshälfte 2004 durch ein solides Wirtschaftswachstum, niedrige Inflation und hohe Staatseinnahmen kennzeichnen. Getrübt wird dieses positive Bild dadurch, dass die positive Wirtschaftsentwicklung politisch bislang nicht ausreichend genutzt wurde, um die enormen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, insbesondere die großen Strukturdefizite, anzugehen. Hinzu kommt, dass die ausländischen Gläubiger das neue Umschuldungsangebot Argentiniens bislang nicht akzeptiert haben. Auch die jüngste Energiekrise wirft einen Schatten auf das positive Gesamtbild.

Schätzungen gehen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt Argentiniens im Jahr 2004 insgesamt um 5,5 % bis 6,5 % gegenüber dem Vorjahr wachsen wird (IWF 2004: 5,5 %; 2003: +8,7 %). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Wachstum von einem sehr niedrigen Produktionsniveau ausgeht, das in etwa dem des Jahres 1997 entspricht. Offen ist noch, in welchem Umfang die Energiekrise und allmählich auftretende Engpässe in anderen Produktionssektoren zu einer Verringerung des Wirtschaftswachstums führen werden. Die Krise im Energieversorgungssektor Argentiniens kommt dabei nicht überraschend. Sie ist auf Versorgungsengpässe zurückzuführen, die wiederum durch eingefrorene Energiepreise und das dadurch bedingte Ausbleiben von Investitionen hervorgerufen wurden. Die von der argentinischen Regierung gegenwärtig in die Wege geleiteten Maßnahmen zur Lösung der Energiekrise werden von Beobachtern insgesamt als wenig geeignet angesehen, um die Investitionsbereitschaft zu erhöhen und damit die Versorgungsengpässe zu beseitigen.

Im ersten Vierteljahr 2004 stiegen die Exporte Argentiniens um gut 11 % gegenüber dem Vorjahr (größtenteils Preiseffekte), die Einfuhren nah-

men um 85 % gegenüber dem Vorjahr zu (größtenteils Mengeneffekte). Beobachter rechnen für das Gesamtjahr 2004 mit einem leichten Anstieg der Exporte auf 31,7 Mrd. US-\$ gegenüber dem Vorjahr (IWF: 29,8 Mrd. US-\$; 2003: 29,4 Mrd. US-\$).



Die Haushaltssituation Argentiniens ist durch stark steigende Einnahmen bei gleichzeitig zunehmenden Ausgaben gekennzeichnet. Allein im ersten Quartal 2004 nahmen die Steuereinnahmen um 35,7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu. Bei den Ausgaben kommen vor allem höhere Transferzahlungen an die argentinischen Provinzen zum Tragen und in kleinerem Umfang Anhebungen der öffentlichen Gehälter und Pensionen. Schätzungen zufolge dürfte der Primärüberschuss in der ersten Jahreshälfte 2004 bei ca. 11,5 Mrd. Peso liegen und damit die mit dem IWF für das Gesamtjahr 2004 vereinbarte Zielgröße von 10,2 Mrd. Peso übersteigen. Die gleichen Schätzungen gehen davon aus, dass sich der Primärüberschuss im Jahr 2004 insgesamt auf 4 % des Bruttoinlandsprodukts (17,8 Mrd. Peso) belaufen könnte.

In der Innenpolitik werden derzeit wichtige Reformen nicht konsequent genug umgesetzt. Dabei geht es insbesondere um Vereinbarungen mit den Provinzgouverneuren über die föderale Finanzreform. Auch ist die Stabilisierung des Finanzsystems bisher nicht ausreichend angegangen worden. Im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen haben die ausländischen Gläubiger das im Juni von Argentinien vorgelegte neue Umschuldungsangebot als nicht akzeptabel zurückgewiesen. Andererseits gibt es jedoch bislang auch von argentinischer Seite keine neuen Signale, dass Argentinien zu weiteren Zugeständnissen an die Gläubiger bereit sein wird, um eine

hohe Zustimmungsrates zum Umtauschangebot zu erzielen. Insgesamt haben die ausländischen Anleger offensichtlich derzeit nur wenig Vertrauen, dass Argentinien wieder einen geregelten Zugang zu den internationalen Finanzmärkten erhält.

Zur Stabilisierung des mittelfristigen Wachstums kommt es in den nächsten Monaten entscheidend darauf an, dass Argentinien eine kooperative Einigung mit den privaten Gläubigern erzielt. Argentinien ist auf Auslandskapital und damit auf eine einvernehmliche Umschuldung mit den privaten Gläubigern angewiesen. Ebenso bleibt die Restrukturierung der Geschäftsbanken vordringlich, damit die Kreditallokation in Argentinien wieder verbessert wird. Ohne ausreichende finanzielle Mittel werden die langfristigen Wachstumschancen Argentiniens ansonsten begrenzt.

3 Brasilien

Die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres eingetretene Konjunkturbelebung in Brasilien setzte sich auch im bisherigen Jahresverlauf 2004 fort. Sie stützt sich insbesondere auf die sich sehr positiv entwickelnde brasilianische Exportwirtschaft, die von der weltweiten konjunkturellen Erholung, vor allem in den USA, den hohen Rohstoffpreisen sowie einer zunehmenden Partizipation Brasiliens am Wachstumsmarkt China profitiert. Für den weiteren Jahresverlauf werden die konjunkturellen Perspektiven Brasiliens weiterhin als günstig eingeschätzt, auch wenn sich wegen der international anziehenden Kapitalmarktzinsen und den Bemühungen der chinesischen Regierung, die chinesische Wirtschaft zu dämpfen, das bislang positive makroökonomische Umfeld Brasiliens wieder etwas eingetrübt hat. Beobachter gehen vor diesem Hintergrund davon aus, dass im Verlauf des Jahres 2004 der maßgeblich von der Exportwirtschaft getragene Wirtschaftsaufschwung weiter an Breite gewinnen wird. Nach der aktuellen Projektion des IWF dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt Brasiliens in 2004 um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr wachsen (2003: - 0,2 %).

Der Überschuss der Zahlungsbilanz dürfte 2004 laut Bankschätzungen mit rd. 4 Mrd. US-\$ in diesem Jahr etwa so hoch wie im Vorjahr ausfallen (IWF 2004: 0,8 Mrd. US-\$): Für die Stagnation werden vor allem die hohen Zahlungsbilanzverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern verantwortlich gemacht, die die Leistungsbilanz belasten.

Auch dank der eingeleiteten Reformmaßnahmen ist es der Regierung von Präsident Lula da Silva 15 Monate nach Amtsantritt gelungen, die langfristigen Wachstumsperspektiven Brasiliens zu verbessern. So konnte neben der Reform des Pensionssystems die erste Phase einer Steuerreform verabschiedet werden. Auch können erste Konsolidierungserfolge des öffentlichen Haushalts vorgewiesen werden. Ein Beleg dafür ist, dass in 2003 der mit dem IWF vereinbarte Primärüberschuss von 4,25 % des Bruttoinlandsprodukts mit 4,4 % sogar noch übertroffen wurde. Jedoch belegt der große Abstand zwischen Haushaltsdefizit (2004: - 5,2 %; 2003: - 4,6 %) und den oben dargestellten Werten des Primärsaldos die starke Belastung der öffentlichen Finanzen durch Zinszahlungen. Diese absorbieren mittlerweile ca. 40 % der Steuereinnahmen. Verschärft würde die Haushaltsbelastung durch den Zinsanstieg in den USA. Trotz der Erfolge bei der Verringerung der Auslandsverschuldung ist der Anteil der Auslandsverschuldung mit rd. einem Drittel des BIP in Brasilien weiterhin hoch (Anteil der Auslandsschuld am BIP 2002: 44,9 %; 2004: 34,8 %). Weitere Belastungen für das Budget stellen die hohe Arbeitslosigkeit (März 2004: 12,8 %) sowie die Ausweitung der Schattenwirtschaft dar. Schätzungen von Bankanalysten gehen deshalb davon aus, dass das brasilianische Budgetdefizit in 2004 trotz der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung auf 5,0 % des BIP nur leicht reduziert werden kann (IWF: 3,1 %). Sie rechnen jedoch bereits für 2005 wieder mit einem Anstieg auf 5,5 % des BIP. Als wesentlicher Grund wird die von Präsident Lula bereits angekündigte Lockerung der Fiskalpolitik angeführt. Sie wird als politische Reaktion auf die bevorstehenden Kommunalwahlen im

Oktober 2004 und sich verschlechternde Umfragewerten der Regierung in der Bevölkerung interpretiert.

Eine Abkehr von dem bisherigen Sparkurs und eine verzögerte Umsetzung der Reformen würde jedoch mittelfristig die Risiken für die mittlerweile erreichte Stabilität in Brasilien wieder erhöhen. Es kommt deshalb in den nächsten Monaten besonders darauf an, dass die brasilianische Regierung das gegenwärtig günstige makroökonomische Umfeld weiter nutzt und durch die konsequente Umsetzung von Strukturreformen die Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum schafft.

4 Mexiko

Im Jahr 2003 nahm die mexikanische Wirtschaft Fahrt auf. Nach endgültigen Zahlen des nationalen Statistikinstitutes nahm das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 % (2002: 0,7 %) zu. Für 2004 prognostizieren Regierung und Zentralbank ein Wachstum von 3 bis 4 % p. a. Eine Schätzung, die aufgrund der Ergebnisse des 1. Quartals 2004 (BIP + 3,7 %) durchaus realistisch erscheint. Dies ist hauptsächlich auf eine Steigerung der Exporte der verarbeitenden Industrie in die USA zurückzuführen. Der reine Inlandsanteil des BIP weist nicht die gleiche Dynamik wie die Außenbeziehungen auf. Immerhin nahm der private Verbrauch in 2003 um 3 % p. a. zu.

Neben seinen Exporteinnahmen und den ausländischen Direktinvestitionen kann Mexiko auch 2004 mit drei weiteren stabilen Einnahme-/Devisenquellen rechnen. Dies sind die Rohölerlöse, die Tourismuserträge und die Transfers der Auslands-mexikaner in den USA.

Die strukturelle Abhängigkeit von den USA ist weiterhin ungebrochen. Im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone Nafta wickelt Mexiko rund 80 % seines Außenhandels mit den Vereinigten Staaten ab. Der Wechselkurs des Peso zum US-\$ befindet sich seit Beginn des Jahres

2004 in einem leichten Abwärtstrend. Dies könnte durch steigende US-Zinsen verstärkt werden.

Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresverlauf 2003 leicht auf 3,2 % (Vorjahr: 2,7 %). Es ist jedoch von einer hohen, statistisch nicht erfassten Arbeitslosigkeit auszugehen. Die Reallöhne erhöhten sich um 2 %. Die Geld- und Kreditpolitik war auf Stabilität bedacht und die Konsumentenpreise stiegen 2003 nur mäßig um fast 4 % (Vorjahr: 5,7 %).

Der mexikanische Bundeshaushalt schloss 2003 mit einem Haushaltsdefizit von 0,6 % des BIP ab, der niedrigste Wert seit 1996. Der Zielwert von 0,5 % des BIP für die öffentlichen Finanzen wurde trotz des positiven Impulses des hohen Erdölpreises auf der Einnahmenseite leicht verfehlt. Für 2004 wurden weitere Budgetkürzungen angekündigt. Erklärtes Ziel ist es, das Defizit der öffentlichen Finanzen gemessen am BIP auf 0,4 % im Jahr 2004 zu senken.

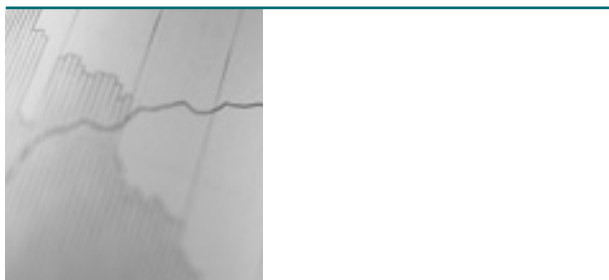
Beobachter gehen weiterhin davon aus, dass den Wirtschaftsprozess beschleunigende politische und rechtliche Reformen auf dem Energiesektor, dem Arbeitsmarkt, dem Renten- und Krankenversicherungssystem oder bei der Finanzverfassung sowie dem Steuersystem nicht schnell zu erwarten sind. Die Mehrheitsverhältnisse im mexikanischen Kongress begrenzen die Reformmöglichkeiten der Regierung Fox.

Insgesamt präsentiert sich die Wirtschaftslage Mexikos derzeit aber durchaus positiv. Die fiskalischen und monetären Rahmenbedingungen schaffen ein belastbares Fundament, auf dem die fälligen Strukturreformen aufbauen müssten.

5 Russland

Russland ist derzeit eines der wenigen Länder weltweit, die gleichzeitig hohes Wachstum, einen Budget- und Leistungsbilanzüberschuss und eine sinkende Inflationsrate vorweisen können. Entscheidend ist dabei, dass sich bei der Struktur des Wachstums allmählich Änderungen abzuzeich-

nen beginnen. So wuchsen die Anlageinvestitionen 2003 nach 3 % im Jahr 2002 wieder kräftiger und erreichten fast 13 % Zuwachs. Die dringend erforderliche Modernisierung des Kapitalstocks der russischen Wirtschaft scheint damit an Fahrt zu gewinnen.



Insgesamt konnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2003 um 7,3 % (2002: 4,7 %) zulegen. Für dieses Jahr werden gut 6 % erwartet. Dieser Wert könnte aber leicht übertroffen werden, da das BIP bereits im ersten Quartal nach vorläufigen Angaben um 8 % expandierte. Der Verbraucherpreisanstieg bewegt sich weiter auf einem abnehmenden Trend und dürfte in diesem Jahr bei knapp über 11 % liegen (2002: 13,7 %; 2003: 15,8 %).

Der hohe Ölpreis ermöglichte 2003 einen Leistungsbilanzüberschuss von 8,9 % des BIP (2002 lag der Überschuss in der Leistungsbilanz ebenfalls bei 8,9 %). Angesichts der sich auch weiterhin dynamisch entwickelnden Importe – nicht zuletzt infolge eines lebhaft expandierenden privaten Verbrauchs – dürfte der Überschuss in der Leistungsbilanz in diesem Jahr zurückgehen und etwa 7,9 % betragen. Im ersten Quartal dieses Jahres lag der Leistungsbilanzüberschuss bei gut 11 Mrd. US-\$ (1. Quartal 2003: 11,6 Mrd. US-\$).

Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse haben aber auch den Aufwertungsdruck auf den Rubel weiter verstärkt. Dies und Kapitalzuflüsse aus dem Ausland haben dazu geführt, dass die Devisenreserven allein im ersten Quartal dieses Jahres auf 83,4 Mrd. US-\$ anstiegen. Dies entspricht einer Importdeckungsquote von gut acht Monaten. Auch intervenierte die Zentralbank wiederholt

auf dem Devisenmarkt, nachdem der Rubel die Marke von 28,5 Rubel/US-\$ zu durchbrechen drohte.

Im föderalen Budget konnte im vergangenen Jahr ein Überschuss von 1,4 % des BIP verzeichnet werden. Für dieses Jahr werden 0,5 % angestrebt, obwohl der Mehrwertsteuersatz von 20 % auf 18 % gesenkt wurde und damit erhebliche Einnahmeausfälle zu erwarten sind. Gleichzeitig wurde der Ölpreis mit einer Preisspanne von lediglich 20 bis 22 Dollar/b angesetzt, bei einem prognostizierten Wachstum von 5,2 %. Beide Annahmen dürften übertroffen werden, da allein der Ölpreis derzeit gut doppelt so hoch liegt und kaum auf das eingeplante Niveau fallen dürfte. Nicht zuletzt aus diesen Gründen wurde bereits im ersten Quartal nach vorläufigen Angaben ein Überschuss von 3,6 % des BIP (1. Quartal 2003: 3,4 %) ausgewiesen.

Fortschritte konnten in der jüngsten Vergangenheit auch bei den Strukturreformen erzielt werden. Zu nennen sind hier insbesondere die Steuerreform oder auch die Pensionsreform. Für die weitere Entwicklung der Finanzmärkte dürfte aber vor allem das Ende Dezember 2003 von Präsident Putin unterzeichnete Gesetz zur Einlagensicherung große Bedeutung haben, da es die Banken nach einer Übergangszeit zur Teilnahme an diesem Fonds verpflichtet. Bislang verfügt lediglich die Sberbank (deren Hauptaktionär die Zentralbank ist) über eine Staatsgarantie und damit über das notwendige Vertrauen in der Bevölkerung. Mit dem jetzt unterzeichneten Gesetz soll die daraus resultierende Monopolstellung der Sberbank auf der Einlagenseite gebrochen werden. Mittelfristig erhofft sich die russische Regierung davon eine Mobilisierung der bislang noch häufig außerhalb des offiziellen Bankensektors gehaltenen Spargelder sowie eine Konsolidierung der Bankenlandschaft.

Gleichzeitig hat die Zentralbank der Russischen Föderation mit dem Entzug der Bankenlizenz der Sodbusinessbank Mitte Mai dieses Jahres deutlich

gemacht, dass sie entschlossen ist, die neuen gesetzlichen Regeln konsequent durchzusetzen. Der Sodbusinessbank werden Verstöße gegen das Geldwäschegesetz vorgeworfen.



Russlands Präsident Putin hat in seiner Rede zur Lage der Nation vom 26. Mai 2004 die Kernpunkte seines Wirtschaftsprogramms nach seiner Wiederwahl im März nochmals bekräftigt. So strebt er eine Verdopplung des BIP pro Kopf bis 2010 an (und damit nicht mehr wie bisher innerhalb von zehn Jahren). Wesentliche Bestandteile sind dabei die Bekämpfung der Inflation (Ziel für 2008: 3 %), der Ausbau der Ölförderanlagen und der Transportkapazitäten sowie die Bekämpfung der Armut. Weiterhin sollen die Umstrukturierung der Wohnungswirtschaft und die Förderung des Wohnungserwerbs einen Schwerpunkt mit dem Ziel bilden, dass sich bis 2010 jeder dritte russische Bürger eine angemessene eigene Wohnung leisten kann; derzeit ist es nur jeder zehnte.

Generell steht die russische Regierung vor der Aufgabe, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte innerhalb des Landes zu überwinden. Bislang konzentriert sich die wirtschaftliche Entwicklung auf wenige Ballungszentren. Dies birgt neben der Vernachlässigung von Wachstumspotenzialen auch die Gefahr sozialer Instabilitäten in sich. Da die wirtschaftlichen Aussichten alles in allem günstig bleiben, dürften – den politischen Willen für durchgreifende Reformen vorausgesetzt – die notwendigen Mittel dazu zur Verfügung stehen.

6 Ukraine

Gestützt auf ein kräftiges Wachstum der Bauwirtschaft und der Industrie, stieg das reale Brut-

toinlandsprodukt der Ukraine im vergangenen Jahr um 9,3 %, nach 5,2 % 2002. Für dieses Jahr werden vom IWF gut 6 % Wachstum erwartet. Erfreulich war auch die Entwicklung der Investitionen, die 2003 um fast 16 % zulegen konnten (2002: 7 %). Der Anteil der Schattenwirtschaft in der Ukraine wird aber auf 30 % bis 70 % geschätzt. In der offiziellen Statistik wird die Schattenwirtschaft derzeit mit 20 % berücksichtigt. Damit dürften die offiziellen Zahlen die tatsächliche wirtschaftliche Dynamik eher unterschätzen.

Der Verbraucherpreisanstieg lag im vergangenen Jahr mit 5,2 % nach 0,8 % im Jahr davor vergleichsweise hoch. Ursache dafür war neben einem boomenden privaten Verbrauch auch die klimatisch bedingte Missernte und die damit verbundene, zum Teil drastische Steigerung der Lebensmittelpreise. In diesem Jahr wird der Anstieg zwar allmählich zurückgehen. Aufgrund des statistischen Überhangs dürfte er aber im Jahresdurchschnitt dennoch gut 7 % erreichen, da die aus der Verteuerung der Lebensmittel resultierende Preisdynamik bis zur nächsten Ernte anhalten wird.

Der Leistungsbilanzüberschuss der Ukraine betrug 2003 6 %, nach 7,5 % im Jahr davor. Für dieses Jahr wird ein Überschuss von nur noch 3 1/2 % erwartet. Ursache dafür ist vor allem ein stetig wachsender Import, der auf einen kräftigen privaten Verbrauch infolge von Reallohnzuwächsen von bis zu 14 % zurückzuführen ist. Die ausländischen Direktinvestitionen verdoppelten sich von 0,7 Mrd. US-\$ in 2002 auf knapp 1,4 Mrd. US-\$ im vergangenen Jahr.

Vor dem Hintergrund eines anhaltend starken Wirtschaftswachstums entwickelte sich das ukrainische Budget 2003 positiv. Insgesamt konnte ein kleiner Überschuss erwirtschaftet werden, der mit 0,1 % des BIP knapp unter dem Wert des Vorjahres von 0,2 % lag. Für dieses Jahr wird mit einem Defizit in Höhe von 0,8 % gerechnet: Anfang dieses Jahres wurden die Einkommensteuersätze von bisher 10 % bis 40 % durch eine

Flat Rate Tax von 13 % ersetzt. Gleichzeitig wurde der Satz für die Körperschaftsteuer von 30 % auf 25 % reduziert. Im Gegenzug wurden Steuerbefreiungen gestrichen und einige Verbrauchsteuern erhöht.

Allerdings basiert das prognostizierte Defizit auf einer sehr vorsichtigen Projektion für das Wachstum des realen BIP durch die ukrainische Regierung in Höhe von 4,8 % für dieses Jahr. Unabhängige Beobachter wie der IWF gehen von einem wesentlich höheren Wachstum aus, so dass insgesamt auch mit einem geringeren Budgetdefizit gerechnet werden kann.

2004 dürfte ein Schlüsseljahr für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine werden. Ökonomisch sind die Voraussetzungen für einen Aufschwung vorhanden. Zudem kann ein gesteigertes Interesse ausländischer Investoren beobachtet werden. Wichtigste Schwachstellen bleiben die politische Unsicherheit, Mängel bei Transparenz, Unternehmensführung und Rechtsstaatlichkeit und ein unterentwickelter Bankensektor. Für dieses Jahr plant die Ukraine eine Privatisierungsoffensive, bei der vor allem Anteile der ukrainischen Telekom und der Grundstoffindustrie privatisiert werden sollen. Der – auch international immer wieder geforderte – Fortgang der Privatisierung der Elektrizitätswirtschaft ist hingegen immer noch offen.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen sind für den 31. Oktober dieses Jahres festgesetzt. Favoriten sind nach Zeitungsmeldungen der reformorientierte Viktor Juschtschenko, der laut Meinungsumfragen gut ein Viertel der Wählerstimmen auf sich vereinigen könnte, sowie der amtierende Premierminister Viktor Janukowitsch, der wohl stärker für eine Fortsetzung der bisherigen Linie steht und auf gut 17 % Wählerunterstützung kommen könnte.

Insgesamt dürfte sich die Wachstumsbasis in der Ukraine allmählich verbreitern. Die Binnen- nachfrage wird, gestützt auf steigende Realein-

kommen, als Wachstumsfaktor weiter an Bedeutung gewinnen. Für den außenwirtschaftlichen Bereich wäre es allerdings kritisch, wenn sich das Land von seiner westeuropäischen Ausrichtung abwenden würde, wie dies nicht zuletzt von Präsident Kutschma angedeutet wurde. Die Ukraine ist auf internationales Kapital angewiesen. Zudem würde eine Abschottung gegenüber der Importkonkurrenz die Entwicklung nachhaltig behindern, wenn auf dem Inlandsmarkt kein echter Wettbewerb stattfindet. In diesem Zusammenhang dürfte auch von Bedeutung sein, dass die Financial Action Task Force (FATF) die Ukraine im Februar von der Liste der nicht kooperierenden Staaten bei der Bekämpfung der Geldwäsche genommen hat. Dies dürfte das Vertrauen internationaler Investoren nachhaltig stärken und dem Land den Zugang zu internationalen Finanzmitteln erleichtern.

Bei den Deutsch-Ukrainischen Regierungskonsultationen vom 20. Februar dieses Jahres wurde insbesondere die Brückenfunktion des Landes zwischen West- und Osteuropa infolge der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) gewürdigt. Mit der Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten ist die Ukraine zum direkten Nachbarn der EU geworden. Hier ergeben sich wichtige Chancen für das Land.

7 Westbalkan

In den Ländern des Westbalkan (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Serbien und Montenegro) bleiben die Doppeldefizite im Budget und in der Leistungsbilanz wirtschaftspolitisch die größte Herausforderung. Demgegenüber ist die Inflation überall unter Kontrolle und bewegt sich im einstelligen Bereich. Innenpolitisch stehen alle Länder – mit Ausnahme Kroatiens – vor der Herausforderung, Stabilität zu erreichen und ethnische Spannungen abzubauen.

Entwicklungen wie im Kosovo Anfang des Jahres zeigen, dass sich die Sicherheitslage allenfalls

zeitweilig entspannt hatte. So trafen die heftigen Unruhen im Kosovo die internationale Staatengemeinschaft weitgehend unvorbereitet. Bosnien-Herzegowina ist auch acht Jahre nach Ende des Krieges kein funktionierender Staat. Die Geschicke des Landes werden weiterhin von der internationalen Gemeinschaft gelenkt – repräsentiert durch den Hohen Repräsentanten. Ohne dessen Bemühungen wären wahrscheinlich im vergangenen Jahr wirtschaftspolitische Reformen kaum vorgekommen. Politische Instabilitäten sind nach wie vor bestimmend für die Entwicklung in Serbien und Montenegro. In diesem Zusammenhang wird es entscheidend darauf ankommen, welchen Weg die unter Verwaltung der EU stehenden Gebiete – insbesondere Bosnien-Herzegowina und das Kosovo – einschlagen werden.

Das Beispiel Kroatiens macht aber auch deutlich, dass es unabhängig von fortbestehenden Problemen in diesen Ländern Hoffnung auf eine Besserung der Situation gibt. Alles in allem gibt es derzeit keine Alternative zum Engagement der internationalen Gemeinschaft auf dem Westbalkan. Lösungen kann es bestenfalls schrittweise geben.

Albanien hat sich trotz der politischen Schwierigkeiten – ausgehend allerdings von einem besonders tiefen Niveau – zum Wachstumsführer in Südosteuropa entwickelt. Sowohl 2004 als auch 2005 ist mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von über 6 % zu rechnen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte dabei moderat bleiben und im Zielkorridor der Zentralbank von 2 % bis 4 % liegen, auch wenn mit der sich belebenden Konjunktur ein leichtes Anziehen der Inflation wahrscheinlich ist. Problematisch für die albanische Wirtschaft ist neben der angespannten Budgetsituation – so lag das Defizit in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2003 bei – 6,4 %; für 2004 werden – 5,8 % erwartet – vor allem auch das weiterhin hohe Leistungsbilanzdefizit (2003 und 2004 jeweils über 8 %).

In **Bosnien-Herzegowina** bewegt sich die Wirtschaft – ungeachtet aller politischen Probleme –

seit längerem auf einem Aufwärtspfad (BIP 2002: 5,5 %; 2003: 3,3 %; 2004: 5 %). Die Entwicklung der Verbraucherpreise ist bemerkenswert stabil. Der Anstieg dürfte in diesem Jahr bei unter einem Prozent in der Föderation insgesamt liegen. Das Leistungsbilanzdefizit stellt – neben dem anhaltenden und nur allmählich sinkenden Budgetdefizit – das Hauptproblem des Landes dar. 2002 lag es bei rund 30 %; im vergangenen Jahr wurden ebenfalls fast 30 % erreicht; für dieses Jahr werden gut 24 % erwartet. Finanziert wird es hauptsächlich durch internationale Geber.

Der leichte Rückgang des Leistungsbilanzdefizits ist allerdings weniger auf eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zurückzuführen, als vielmehr Folge einer im Jahresvergleich schwächeren Binnenkonjunktur und deshalb geringerer Importquoten. Vor diesem Hintergrund kann auch noch nicht wirklich von einer durchgreifenden Trendumkehr gesprochen werden. Das Defizit im Staatshaushalt ist seit längerem rückläufig. Lag es im Jahr 2000 noch bei 7 %, so konnte im vergangenen Jahr ein Überschuss von 0,4 % verzeichnet werden. Für 2004 wird ein nahezu ausgeglichener Haushalt angestrebt; internationale Beobachter rechnen mit einem allenfalls geringen Defizit in Höhe von rund – 0,1 % des BIP.

In **Kroatien** lag das Wachstum 2003 bei 4,3 % (2002: 5,2 %). Für dieses Jahr rechnen Beobachter mit einem Wachstum von knapp über 3 %. Die Inflationsrate, die sich schon seit längerem im einstelligen Bereich bewegt, dürfte gut 2 % erreichen, nach 1,8 % 2003. Die kroatische Wirtschaft wird derzeit hauptsächlich von der Binnennachfrage angetrieben. Hauptproblem bleibt auch weiter das Doppeldefizit in der Leistungsbilanz (2002: – 8,5 %; 2003: 7,2 %; 2004: – 5 ³/₄ %) und im Haushalt (2002: – 5,2 %; 2003: – 5,5 %; 2004: – 5 ¹/₂ %).

Die Wirtschaftspolitik wird weiterhin durch Inkonsistenzen geprägt. Während die Zentralbank, besorgt über die Auswirkung des Kreditwachstums und die Fiskalpolitik der Regierung,

eine straffe Geldpolitik verfolgt, ist die Regierung nicht in der Lage, die Budgetausgaben zu kürzen. Die Erhöhung der Sozial- und Pensionsausgaben wird – zusammen mit der Reduzierung der Mehrwertsteuer ab 2005 – zu einem stärkeren Anstieg des Defizits führen. Gleichzeitig führen Zentralbank und Finanzministerium einen Streit darüber, wie das Budgetdefizit finanziert werden soll. Während die Zentralbank das Defizit soweit wie möglich im Inland finanzieren möchte, beabsichtigt das Finanzministerium, internationale Märkte in größerem Umfang in Anspruch zu nehmen.

Mazedonien profitiert derzeit von einer politischen Stabilisierung des Landes, nachdem es 2001/2002 zu schwerwiegenden ethnischen Spannungen gekommen war. Dennoch konnte die tiefe Spaltung der Bevölkerungsgruppen bislang nicht annähernd überwunden werden. Für 2004 wird allgemein eine Wachstumsrate von 3 % erwartet, nach 2,8 % in 2003 und 0,3 % in 2002. Im Jahr 2001 war die Wirtschaft um 4,5 % geschrumpft.

Stützend wirkt derzeit die inländische Nachfrage, begünstigt durch eine steigende Kreditgewährung. Mit einer Jahresinflationsrate von gut 2 1/2 % (2002: 2,4 %; 2003: 1,8 %) bleibt das monetäre Umfeld günstig. Das Budgetdefizit lag im vergangenen Jahr bei 1,6 %, für dieses Jahr werden 2 1/2 % erwartet. Sorge bereitet auch die Entwicklung der Leistungsbilanz. Für dieses Jahr wird ein Defizit von über 8 % erwartet, nach über 11 % in 2002 und 8,5 % im vergangenen Jahr.

Die mittelfristigen Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung bleiben unsicher. Steigende Arbeitslosigkeit und stagnierende Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen zeigen die Notwendigkeit, sich verstärkt um die Durchführung von Strukturreformen und eine Verbesserung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes zu bemühen. Dies setzt aber auch voraus, dass die ethnischen Konflikte dauerhaft gelöst werden können.

In **Serbien und Montenegro** stehen die politischen Rahmenbedingungen – Mangel an Stabilität und Einheit in der Regierung, Differenzen innerhalb der Koalition, die als Minderheitsregierung auf die Unterstützung durch die Sozialistische Partei angewiesen ist – einer durchgreifenden Besserung der wirtschaftlichen Lage entgegen. Nach offiziellen Schätzungen stieg das Bruttoinlandsprodukt 2003 um 1,5 %, nach 3,3 % in 2002. Für dieses Jahr werden wieder 1 1/2 % Wachstum erwartet. Erfolge konnten alles in allem bei der Bekämpfung der Inflation erzielt werden. Lag der Anstieg der Verbraucherpreise 2002 bei 16,6 %, so konnte diese Rate im vergangenen Jahr auf 9,4 % gesenkt werden. Für 2004 werden 8 1/2 % erwartet.



Das Defizit in der Leistungsbilanz hat 2003 11,5 % des Bruttoinlandsprodukts betragen (2002: 12,7 %). Für dieses Jahr werden gut 10 % prognostiziert. Das Haushaltsdefizit lag 2002 und 2003 bei jeweils – 4,5 %. Die Regierung geht in ihren Projektionen davon aus, das Budgetdefizit in diesem Jahr auf 3 % senken zu können.

Die fragilen Mehrheitsverhältnisse machen es alles in allem unwahrscheinlich, dass die Regierung auch schmerzhaft strukturelle Reformen zügig umsetzen wird. Dies wird in der Konsequenz dazu führen, dass die Voraussetzungen für einen lang anhaltenden Wachstumsprozess nur sehr zögerlich geschaffen werden. Allerdings ist die Wahl von Boris Tadic zum neuen Präsidenten Serbiens überwiegend als positives Signal gewertet worden.

8 Türkei

Nach Jahren des Wachstums – 2002 (knapp 8 %) und 2003 (5,9 %) – wird auch für 2004 ein Wirtschaftswachstum von mindestens 5 % erwartet. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg 2003 auf 3 380 US-\$. Das türkische BIP könnte Ende 2004 erstmals 250 Mrd. US-\$ erreichen.

Die Inflationsrate konnte 2003 auf 18 % (historischer Tiefstand) reduziert werden. Dies ist umso bemerkenswerter, als die in den neunziger Jahren im Durchschnitt verzeichnete Inflation über 60 % lag. Für 2004 wird eine Inflationsrate von 12 % angestrebt. Bereits in den ersten Monaten des Jahres liegt die Inflationsrate (April 11,2 %) unter der für das Jahr angestrebten Rate.

Das doppelte Defizit von Staatshaushalt und Zahlungsbilanz bleibt nach wie vor das Hautproblem für die türkische Wirtschaft. Trotz der auch vom IWF gelobten Fiskaldisziplin hat die Türkei, wie schon im Vorjahr, den für 2003 angestrebten Primärüberschuss von 6,5 % mit 6,2 % knapp verfehlt. Dennoch hat die Regierung Anfang des Jahres die Mindestlöhne nominal um 34 % und die Renten um 21 % erhöht. Dies führte zu Diskussionen mit dem IWF. Der IWF und die Türkei verständigten sich darauf, dass die Türkei trotz dieser Maßnahmen am Ziel festhalten wird, 2004 einen Primärüberschuss von 6,5 % zu erreichen. Neben vorgesehenen Ausgabenkürzungen um 13 % wurde die Erzielung zusätzlicher Einnahmen bei Öl, Alkohol und Zigaretten (durch Steuererhöhungen) vereinbart, um dies sicherzustellen. Im April schloss der IWF die 7. Überprüfung im Rahmen des Bereitschaftskreditabkommens mit der Türkei (vom Feb. 2002) ab. Damit wurde der Weg zur Auszahlung der nächsten IWF-Tranche von 500 Mio. US-\$ (340 Mio. Sonderziehungsrechte – SZR) geebnet. Insgesamt kann das IWF-Programm als Erfolg gewertet werden. Es hat dazu beigetragen, dass die Türkei, die sich 2001 in einer schweren Krise befand, den Pfad einer bemerkenswerten und nachhaltigen Erholung erreicht hat.

Durch eine strikte Fiskalpolitik seit 2001 und die erfolgreiche Desinflation konnte das Zinsniveau ab 2002 nachhaltig gesenkt werden. Dadurch konnte 2003 das Defizit der Zahlungsbilanz von 3 % relativ problemlos finanziert werden. Im März hat die türkische Zentralbank die Zinsen um 2 %-Punkte von 24 % auf 22 % gesenkt. Die Realzinsen sind dennoch relativ hoch. Darin kommt die Unsicherheit hinsichtlich der Umsetzung der beschlossenen Reformschritte zum Ausdruck.



Die Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin hoch. In der offiziellen Arbeitslosenquote (10 %) ist nur der statistisch erfasste Teil der tatsächlich unbeschäftigten Bevölkerung erfasst, die Schattenwirtschaft bleibt unberücksichtigt, die auf bis zu 50 % der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung geschätzt wird. Probleme stellen insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit (2004 keine Trendwende zu erwarten) und die demografische Entwicklung dar. Zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen müsste das BIP-Wachstum mindestens bei 6 % liegen.

Ein weiteres Problem sind fehlende private Investitionen. Ausländische Direktinvestitionen waren 2003 mit ca. 400 Mio. US-\$ so niedrig wie nie seit Anfang der 1980er Jahre. Die Privatisierungsbemühungen (Privatisierung der Staatsindustrie, Konsolidierung des Bankenwesens) erlitten 2003 teilweise Rückschläge. Für 2004 sind verstärkte Privatisierungsbemühungen vorgesehen. Um eine Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen zu erreichen, ist neben dem stabilen makroökonomischen Umfeld vor allem eine Verbesserung des Investitionsklimas erforderlich.

Im Dezember 2004 will der Europäische Rat über die Möglichkeit der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entscheiden. Die EU-Kommission hatte Anfang November 2003 ihren Fortschrittsbericht zur Entwicklung der Türkei veröffentlicht. Der Türkei werden große Fortschritte im Rahmen des wirtschaftlichen Reformprozesses bescheinigt, allerdings werden noch weitere Reformen zur Verbesserung der makroökonomischen Stabilität eingefordert. Außerdem wird verstärkter Handlungsbedarf bei den politischen Reformen (insbesondere im Bereich Umsetzung der rechtlichen Aspekte, Menschenrechte) gesehen.

Die Türkei hat durch ihre offene und konstruktive Haltung in der Frage einer Wiedervereinigung Zyperns in Europa an Ansehen gewonnen. Im April hat das Referendum über den Annan-Plan zur Wiedervereinigung stattgefunden. Dabei haben die türkischen Zyprioten dem Plan mit 76 % zugestimmt, wohingegen der griechische Teil der Insel, der zum 1. Mai Mitglied der EU geworden ist, sich mit großer Mehrheit gegen eine Wiedervereinigung ausgesprochen hat.

9 China

Im vergangenen Jahr erreichte China ein Wirtschaftswachstum von 9,1 % des BIP. Das BIP betrug 1,4 Billionen US-\$. Damit ist die chinesische Wirtschaft, die inzwischen die sechsgößte Volkswirtschaft der Welt ist, noch stärker gewachsen als allgemein erwartet. Allein im 4. Quartal 2003 lag das BIP-Wachstum bei 9,9 %. Der Verbraucherpreisindex betrug über das Jahr gesehen 1,2 %; allein im Dezember war ein Anstieg um 3,2 % festzuhalten. Das chinesische BIP ist im 1. Quartal 2004 um 9,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gewachsen. Das Wachstum ist hauptsächlich bedingt durch Anlageinvestitionen, die im 1. Quartal um 43 % angestiegen sind.

2003 konnte China abermals einen stabilen Handelsbilanzüberschuss (Exporte im Wert von 438,3 Mrd. US-\$, Importe lagen bei 412,8 Mrd. US-\$)

von 25,5 Mrd. US-\$ erzielen. Allerdings ist der Überschuss gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,9 Mrd. US-\$ gesunken. Das seit Jahresbeginn 2004 auftretende Handelsbilanzdefizit, das sich bereits im 1. Quartal auf 8,44 Mrd. US-\$ belief, hat sich im April um weitere 2,26 Mrd. US-\$ ausgeweitet, da die hohen Exporte eine weitere Steigerung der Importe nicht kompensieren konnten. Allerdings konnte im Mai überraschenderweise ein Überschuss von 2,1 Mrd. US-\$ erzielt werden, so dass sich das Handelsbilanzdefizit derzeit insgesamt auf rd. 8,6 Mrd. US-\$ beläuft.

Bei den ausländischen Direktinvestitionen war eine Stabilisierung auf hohem Niveau zu beobachten. Im Jahr 2003 kamen erneut gut 53 Mrd. US-\$ ausländische Direktinvestitionen ins Land, allerdings fiel der Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit 1,5 % moderat aus. Auch in den ersten Monaten bis Mai 2004 ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 11 % auf 26 Mrd. US-\$ zu beobachten.

Der Verbraucherpreisindex stieg im Mai um 4,4 %, nach 3,8 % im April. Damit ist der stärkste Anstieg seit sieben Jahren zu verzeichnen. Die Zentralbank hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sie die Situation genau beobachtet und beim Vorliegen entsprechender Indikatoren handeln wird. Ein entscheidender Indikator dürfte (nach inoffiziellen Angaben) das Überschreiten der 5%-Grenze sein.

Chinas Zentralbank bekämpft das schnell wachsende Kreditvolumen, das als Hauptursache für die Überhitzungstendenzen auf dem Immobilienmarkt und die sich abzeichnenden Überkapazitäten in der Automobil- und Stahlindustrie gilt, durch monetäre Maßnahmen. Dafür wurde ein stärker marktorientiertes und flexibleres Zinssystem angekündigt. Offenmarkt-Operationen werden seit Mai zweimal statt bisher einmal wöchentlich durchgeführt. Außerdem erschwerte die Zentralbank den Banken die Vergabe und Refinanzierung von Krediten durch höhere Mindestreserveverpflichtungen und höhere

Refinanzierungskosten, um die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken zu reduzieren. Der Leitzins für Kredite der Zentralbank mit einer Laufzeit von 60 Tagen wurde im April um 0,27 % auf 3,24 % angehoben. Der in China weitaus wichtigere Leitzins für einjährige Kredite blieb unverändert (5,31 %). Seit Ende April müssen die Geschäftsbanken 7,5 % statt wie bisher 7 % ihrer Einlagen bei der Zentralbank als Mindestreserve hinterlegen. Zuletzt wurde Ende Sept. 2003 die Mindestreserveverpflichtung von 6 % auf 7 % erhöht, wodurch dem Kreditmarkt rd. 18 Mrd. US-\$ entzogen worden sind.

Weitere Maßnahmen gegen eine Überhitzung der Konjunktur sieht die chinesische Regierung in der für 2004 angestrebten Reduzierung des Staatsdefizits von 2,9 % auf 2,5 % und der Reduzierung der Ausgabe von Staatsanleihen, die zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben dienen. Außerdem wurden Krediteinschränkungen für Schlüsselindustrien eingeführt. Neben der strikten Kontrolle neuer Projekte in Industriezweigen, wie Stahl, Aluminium, Zement und Automobile, ist seit Ende April ein höherer Eigenkapitalanteil (statt bisher 25 % jetzt 40 %) bei Investitionen in diesen Bereichen erforderlich. Darüber hinaus wurden die vom Staat geförderten Wohnungsbauprogramme an Einkommensgrenzen gebunden und die Zahl der geförderten Objekte eingeschränkt.

Im Haushaltsjahr 2003 betragen die Einnahmen 262 Mrd. US-\$ (Steigerung gegenüber 2002 um 14,7 %) und die Gesamtausgaben 302 Mrd. US-\$ (Steigerung gegenüber 2002 um 11,8 %), somit wurde ein Defizit von rd. 40 Mrd. US-\$ – entspricht rd. 2,9 % des BIP – erzielt. Für 2004 werden Einnahmen von rd. 285 Mrd. US-\$ und Ausgaben von rd. 328 Mrd. US-\$ eingeplant. Die Einnahmen steigen gegenüber 2003 um 8,7 %, die Ausgaben um 8,8 % an. Im Haushalt sind zunehmende Ausgaben für den landwirtschaftlichen Bereich sowie erhöhte Militärausgaben vorgesehen. Das Haushaltsdefizit soll 2,5 % betragen und damit erstmals seit 1998 sinken.

Die Notwendigkeit, das Kreditvolumen einzuschränken, ist auch durch massive Zuflüsse von US-\$ in den letzten Monaten bedingt. Einerseits zieht China nach wie vor ausländische Direktinvestitionen in hohem Maße an, andererseits fließen aufgrund der Erwartungen einer Yuan-Aufwertung gegenüber dem US-\$ größere Geldvolumina ins Land. Dies ist einer der Gründe für das enorme Geldmengenwachstum, da die Zentralbank überschüssige US-\$ gegen eigene Währung vom Markt nehmen musste, um den Wechselkurs zu stabilisieren. Folge ist ein Anstieg der Devisenreserven auf inzwischen 439,8 Mrd. US-\$ (März 2004).

Besonders hinsichtlich der Reform des Bankwesens und des Finanzsektors sind weiterhin erhebliche Anstrengungen zu beobachten. Die China Banking Regulatory Commission (CBRC), die im April 2003 ihre Arbeit mit dem Ziel aufgenommen hat, die Funktionsfähigkeit des Bankwesens zu gewährleisten, die Einlagen zu sichern und Verbraucherinteressen zu vertreten, spielt neben der Zentralbank hierbei eine wichtige Rolle. Eine Stützungsaktion des Staates für den Bankensektor erfolgte Ende Dezember 2003. Die Zentralbank gewährte der Bank of China (BOC) und der China Construction Bank (CCB) eine Kapitalspritze von 45 Mrd. US-\$ aus den Devisenreserven des Landes zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalausstattung. Die Summe wurde auf beide Banken gleich verteilt und ebnet durch die Reduzierung der non performing loans (NPLs) den Weg zur geplanten Börseneinführung dieser Banken in den nächsten zwei Jahren.

Um dem Problem der NPLs nachhaltig zu begegnen, ist es nach Auffassung der CBRC insbesondere jetzt – bei geplanter Bremsung des Wirtschaftswachstums und damit möglicherweise verbundenen Kreditrückzahlungsproblemen einzelner Unternehmen – unerlässlich, dass die chinesischen Banken ein funktionierendes Risiko-Management-System aufbauen, um nicht einen neuen Berg von NPLs anzuhäufen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist nach Angabe der CBRC

der Anteil der NPLs am Portefeuille der großen vier Staatsbanken um 1,25 % auf 19,15 % zurückgegangen. Der Anteil der NPLs ist im 1. Quartal 2004 zwar gesunken, allerdings dürfte dies in erster Linie auf die starke Ausweitung des Kreditvolumens zurückzuführen sein. Die Zentralbank plant einen milliarden schweren Ankauf von NPLs, um diese dann an asset management companies (AMC) weiterzuverkaufen. Dazu sollen voraussichtlich nach Ablauf des 2. Quartals 2004 von zwei der vier großen im Staatsbesitz befindlichen Banken (BOC, CCB) NPLs im Wert von umgerechnet 24 Mrd. US-\$ zu einem Diskont von 50 % angekauft und an die 1999 gegründeten AMC im Gebotsverfahren weiterverkauft werden.



Im Rahmen des Chinesischen Volkskongresses vom 9. bis 14. März 2004 wurden verschiedene Verfassungsänderungen beschlossen, die der neuen Realität von Marktwirtschaft und Transformation Rechnung tragen sollen. Privateigentum wird durch die Verfassungsänderung legitimiert und geschützt. Damit soll nicht nur der Schutz von Produktionsmitteln in privatem Besitz, sondern auch der Schutz des individuellen Eigentums – auch geistigen Eigentums – verbessert werden. Erstmals ist auch der Schutz von Menschenrechten in der Verfassung verankert. Bisher waren nur Grundrechte und Pflichten geregelt.

Im Jahr 2004 will die chinesische Regierung rd. 9 Mio. Arbeitsplätze schaffen, die Arbeitslosenquote in der Stadt soll nicht über 4,7 % ansteigen. Nach offiziellen Angaben gibt es derzeit in China 2,7 Mio. Arbeitslose, die früher in staatlichen Betrieben beschäftigt waren. Im Zuge der

Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft wird mit einer steigenden Anzahl gerechnet.

10 Südkorea

Nachdem Korea im ersten Halbjahr 2003 erstmals seit der Asienkrise 1998 in eine Rezession geschlittert ist, deren Ursachen in der stagnierenden Inlandsnachfrage, der SARS-Epidemie und der Irak-Krise zu sehen sind, konnte die Entwicklung im Verlauf der zweiten Jahreshälfte umgedreht werden. Die spürbare wirtschaftliche Erholung im Zuge der Belebung der Weltkonjunktur, getragen durch China als Wachstumsmotor Ostasiens, führte zu einem Wirtschaftswachstum von 3,1 % in 2003 (gegenüber 6,3 % im Vorjahr). Korea erwirtschaftete ein BIP von 605,2 Mrd. US-\$ und ein Pro-Kopf-Einkommen von 12 628 US-\$. Im 1. Quartal 2004 stieg das BIP gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,3 %.

Die Verbraucherpreise stiegen 2003 um 3,5 %, was hauptsächlich durch den Anstieg der Lebensmittelpreise (4,4 %) und der Wohnungskosten (3,7 %) bedingt war. Daneben sind auch die Preise für Strom, Wasser und Brennstoffe (5,6 %) gestiegen. Für 2004 wird eine Inflationsrate von 3,6 % angestrebt.

2003 konnte Korea einen Leistungsbilanzüberschuss von 12,32 Mrd. US-\$ erzielen (entspricht 2,0 % des BIP). Dies stellt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 128,4 % dar. Auch 2004 wird ein Leistungsbilanzüberschuss erwartet, der bei rd. 19 Mrd. US-\$ liegen soll. Der Handelsbilanzüberschuss stieg 2003 auf rd. 15 Mrd. US-\$. Dabei stiegen die Exporte um 19,3 % auf 193,8 Mrd. US-\$ und die Importe um 17,3 % auf 178,8 Mrd. US-\$. Der wichtigste Markt für die koreanischen Exporte war 2003 erstmalig China mit einem Anteil von knapp 18 %.

Die Devisenreserven, die Ende 2003 bei 155,35 Mrd. US-\$ lagen, sind bis April auf 164,64 Mrd. US-\$ angestiegen. Es handelt sich um die vierthöchsten Devisenbestände in der Welt, nach Japan, China und Taiwan.

Die Auslandsverschuldung stieg 2003 um 11,5 Mrd. US-\$ auf 159,8 Mrd. \$, wovon 104,5 Mrd. US-\$ langfristiger und 55,3 Mrd. US-\$ kurzfristiger Natur sind. Der Anteil der Auslandsverschuldung am BIP betrug 26,4% in 2003. Korea ist seit 1999 Kapitalexporteur. Die Auslandsforderungen stiegen auf 226,6 Mrd. US-\$. Dies stellt einen Forderungsüberschuss von 66,8 Mrd. US-\$ dar – bei einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 58,7%.

Die Staatsverschuldung blieb auch 2003 auf relativ niedrigem Niveau. Die gesamte Staatsverschuldung (ohne Sonderhaushalte) betrug Ende 2003 138,1 Mrd. US-\$, dies entspricht 23% des BIP. 2003 konnte Korea erstmals seit der Asienkrise wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreichen (ohne Sonderhaushalte).

Die Arbeitslosenquote lag 2003 offiziell bei 3,4%. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die weiterhin hohe Jugendarbeitslosigkeit von rd. 8,8%. Trotz Wirtschaftswachstum konnten nur relativ wenig neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die von der Regierung geplanten Arbeitsmarktreformen zielen auf die Etablierung eines modernen Sozialsystems.



Probleme stellen für Korea der zunehmende Wettbewerb mit und die steigende Abhängigkeit vom Ausland (insbesondere China) dar. Steigende Exporte und zunehmende Auslagerungen der Produktionen zeigen dies an. Daneben war ein weiterer Rückgang der Direktinvestitionen festzustellen, die überwiegend an China verloren gegangen sind. Die ausländischen Direktinvestitionen fielen gegenüber dem Vorjahr um 28,9%

auf ein 6-Jahres-Tief von ca. 6,5 Mrd. US-\$. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu erhöhen – insbesondere gegenüber China –, wurden Sonderwirtschaftszonen (Busan, Guangyang Bay, Incheon) eingerichtet. Hier sollen mit niedrigen Steuern, gelockerten (Arbeitsrechts-) Bestimmungen und einer ausgezeichneten Infrastruktur Direktinvestitionen angeworben werden.

Ende 2003 geriet Präsident Roh in Bedrängnis, nachdem bekannt wurde, dass ein enger Berater des Präsidenten illegale Wahlkampfspenden angenommen haben soll. 2004 wurde der Präsident zwischenzeitlich vom koreanischen Parlament seines Amtes enthoben, weil er sich im Wahlkampf zugunsten der Uri-Partei ausgesprochen hatte. Nach den Parlamentswahlen, die die vom Präsidenten unterstützte Uri-Partei gewonnen hat, und der Aufhebung der Amtsenthebung des Präsidenten durch das Verfassungsgericht hat sich die turbulente politische Lage beruhigt. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes blieb von diesen Aktionen relativ unbeeindruckt. Bei einer weiterhin verhaltenden Inlandsnachfrage wird der Export die Triebkraft des Wirtschaftswachstums bleiben. Die koreanische Regierung geht für 2004 von einem Wachstum von 5,5% aus. Die Industrieproduktion wuchs im Februar gegenüber dem Vorjahr um 2,9% nach 1,1% im Januar, der Leistungsbilanzüberschuss betrug im Februar 3,1 Mrd. US-\$, der höchste Wert seit fünf Jahren.

Die Liberalisierungsmaßnahmen im Finanzsektor, die in Korea infolge der Asien-Krise durchgeführt worden sind, haben ein großes Interesse ausländischer Banken hervorgerufen. Etwa die Hälfte der koreanischen Bankaktien befinden sich inzwischen in ausländischem Besitz. Die Ertragslage der Banken konnte, bedingt durch den Wettbewerb, konsolidiert werden. Lediglich das private Kreditgeschäft stellt eine Ausnahme dar. Die Kreditkartenkrise ist noch nicht überwunden. Zwischen 2001 und 2003 wurde die Anzahl der ausgegebenen Kreditkarten um das Elfache gesteigert. Der Anteil der Rückstände bei der Kredit-

kartenrückzahlung stieg 2003 von 5 % auf 14 % (Ende 2003). Dies ist dreimal höher als die Rate in den USA. Die Zentralbank vermutet, dass die tatsächliche Rate bei mehr als 30 % liegt. Durch die Rückstände bzw. den Ausfall der Kreditkartenrückzahlungen wäre unter anderem fast der Zusammenbruch des führenden Kreditkartenunternehmens des Landes verursacht worden. Nur durch eine gemeinsame Aktion der koreanischen Banken, die vom Finanzministerium unterstützt wurde, konnte dieser Zusammenbruch verhindert werden.

11 Indien

Im Haushaltsjahr 2003/2004 (das Haushaltsjahr beginnt am 1. April und endet am 31. März des Folgejahres) ist die indische Wirtschaft nach offiziellen Angaben um 6,8 % auf ein BIP von rd. 600 Mrd. US-\$ gewachsen. Allein im letzten Quartal des Haushaltsjahres 2003/2004 wurde ein BIP-Wachstum von 10,4 % erzielt. Zwar konnte das im Dezember 2002 im Rahmen des zehnten Fünfjahresplans genannte durchschnittliche Wachstumsziel von 8 % nicht erreicht werden. Im internationalen Vergleich belegt Indien aber einen Spitzenplatz unter den wachstumsstärksten Regionen der Welt.

Der Grund für den Anstieg im letzten Quartal liegt in den günstigen Witterungsbedingungen (guter Monsunregen), die zu einer deutlichen Belebung der Landwirtschaft führten, nachdem die Produktion im vergangenen Jahr aufgrund der Dürre stark eingebrochen war. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die Agrarproduktion um 17 % gesteigert. Davon profitierten die landwirtschaftlichen Einkommen.

Der dynamische Aufschwung der High-Tech-Branche täuscht über die tatsächlichen Strukturen der indischen Wirtschaft hinweg. Nach wie vor leben über 70 % der Inder direkt oder indirekt von der Landwirtschaft, die nur ein Viertel des BIP erwirtschaftet. Die bedeutendsten Wirtschaftszweige aus dem sekundären und ter-

tiären Sektor sind einerseits die Bereiche Elektrizitätserzeugung, Konsumgüter, Zement, Stahlerzeugung und allgemeine Infrastrukturaufgaben inkl. Telekommunikation, andererseits das Versicherungs- und Bankwesen und die IT- und Softwareindustrie.

Das niedrigste Zinsniveau seit drei Jahrzehnten treibt den inländischen Konsum an. Die für indische Verhältnisse relativ moderate Inflation, die noch Ende Januar bei 6,2 % lag, erreichte im Mai nur noch rd. 4,3 %, mit fallender Tendenz.

Die indische Leistungsbilanz hat sich mit einem Überschuss von 2,5 Mrd. US-\$ im Haushaltsjahr 2003/2004 gegenüber dem Vorjahr (3,7 Mrd. US-\$) leicht verschlechtert. Eine ölpreisinduzierte Steigerung der Importpreise bedingte diesen Rückgang. Die Handelsbilanz ist demgegenüber weiterhin negativ. Das Defizit beträgt rd. 12,2 Mrd. US-\$, nach 7,19 Mrd. US-\$ im vorangegangenen Haushaltsjahr. Die Exporte beliefen sich auf rd. 59,6 Mrd. US-\$ und die Importe auf 71,8 Mrd. US-\$.

Im vergangenen Finanzjahr konnte die indische Zentralregierung ihr Haushaltsdefizit mit 4,8 % (Vorjahr 6,1 %) auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren und damit deutlich unter das avisierte Ziel von 5,8 % drücken. Für das kommende Finanzjahr werden 4,4 % angestrebt. Das Gesamthaushaltsdefizit des Landes (Zentralregierung und Bundesstaaten) liegt jedoch bei rd. 10 %. Aufgrund des Regierungswechsels wird ein endgültiger Haushaltsentwurf für 2004/2005 jedoch erst im Oktober 2004 (nach Interimbudget April bis Juli sowie Juli bis Oktober) vorliegen.

Indien verfügte im April 2004 über Devisenreserven von 118,49 Mrd. US-\$. Die indischen Devisenreserven, die 1991 gerade die Einfuhren für sechs Monate decken konnten, reichen heute für mehr als 30 Monate aus.

Mit 5,1 Mrd. US-\$ flossen im Vergleich zu China (53,1 Mrd. US-\$) 2003 relativ wenig

ausländische Direktinvestitionen nach Indien. Für das laufende Jahr wird eine Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen auf 10 bis 15 Mrd. US-\$ angestrebt.

Die positiven wirtschaftlichen Daten im vergangenen Haushaltsjahr waren ein Grund für die Entscheidung der indischen Regierung von Ministerpräsident Vajpayee, die Parlamentswahlen vom Herbst auf das Frühjahr vorzuverlegen. Die Wahlen fanden in vier Phasen vom 20. April bis 10. Mai statt. Nach Auszählung der Stimmen wurde die Kongresspartei von Sonja Gandhi stärkste politische Kraft im Lande und bildet nun zusammen mit insgesamt elf kleineren Parteien eine Minderheitskoalition. Wegen ihrer italienischen Abstammung und aus Rücksicht auf die Stabilität des Landes verzichtete Sonja Gandhi auf den Posten der Ministerpräsidentin. Zum neuen Regierungschef wurde Manmohan Singh gewählt, der erklärte, eine Wirtschaftspolitik mit menschlichem Gesicht verfolgen zu wollen. Singh war von 1991 bis 1996 Finanzminister und gilt als Vater des damals eingeschlagenen Reformkurses.

An den Aktienmärkten kam es zu einem dramatischen Einbruch der Kurse (über 17 % innerhalb von zwei Tagen) in unmittelbarer Reaktion auf den unerwarteten Wahlausgang. Zwar konnte der maßgebliche Bombay BSE Index wieder Boden gut machen (10 %, nachdem Singh als neuer Ministerpräsident angekündigt wurde), die indischen Aktienmärkte schlossen im Vergleich zum Vormonat aber mit einem deutlichen Verlust von 11 %. Im Vergleich zum Höchststand im Januar lag der Index um rd. 22 % niedriger.

In ersten Reaktionen auf die erdrutschartigen Verluste an den Börsen sagte die indische Kongresspartei eine investorenfreundliche und wachstums-

orientierte Politik zu. Als Ziel für die kommenden Jahre wurde eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von ca. 8 % genannt, die aktuellen Zahlen der Zentralbank gehen von einem Wachstum von 6,5 bis 7 % für das laufende Jahr aus.

Die Zentralbank ließ im Mai die Leitzinsen unverändert, senkte jedoch einige spezifische Mindestreserveanforderungen an die Banken deutlich ab, so dass sich deren Liquiditätslage spürbar verbessern konnte. Im Hinblick auf den von der Regierung Vajpayee eingeschlagenen Privatisierungskurs ist eine Veränderung sichtbar. Die etwa 25 bis 30 profitablen der rd. 300 Staatsunternehmen werden vorerst nicht privatisiert. Die Höhe ausländischer Beteiligungen bei der Privatisierung des Flughafens von Neu Dehli wurde auf 49 % begrenzt, ebenso behält sich die indische Regierung bei Banken eine 51%-Beteiligung vor. Der von der Vorgängerregierung angestrebte Anteilsverkauf von 10 % an der staatlichen Oil und Natural Gas Corp. Lt. im Wert von 2,5 Mrd. US-\$ wurde zunächst ausgesetzt.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen der neuen Regierung steht die Bekämpfung der ländlichen Armut und der rückständigen Landwirtschaft. Ein Abbau des Haushaltsdefizits ist erforderlich, um Ressourcen für Investitionen in die rückständige Infrastruktur (Straßen, Energie, Wasser) zu erreichen. Weiterhin soll durch eine Steuerstrukturreform die relativ kleine Steuerbasis verbreitert und somit eine günstigere Relation von Steuereinnahmen zu BIP (derzeit 16 %) geschaffen werden. In diesem Rahmen wurden bereits die Bemühungen zur Einführung einer landesweiten Mehrwertsteuer (von 12,5 %) wieder aufgenommen, die bisher am Widerstand der Mehrzahl der indischen Bundesstaaten und der starken Handelslobby gescheitert ist.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	116
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	120

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	96
2	Gewährleistungen	97
3	Bundeshaushalt 1999 bis 2004	97
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004	98
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004	100
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004	104
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004	106
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	108
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	109
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	110
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	111
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	112
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	113
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	114
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004	115

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004	116
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2004	116
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats Mai 2004	117
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Mai 2004	118

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	120
2	Preisentwicklung	120
3	Außenwirtschaft	121
4	Einkommensverteilung	121
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	122
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	123
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	124
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	125
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	126
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	127

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. Mai 2004 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. Juni 2004 ² Mio. €
Anleihen	465 210	0	0	465 210
Bundesobligationen	155 315	0	0	155 315
Bundesschatzbriefe	10 573	31	16	10 588
Bundesschatzanweisungen	96 390	9 000	11 928	93 462
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 848	5 937	5 935	35 849
Finanzierungsschätze	1 096	58	59	1 095
Schuldscheindarlehen	37 783	187	144	37 827
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
Gesamte umlaufende Schuld	802 557			799 688

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Mai 2004 Mio. €	Stand: 30. Juni 2004 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	154 399	155 498
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	257 216	253 373
langfristig (mehr als 4 Jahre)	390 942	390 817
Gesamte umlaufende Schuld	802 557	799 688

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2004 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. Juni 2004 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. Juni 2003 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	103,0	103,0
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,9	28,7
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	113,0	62,3	62,1

3 Bundeshaushalt 1999 bis 2004

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mrd. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
1. Ausgaben	246,9	244,4	243,2	249,3	256,7	257,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	0,2
2. Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	227,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	4,7
darunter:						
Steuereinnahmen	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	197,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	3,0
3. Finanzierungsdefizit	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 29,6
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	144,1	149,7	130,0	175,3	192,3	215,4
5. Tilgungen (+)	118,0	125,9	107,2	143,4	153,7	186,1
6. Nettokreditaufnahme	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 38,6	- 29,3
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,3
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 26,2 10,6	- 23,9 9,8	- 22,9 9,4	- 32,7 13,1	- 39,2 15,3	- 29,6 11,5
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,6	28,1	27,3	24,7	25,7	24,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 4,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 963	26 517	26 807	26 986	27 235	27 325
Aktivitätsbezüge	20 705	20 275	20 440	20 498	20 642	20 615
Ziviler Bereich	8 387	8 196	8 414	8 469	8 506	8 799
Militärischer Bereich	12 318	12 079	12 026	12 028	12 136	11 816
Versorgung	6 258	6 242	6 367	6 488	6 593	6 711
Ziviler Bereich	2 555	2 572	2 598	2 605	2 602	2 564
Militärischer Bereich	3 703	3 670	3 770	3 883	3 991	4 147
Laufender Sachaufwand	20 432	20 822	18 503	17 058	17 192	17 536
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 655	1 641	1 619	1 643	1 604	1 547
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 750	7 335	7 985	8 155	7 905	8 025
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 028	11 846	8 899	7 260	7 683	7 964
Zinsausgaben	41 087	39 149	37 627	37 063	36 875	37 655
an andere Bereiche	41 087	39 149	37 627	37 063	36 875	37 655
Sonstige	41 087	39 149	37 627	37 063	36 875	37 655
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	41 042	39 104	37 582	37 019	36 830	37 610
an Ausland	3	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	129 156	126 846	132 359	143 514	149 304	152 786
an Verwaltungen	16 311	16 106	13 257	14 936	15 797	13 807
Länder	5 568	5 650	5 580	6 062	6 503	5 620
Gemeinden	242	194	241	236	250	199
Sondervermögen	10 499	10 259	7 435	8 635	9 042	7 987
Zweckverbände	2	2	2	2	2	1
an andere Bereiche	112 845	110 740	119 102	128 578	133 508	138 979
Unternehmen	13 484	13 271	16 674	16 253	15 702	18 707
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	24 305	21 455	20 668	22 319	23 666	24 065
an Sozialversicherung	71 651	72 590	78 143	86 276	90 560	92 507
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	749	746	672	814	797	773
an Ausland	2 652	2 674	2 940	2 911	2 776	2 921
an Sonstige	5	4	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	217 639	213 333	215 296	224 622	230 606	235 303
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 110	6 732	6 905	6 746	6 696	7 129
Baumaßnahmen	5 976	5 580	5 551	5 358	5 298	5 517
Erwerb von beweglichen Sachen	819	779	882	960	894	1 036
Grunderwerb	314	373	473	427	504	576
Vermögensübertragungen	17 831	19 506	17 085	14 550	16 197	13 636
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	17 225	16 579	16 509	13 959	15 833	13 259
an Verwaltungen	10 275	10 011	9 496	6 336	7 998	6 235
Länder	10 166	9 925	9 431	6 268	5 382	6 156
Gemeinden und Gemeindeverbände	109	86	65	68	73	78
Sondervermögen	-	-	-	-	2 543	-
an andere Bereiche	6 950	6 568	7 013	7 623	7 835	7 024
Sonstige – Inland	5 074	4 729	5 370	5 819	5 867	5 040
Ausland	1 876	1 839	1 643	1 803	1 967	1 984
Sonstige Vermögensübertragungen	606	2 926	577	592	365	377
an Verwaltungen	-6	-	-	-	-	-
Länder	-6	-	-	-	-	-
an andere Bereiche	611	2 926	577	592	365	377
Unternehmen – Inland	222	101	167	44	-	-
Sonstige – Inland	186	2 542	183	351	167	167
Ausland	203	284	227	196	198	210

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 290	4 835	3 859	3 369	3 203	4 251
Darlehensgewährung	3 661	4 205	3 185	2 729	2 665	3 685
an Verwaltungen	487	197	166	154	106	63
Länder	485	195	166	154	106	63
Gemeinden	1	1	0	-	-	-
an andere Bereiche	3 174	4 008	3 019	2 574	2 559	3 622
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 981	2 998	1 841	1 543	1 603	2 640
Ausland	1 194	1 010	1 178	1 031	956	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	629	630	674	640	538	565
Inland	1	19	24	53	15	3
Ausland	628	611	651	587	523	562
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	29 231	31 072	27 850	24 664	26 097	25 016
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 3 019
Ausgaben zusammen	246 869	244 405	243 145	249 286	256 703	257 300
¹ Darunter: Investive Ausgaben	28 625	28 146	27 273	24 073	25 732	24 639

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	48 433	44 281	24 739	13 595	–	5 947
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 289	7 996	3 975	1 426	–	2 595
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 696	2 753	466	129	–	2 159
03 Verteidigung	28 121	27 762	15 963	10 991	–	808
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 705	2 394	1 726	645	–	23
05 Rechtsschutz	315	301	223	68	–	10
06 Finanzverwaltung	3 308	3 075	2 386	336	–	352
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 887	8 285	448	644	–	7 193
13 Hochschulen	1 880	953	7	5	–	941
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 356	1 356	–	–	–	1 356
15 Sonstiges Bildungswesen	496	432	8	66	–	357
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 790	5 261	432	566	–	4 263
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 366	283	1	7	–	276
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgebefugnisse, Wiedergutmachung	122 583	121 474	193	317	–	120 963
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 689	88 689	36	0	–	88 653
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 625	5 396	–	–	–	5 396
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 332	4 110	–	231	–	3 879
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	22 551	22 413	43	17	–	22 353
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 278	758	115	69	–	574
3 Gesundheit und Sport	917	673	222	238	–	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	365	341	120	142	–	80
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	365	341	120	142	–	80
32 Sport	118	88	–	5	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	210	143	65	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	223	102	36	52	–	13
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 025	1 039	2	4	–	1 033
41 Wohnungswesen	1 453	997	–	2	–	995
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	2	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	49	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	521	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 099	580	25	126	–	429
52 Verbesserung der Agrarstruktur	766	289	–	2	–	287
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	134	134	–	55	–	79
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	134	134	–	55	–	79
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	198	157	25	69	–	63
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 373	3 434	48	398	–	2 988
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	371	347	–	239	–	108
621 Kernenergie	105	105	–	–	–	105
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	266	241	–	239	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 426	2 398	–	6	–	2 392
64 Handel	103	103	–	67	–	36
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	277	–	0	–	276
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 311	309	48	86	–	176

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 159	1 449	1 545	4 153	4 109	–
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	292	1	0	293	293	–
02 Auswärtige Angelegenheiten	62	1 336	1 545	2 943	2 940	–
03 Verteidigung	248	111	–	359	318	–
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	311	–	0	311	311	–
05 Rechtsschutz	13	–	–	13	13	–
06 Finanzverwaltung	232	1	0	233	233	–
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	119	3 482	–	3 602	3 601	–
13 Hochschulen	1	925	–	927	927	–
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	64	–	64	64	–
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	117	1 411	–	1 529	1 528	–
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	1 082	–	1 083	1 083	–
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeb- aufgaben, Wiedergutmachung	14	1 093	3	1 109	779	–
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosen- versicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohl- fahrtpflege u. Ä.	–	229	–	229	229	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	218	2	222	12	–
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	134	1	138	18	–
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	7	513	0	520	520	–
3 Gesundheit und Sport	162	82	–	244	242	–
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	15	9	–	24	24	–
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	15	9	–	24	24	–
32 Sport	–	31	–	31	31	–
33 Umwelt- und Naturschutz	32	35	–	67	66	–
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	115	7	–	122	122	–
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	920	66	986	986	–
41 Wohnungswesen	–	391	66	457	457	–
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	8	–	8	8	–
44 Städtebauförderung	–	521	–	521	521	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6	510	2	518	518	–
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	477	–	477	477	–
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	6	33	2	41	41	–
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	938	2 000	2 939	2 939	–
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25	–
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	28	–	28	28	–
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	885	–	885	885	–
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	2 000	2 001	2 001	–

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 836	3 491	1 041	1 804	–	645
72 Straßen	7 213	921	–	793	–	128
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 342	716	459	206	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- verkehr	336	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	159	159	44	9	–	106
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 785	1 695	539	797	–	360
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	15 437	11 316	27	170	–	11 119
81 Wirtschaftsunternehmen	9 534	5 481	27	34	–	5 419
832 Eisenbahnen	4 020	92	–	5	–	87
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	5 515	5 388	27	29	–	5 332
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 903	5 836	–	136	–	5 700
873 Sondervermögen	5 700	5 700	–	–	–	5 700
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	203	136	–	136	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 711	40 730	580	240	37 655	2 255
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 255	2 255	–	–	–	2 255
92 Schulden	37 693	37 693	–	38	37 655	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 2 237	782	580	202	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	257 300	235 303	27 325	17 536	37 655	152 786

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 570	1 775	1	7 345	7 345	–
72 Straßen	4 875	1 417	1	6 293	6 293	–
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	627	–	0	627	627	–
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- verkehr	–	335	–	335	335	–
75 Luftfahrt	0	–	0	0	0	–
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	68	23	0	91	91	–
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	99	3 388	634	4 120	4 120	–
81 Wirtschaftsunternehmen	40	3 379	634	4 054	4 054	–
832 Eisenbahnen	–	3 319	608	3 927	3 927	–
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	40	60	26	126	126	–
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	59	8	–	67	67	–
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	59	8	–	67	67	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	–	–	–	–	– 3 019
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	–	–	–	–	–
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–	– 3 019
Summe aller Hauptfunktionen	7 129	13 636	4 251	25 016	24 639	– 3 019

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	580,6	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	623
Einnahmen	551,8	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546
Finanzierungssaldo	- 28,8	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 77
darunter:							
Bund							
Ausgaben	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255
Einnahmen	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	215
Finanzierungssaldo	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 40 ½
Länder							
Ausgaben	244,7	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259
Einnahmen	230,5	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	232
Finanzierungssaldo	- 14,3	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	142,5	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151 ½
Einnahmen	144,7	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	143 ½
Finanzierungssaldo	2,2	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 8
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,7	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½
Einnahmen	5,5	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½
Einnahmen	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 1
Länder							
Ausgaben	0,7	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	0
Einnahmen	3,1	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2
Gemeinden							
Ausgaben	- 1,0	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1
Einnahmen	2,5	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	1 ½

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges IST; 2004: Schätzung.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½
darunter:							
Bund	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2
Länder	- 0,7	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- ½
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,0	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12 ½
darunter:							
Bund	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 16
Länder	- 5,8	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 5
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,1	30,2	29,5	29,1	28,9	29,0	28 ½
darunter:							
Bund	12,1	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½
Länder	12,7	12,5	12,4	12,3	12,2	12,1	12
Gemeinden	7,4	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,1	22,9	23,0	21,5	20,9	20,8	20 ½

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges IST; 2004: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.
Stand: Finanzplanungsrat Juni 2004.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Ist-Ergebnisse										
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	148,2	194,4	205,4	218,4	233,9	240,9	237,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0	- 1,4
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	137,9	169,8	178,2	198,3	199,7	215,1	211,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7	- 1,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 10,3	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9	- 25,8
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6 ²	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	21,1	22,1	24,9	26,3	27,0	26,9	27,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1	0,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2	11,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8	14,4
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	16,4	17,5	20,3	22,4	23,4	27,1	25,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8	- 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3	10,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6	38,7
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	18,5	20,1	31,4	33,7	33,3	31,3	34,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0	8,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0	14,3
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0	37,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	126,4	132,3	162,5	180,4	182,0	193,8	187,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4	- 3,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4	78,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1	88,4
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	54,0	49,2	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3	44,9
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6	10,8
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9	75,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	0,0	55,8	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2	51,2
Nachrichtlich: Schuldenstand⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1	1 010,4
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3	385,7

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsförderung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand November 2003; 2003 + 2004 = Schätzung.

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Ist-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	232,9	225,9	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	257,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	0,2
Einnahmen	Mrd.€	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	227,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	4,7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 40,1	- 32,5	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 29,6
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 29,3
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	26,8	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	27,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	0,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	14,3	16,2	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,7	39,9
Zinsausgaben	Mrd.€	26,0	27,3	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	37,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	2,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	55,0	55,0
Investive Ausgaben	Mrd.€	31,2	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	24,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 4,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	9,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	36,1	35,2	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	34,5	33,8
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	173,1	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	197,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	76,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	86,8
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,6	44,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 29,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	11,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	118,9
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	70,4	64,3	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	48,9	42,5
Nachrichtlich: Schuldenstand⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 331 ^{1/2}	1 395 ^{1/2}
darunter: Bund	Mrd.€	426,0	459,7	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	750 ^{1/2}	790

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsförderung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand November 2003; 2003 + 2004 = Schätzung.

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Anteile am BIP in %				
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 ³	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ³	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 ³	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 ³	22,6	41,1	20,9	38,4
2003 ⁴	22 ¹ / ₂	41	20 ¹ / ₂	38 ¹ / ₂
2004 ⁴	22 ¹ / ₂	40 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂	38

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2003.

⁴ Schätzung; Stand: Finanzplanungsrat November 2003.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002	2003 ⁴	2004 ⁴
	in Mrd. €¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 198,1	1 203,9	1 253,2	1 331 ¹ / ₂	1 395 ¹ / ₂
darunter:					
Bund	715,6	697,3	719,4	760 ¹ / ₂	790
Länder	333,2	357,7	384,8	417 ¹ / ₂	448
Gemeinden ³	83,0	82,7	82,7	88	92
Sonderrechnungen des Bundes	58,3	59,1	59,2	58	58 ¹ / ₂
	Schulden in % der Gesamtschulden				
Bund	59,7	57,9	57,4	57	56 ¹ / ₂
Länder	27,8	29,7	30,7	31 ¹ / ₂	32
Gemeinden ³	6,9	6,9	6,6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,9	4,7	4 ¹ / ₂	4
	Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,0	58,1	59,4	62 ¹ / ₂	63 ¹ / ₂
darunter					
Bund	35,3	33,6	34,1	35 ¹ / ₂	36
Länder	16,4	17,2	18,2	19 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂
Gemeinden ³	4,1	4,0	3,9	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,9	2,8	2,8	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
nachrichtlich	60,2	59,5	60,8	64	65
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP					

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat November 2003.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,3	232,0	47,5	52,5
2004 ²	443,8	209,9	233,8	47,3	52,7
2005 ²	453,5	214,5	239,0	47,3	52,7
2006 ²	473,7	229,5	244,2	48,4	51,6
2007 ²	493,0	243,7	249,3	49,4	50,6
2008 ²	511,1	256,6	254,5	50,2	49,8

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (vom 01.07.1992 bis 31.12.1994); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997)

² Steuerschätzung vom 11. bis 13 Mai 2004
Stand: Mai 2004

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ²	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,5	- 3,9	- 3,6	- 2,8
Belgien ²	- 9,5	- 10,2	- 6,8	- 4,3	0,2	0,3	0,1	0,2	- 0,5	- 0,7
Dänemark ²	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 2,3	2,6	2,9	1,7	1,5	1,1	1,5
Griechenland ²	-	-	- 15,7	- 10,2	- 2,0	- 1,9	- 1,4	- 3,0	- 3,2	- 2,8
Spanien ²	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,4	0,0	0,3	0,4	0,6
Frankreich ²	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,6
Irland ²	-	- 10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	1,1	- 0,4	0,2	- 0,8	- 1,0
Italien ²	- 7,1	- 12,7	- 11,8	- 7,6	- 1,8	- 2,6	- 2,3	- 2,4	- 3,2	- 4,0
Luxemburg ²	-	-	4,8	2,1	6,3	6,3	2,7	- 0,1	- 2,0	- 2,3
Niederlande ²	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	0,0	- 1,9	- 3,2	- 3,5	- 3,3
Österreich ²	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,2	- 1,9	0,2	- 0,2	- 1,1	- 1,1	- 1,9
Portugal ²	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,8	- 3,4	- 3,8
Finnland ²	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,3	2,0	2,1
Schweden ²	-	-	-	- 6,9	5,1	2,8	0,0	0,7	0,2	0,7
Vereinigtes Königreich ²	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,5	0,7	- 1,6	- 3,2	- 2,8	- 2,6
Euro-Zone ²	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,6	- 2,3	- 2,7	- 2,7	- 2,6
EU-15 ²	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 1,0	- 2,0	- 2,6	- 2,6	- 2,4
Estland	-	-	-	- 0,1	- 0,3	0,3	1,8	2,6	0,7	0,0
Lettland	-	-	7,6	- 2,3	- 2,7	- 1,6	- 2,7	- 1,8	- 2,2	- 2,0
Litauen	-	-	-	- 2,0	- 2,6	- 2,1	- 1,4	- 1,7	- 2,8	- 2,6
Malta	-	-	-	-	- 6,5	- 6,4	- 5,7	- 9,7	- 5,9	- 4,5
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,8	- 3,5	- 3,6	- 4,1	- 6,0	- 4,5
Slowakei	-	-	-	- 0,9	- 12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,6	- 4,1	- 3,9
Slowenien	-	-	-	-	- 3,0	- 2,7	- 1,9	- 1,8	- 1,7	- 1,8
Tschechien	-	-	-	- 12,3	- 4,5	- 6,4	- 6,4	- 12,9	- 5,9	- 5,1
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 4,4	- 9,3	- 5,9	- 4,9	- 4,3
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,4	- 4,6	- 6,3	- 4,6	- 4,1
Die 10 neuen Länder	-	-	-	-	- 3,2	- 4,1	- 4,9	- 5,7	- 5,0	- 4,2
EU-25	-	-	-	-	-	- 1,1	- 2,1	- 2,7	- 2,7	- 2,5
USA ²	- 2,8	- 5,4	- 4,6	- 3,6	1,3	- 0,5	- 3,7	- 4,8	- 4,5	- 4,2
Japan ²	-	-	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,7	- 7,4	- 7,2

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Nach Neuberechnung durch Eurostat, das Statistikbüro der EU-Kommission, haben sich auch für weiter zurückliegende Jahre Veränderungen ergeben.
Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004, März 2004.

Für die Jahre 2000 bis 2004: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004 (ohne UMTS-Erlöse).

-- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,8	64,2	65,6	66,1
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,1	108,1	105,8	100,5	97,4	94,3
Dänemark	36,5	70,0	57,8	69,3	50,1	47,8	47,2	45,0	42,3	40,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	106,2	106,9	104,7	103,0	102,8	101,7
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,2	57,5	54,6	50,8	48,0	45,1
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	57,2	56,8	58,6	63,0	64,6	65,6
Irland	69,8	101,7	94,2	68,4	38,4	36,1	32,3	32,0	32,4	32,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,6	108,0	106,2	106,0	106,0
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	5,5	5,7	4,9	4,5	3,8
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,8	56,8	58,6
Österreich	36,2	49,2	57,2	69,2	67,0	67,1	66,6	65,0	65,5	65,3
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,6	58,1	59,4	60,7	62,0
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,9	42,6	45,3	44,5	44,3
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,4	52,6	51,9	51,8	50,5
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,1	38,9	38,5	39,9	40,1	40,6
Euro-Zone	34,0	51,6	57,8	73,5	70,4	69,4	69,2	70,4	70,9	70,9
EU-15	38,1	52,2	53,7	70,6	64,1	63,2	62,5	64,0	64,2	64,1
Estland	-	-	-	-	5,0	4,7	5,7	5,8	5,4	5,3
Lettland	-	-	-	-	13,9	16,2	15,5	15,6	16,0	16,1
Litauen	-	-	-	-	24,3	23,4	22,8	21,9	22,8	23,2
Malta	-	-	-	-	57,1	61,8	61,7	72,0	73,9	75,9
Polen	-	-	-	-	36,6	36,7	41,2	45,4	49,1	50,3
Slowakei	-	-	-	-	49,9	48,7	43,3	42,8	45,1	46,1
Slowenien	-	-	-	-	26,7	26,9	27,8	27,1	28,3	28,2
Tschechien	-	-	-	-	18,2	25,2	28,9	37,6	40,6	42,4
Ungarn	-	-	-	-	55,4	53,5	57,1	59,0	58,7	58,0
Zypern	-	-	-	-	61,7	64,4	67,1	72,2	74,6	76,9
Die 10 neuen Länder	-	-	-	-	36,4	38,5	39,4	42,2	44,4	45,2
EU-25	-	-	-	-	62,9	62,1	61,5	63,1	63,4	63,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	59,1	58,9	60,9	63,4	66,1	69,2
Japan	54,9	72,1	68,6	87,0	133,6	142,3	149,4	157,3	161,5	166,1

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft" Nr. 4/2004 (Herausgeber EU-Kommission), März 2004.

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004.

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3,4}	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,5	20,9
Deutschland ³	20,8	22,7	21,8	20,6	23,3	23,0	22,2	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,6	31,4	31,6
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	47,2	47,6	47,7
Finnland	28,9	29,1	33,0	35,0	32,7	35,2	33,8	33,7
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	28,9	28,6	27,7
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,7	25,5	23,5
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,1	27,0	25,6	23,7
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,9	28,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,3	17,6	17,6	17,0	-
Kanada	27,8	27,7	28,1	31,5	30,6	30,6	29,9	28,4
Luxemburg	19,1	29,1	33,3	29,7	31,1	30,2	29,6	30,5
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,1	25,3	25,4
Norwegen	28,9	33,5	34,1	30,6	31,5	30,3	34,4	33,4
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,5	30,6	29,3
Polen	-	-	-	-	27,6	24,3	23,5	24,2
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,5	24,5	24,8
Schweden	31,9	32,8	35,3	37,8	35,1	39,5	36,1	35,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,6	22,3	23,4
Slowakei	-	-	-	-	-	20,5	17,9	19,2
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6	23,0
Tschechien	-	-	-	-	23,7	21,9	21,3	21,9
Ungarn	-	-	-	-	27,3	27,6	27,5	26,3
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,0	31,0	29,8
USA	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,8	21,8	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3,4}	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,6	39,0	38,4
Deutschland ³	29,8	34,6	34,4	32,9	38,2	37,8	36,8	36,2
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,7	45,8	46,2
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	49,5	49,8	49,4
Finnland	31,8	36,1	39,9	44,6	45,1	47,3	46,1	45,9
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	45,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	32,4	37,5	36,9	34,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,8	31,2	29,9	28,0
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	41,9	42,0	41,1
Japan	20,0	25,1	27,1	30,0	27,6	27,5	27,3	-
Kanada	30,8	30,9	32,5	35,9	35,6	35,6	35,1	33,5
Luxemburg	26,8	40,8	45,1	40,8	42,3	40,4	40,7	42,3
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,1	39,5	39,3
Norwegen	34,4	42,5	43,1	41,5	41,1	39,0	43,3	43,1
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,3	45,4	44,1
Polen	-	-	-	-	39,6	34,4	33,6	34,3
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,3	33,5	34,0
Schweden	37,5	46,1	47,0	51,9	48,5	54,0	51,4	50,6
Schweiz	22,5	28,9	26,6	26,9	28,5	31,2	30,6	31,3
Slowakei	-	-	-	-	-	34,9	32,2	33,8
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2	35,6
Tschechien	-	-	-	-	40,1	38,9	38,4	39,2
Ungarn	-	-	-	-	42,4	39,0	39,0	37,7
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,2	37,3	35,9
USA	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,7	28,9	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

Stand: November 2003.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,31	83,44	79,99	85,14	97,50	100,12
davon:						
Agrarpolitik	39,78	40,51	41,53	43,52	44,78	46,63
Strukturpolitik	26,66	27,59	22,46	23,5	33,17	30,52
Interne Politiken	4,47	5,37	5,30	6,57	6,20	7,47
Externe Politiken	4,59	3,84	4,23	4,42	4,69	4,76
Verwaltungsausgaben	4,51	4,74	4,86	5,21	5,36	6,03
Reserven	0,30	0,19	0,21	0,17	0,43	0,44
Heranführungsstrategien	0,00	1,20	1,40	1,75	2,86	2,90
Ausgleichszahlungen						1,41
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 0,5	3,9	- 4,1	6,4	14,5	2,7
davon:						
Agrarpolitik	2,5	1,8	2,5	4,8	2,9	4,1
Strukturpolitik	- 6,0	3,5	- 18,6	4,6	41,1	- 8,0
Interne Politiken	- 8,4	20,1	- 1,3	24,0	- 5,6	20,6
Externe Politiken	12,8	- 16,3	10,2	4,5	9,5	1,5
Verwaltungsausgaben	6,9	5,1	2,5	7,2	2,9	12,5
Reserven	11,1	- 36,7	10,5	- 19,0	152,9	2,3
Heranführungsstrategie			16,7	25,0	54,9	0,0
Ausgleichszahlungen						-
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	49,5	48,5	51,9	51,1	45,9	46,6
Strukturpolitik	33,2	33,1	28,1	27,6	34,0	30,5
Interne Politiken	5,6	6,4	6,6	7,7	6,4	7,5
Externe Politiken	5,7	4,6	5,3	5,2	4,8	4,8
Verwaltungsausgaben	5,6	5,7	6,1	6,1	5,5	6,0
Reserven	0,4	0,2	0,3	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	0,0	1,4	1,8	2,1	2,9	2,9
Ausgleichszahlungen						1,4
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	86,90	92,72	94,28	95,43	97,50	100,12
davon:						
Zölle	11,71	13,11	12,83	11,63	10,71	10,15
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,15	2,16	1,82	1,84	1,43	1,22
MwSt-Eigenmittel	31,33	35,19	30,69	22,54	24,12	14,32
BSP/BNE-Eigenmittel	37,51	37,58	34,46	45,85	59,40	74,18
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	2,8	6,7	1,7	1,2	2,2	2,7
davon:						
Zölle	- 3,7	12,0	- 2,1	- 9,4	- 7,9	- 5,2
Agrarzölle und Zuckerabgaben	10,3	0,5	- 15,7	1,1	- 22,3	- 14,7
MwSt-Eigenmittel	- 5,3	12,3	- 12,8	- 26,6	7,0	- 40,6
BSP/BNE-Eigenmittel	7,1	0,2	- 8,3	33,1	29,6	24,9
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,5	14,1	13,6	12,2	11,0	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,5	2,3	1,9	1,9	1,5	1,2
MwSt-Eigenmittel	36,1	38,0	32,6	23,6	24,7	14,3
BSP/BNE-Eigenmittel	43,2	40,5	36,6	48,0	60,9	74,1

Bemerkungen:

1999 bis 2002 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung (2002 vorl.) und ERH-Jahresbericht.

2003 Sollansatz gemäß EU-Haushalt

2004 Sollansatz für die erweiterte Union (nach 1. Lesung Rat).

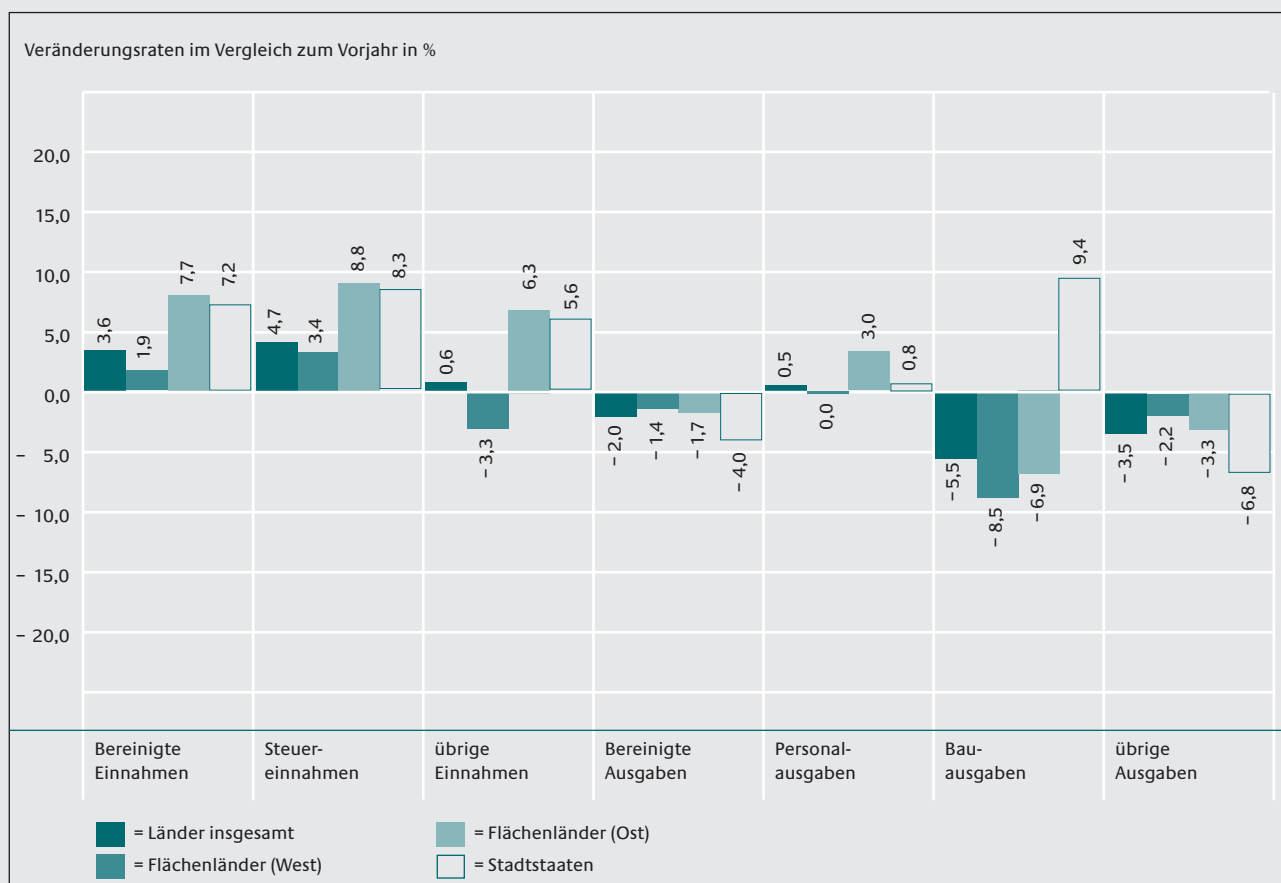
Stand: November 2003.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	159 769	59 113	48 682	17 095	28 590	11 747	231 212	85 543
darunter:								
Steuereinnahmen	124 495	46 710	23 679	9 625	16 789	7 265	164 963	63 600
übrige Einnahmen	35 274	12 404	25 003	7 470	11 802	4 481	66 249	21 944
Bereinigte Ausgaben	174 863	70 603	52 401	20 262	34 290	14 778	255 724	103 232
darunter:								
Personalausgaben	72 005	30 282	13 791	5 823	11 523	5 162	97 320	41 266
Bauausgaben	2 349	653	1 718	422	860	199	4 928	1 274
übrige Ausgaben	100 508	39 668	36 892	14 018	21 907	9 417	153 476	60 692
Finanzierungssaldo	- 15 088	- 11 490	- 3 719	- 3 167	- 5 687	- 3 032	- 24 494	- 17 689

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2004



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats Mai 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mai 2003			April 2004			Mai 2004		
		Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder ³	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹	77 440	82 537	154 787	56 175	68 772	120 371	72 711	85 543	152 597
	für das laufende Haushaltsjahr									
111	darunter: Steuereinnahmen	66 455	60 718	127 173	50 645	49 794	100 440	66 415	63 600	130 015
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	80 852 ⁴	35 310	116 162	81 740 ⁴	32 501	114 241	93 366 ⁴	36 883	130 248
12	Bereinigte Ausgaben¹	112 069	105 295	212 173	91 420	85 519	172 363	111 876	103 232	209 451
	für das laufende Haushaltsjahr									
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	11 312	41 052	52 364	8 916	33 616	42 532	11 233	41 266	52 499
122	Bauausgaben	1 421	1 348	2 769	1 033	950	1 983	1 366	1 274	2 639
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	17	17	-	-410	-410	-	-433	-433
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	70 561	20 109	90 670	56 292	20 184	76 475	68 155	23 550	91 705
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-34 628	-22 758	-57 386	-35 245	-16 747	-51 992	-39 165	-17 689	-56 854
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	344	344	-	513	513	-	167	167
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	93	93	-	89	89	-	69	69
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	252	252	-	425	425	-	98	98
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	12 597	15 024	27 621	25 482	10 939	36 421	25 449	12 097	37 546
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	- 954	- 954	-	- 3 784	- 3 784	-	- 2 039	- 2 039
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	- 1 134	- 1 134	-	- 1 455	- 1 455	-	- 1 406	- 1 406
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	10 105	6 593	16 698	3 523	5 249	8 772	12 074	7 012	19 086
32	Vorschüsse	-	10 512	10 512	-	9 918	9 918	-	10 079	10 079
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	7 016	7 016	-	5 302	5 302	-	4 308	4 308
34	Saldo (31-32+33)	10 105	3 097	13 202	3 523	633	4 156	12 074	1 241	13 315
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 11 927	- 6 474	- 18 401	- 6 240	- 9 989	- 16 230	- 1 642	- 7 698	- 9 340
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	11 927	6 597	18 524	6 241	9 045	15 285	1 642	6 871	8 513
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	91	91	-	-	-	-	405	405
56	Zusammen	11 927	6 688	18 615	6 241	9 045	15 285	1 642	7 276	8 918
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	214	214	0	- 944	- 944	0	- 422	- 422
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	2 032	2 032	-	1 205	1 205	-	1 373	1 373
72	Nicht zum Bestand der Landeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	1 707	1 707	-	692	692	-	871	871

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Mai 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹	10 630,7	12 612,0⁹	3 149,5	6 317,0	2 319,6	6 865,2	15 448,1	4 315,4	935,6
	für das laufende Haushaltsjahr									
111	darunter: Steuereinnahmen	8 312,8	9 963,0	1 898,7	5 323,9	1 232,0	5 030,0	12 726,0	2 994,3	622,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	127,6	-	170,8	152,2	-	122,1	38,6
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 556,0	1 604,4 ⁷	634,4	1 250,0	450,0	3 705,5	6 723,0	3 408,1	626,4
12	Bereinigte Ausgaben¹	11 256,5	13 762,3⁹	3 718,1	7 633,8	2 572,5	8 766,7	19 540,3	5 309,9	1 317,1
	für das laufende Haushaltsjahr									
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	4 890,0	6 566,2	998,7	2 962,0	741,0	3 574,0 ³	8 023,0 ³	2 226,5	574,9
122	Bauausgaben	118,9	229,8	83,7	121,6	58,1	55,3	34,4 ⁴	21,5	23,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	883,1	725,8	-	771,6	-	-	-69,8	-	-
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	625,3	801,4 ⁸	750,2	1 613,1	322,1	2 694,0	5 732,6	2 709,7	400,4
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	- 625,8	- 1 150,3⁹	- 568,6	- 1 316,8	- 252,9	- 1 901,5	- 4 092,2	- 994,5	- 381,6
	(Finanzierungssaldo)									
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	2 936,4	846,8	- 17,2	- 321,6	128,0	1 029,7	989,7	638,6	223,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	- 274,5	-	-	- 43,7	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	- 801,6	- 125,7	0,3	- 163,3	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 164,5	1 306,6	1 383,4	691,9	- 123,3	163,9	846,3	1 033,0	76,6
32	Vorschüsse	3 448,8	1 875,2	172,1	230,8	0,1	1 070,3	95,4	678,4	11,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	173,9	1 673,7	-	175,5	46,4	673,1	88,0	1,6	17,5
34	Saldo (31-32+33)	- 2 110,4	1 105,1	1 211,3	636,6	- 77,0	- 233,3	838,9	356,2	83,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 74,3	0,0	499,8	- 1 045,3	- 365,2	- 1 105,1	- 2 263,7	0,3	- 75,1
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	90,0	- 458,1	810,0	337,0	893,0	2 265,0	-	75,1
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	405,0	-	-	-
56	Zusammen	0,0	90,0	- 458,1	810,0	337,0	1 298,0	2 265,0	-	75,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 74,3⁵	90,0	41,7	- 235,3⁵	- 28,2⁵	192,9	1,3	0,3	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	-	-	545,1	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	-	-	673,1	85,5	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung

³ Ohne Juni-Bezüge

⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden.

⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen.

⁶ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio €.

⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio €.

⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 12 589,8 Mio €, die Ausgaben 13 677,1 Mio € und der Finanzierungssaldo - 1 087,3 Mio €.

Stand: Juni 2004

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Mai 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder zusammen ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 381,7	3 347,9	2 321,2	2 896,1	7 000,5	1 314,0	3 600,6	85 543,0
111	darunter: Steuereinnahmen	2 939,5	1 877,9	1 737,5	1 676,6	3 606,6	729,8	2 928,9	63 599,5
112	Länderfinanzausgleich ¹	397,6	219,0	19,1	215,2	1 300,4	149,5	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	453,3	2 621,8	1 758,9	1 383,8	6 746,3	527,4	1 433,3	36 882,6
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 009,9	3 975,3	3 348,2	3 986,4	8 616,4	1 924,0	4 406,3	103 231,6
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 781,9	1 289,1	1 465,1	1 012,1	3 117,9	543,6	1 500,2	41 266,2
122	Bauausgaben	159,1	42,2	48,4	78,4	27,9	47,0	124,3	1 273,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	168,4	-433,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	772,2	1 076,5	1 249,3	751,1	3 665,4	386,3	0,0	23 549,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-628,2	-627,4	-1 027,0	-1 090,3	-1 615,9	-610,0	-805,7	-17 688,7
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	167,0	-	167,0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	68,8	-	68,8
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	98,3	-	98,3
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	-323,9	1 543,7	524,4	632,7	1 685,8	142,1	1 438,1	12 096,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) 21 des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-314,8	-	32,4	-1 438,6	-2 039,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-152,6	-	-	-162,9	-1 405,8
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	405,3	122,1	-	-144,4	-228,4	167,5	146,8	7 011,8
32	Vorschüsse	32,2	1 121,2	-	35,5	-	-31,5	1 338,9	10 078,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	324,7	83,5	-	3,4	97,6	2,9	945,9	4 307,7
34	Saldo (31-32+33)	697,8	-915,6	-	-176,5	-130,8	202,0	-246,2	1 241,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-254,3	0,7	-502,6	-1 101,5	-60,9	-135,3	-1 215,3	-7 697,8
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	178,4	-	-	1 091,0	81,4	172,1	1 336,0	6 870,9
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	405,0
56	Zusammen	178,4	-	-	1 091,0	81,4	172,1	1 336,0	7 275,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-75,9 ⁵	0,7	-502,6 ⁵	-10,5 ⁵	20,5	36,8	120,7	-421,9 ⁵
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	2,4	-	-	825,2	1 372,7
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	1,0	97,6	-86,8	100,6	871,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung

³ Ohne Juni-Bezüge

⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden.

⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen.

⁶ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio €.

⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio €.

⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 12 589,8 Mio €, die Ausgaben 13 677,1 Mio € und der Finanzierungssaldo -1 087,3 Mio €.

Stand: Juni 2004

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ² in %	Erwerbslose Mio.	Erwerbslosenquote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbstätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde Veränderung in % p. a.	Investitionsquote ⁴ in %
1991	38,5	.	50,8	2,1	5,2	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,1	2,5	6,2	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	49,7	3,0	7,5	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	49,7	3,2	8,0	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	49,5	3,1	7,7	1,7	1,5	2,5	22,4
1996	37,3	- 0,3	49,6	3,4	8,4	0,8	1,1	2,3	21,8
1997	37,2	- 0,2	49,9	3,8	9,3	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	50,2	3,6	8,7	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,2	50,4	3,3	8,1	2,0	0,8	1,5	21,6
2000	38,7	1,8	50,8	3,1	7,3	2,9	1,1	2,2	21,7
2001	38,9	0,4	51,0	3,1	7,4	0,8	0,4	1,4	20,3
2002	38,7	- 0,6	51,0	3,4	8,2	0,2	0,8	1,3	18,6
2003 ⁵	38,2	- 1,1	50,9	3,8	9,2	- 0,1	1,0	0,8	17,8
1998/1993	37,4	0,1	49,8	3,4	8,2	1,6	1,5	2,1	22,2
2003/1998	38,4	0,3	50,7	3,4	8,1	1,2	0,8	1,4	20,2

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)	Preisindex für die Lebenshaltung ^{2,3}	Lohnstückkosten ⁴
1991
1992	7,4	5,0	2,2	4,5	4,4	5,1	6,4
1993	2,5	3,7	1,7	3,2	3,8	4,4	3,8
1994	4,9	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5
1995	3,8	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1
1996	1,8	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2
1997	2,1	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7
1998	3,1	1,1	2,3	0,5	1,1	0,9	0,2
1999	2,6	0,5	0,2	0,4	0,2	0,6	0,4
2000	2,6	- 0,3	- 4,4	1,2	1,5	1,5	1,0
2001	2,2	1,3	0,1	1,3	1,5	2,0	1,3
2002	1,8	1,6	1,9	1,0	1,3	1,4	0,7
2003 ⁵	0,9	1,0	1,3	0,6	0,9	1,1	0,6
1998/1993	3,1	1,5	0,3	1,4	1,8	1,7	0,4
2003/1998	2,0	0,8	- 0,2	0,9	1,1	1,3	0,8

¹ Preisbasis 1995.

² Preisbasis 2000.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,2	6,9	28,84	- 4,50	29,0	27,5	1,5	- 0,2
1999	4,7	7,3	16,02	- 16,68	29,6	28,8	0,8	- 0,8
2000	17,0	19,0	7,52	- 7,88	33,8	33,4	0,4	- 0,4
2001	6,6	1,7	41,24	11,95	35,3	33,3	2,0	0,6
2002	3,6	- 3,4	90,67	65,22	35,9	31,6	4,3	3,1
2003 ²	1,0	1,4	89,21	52,97	36,0	31,8	4,2	2,5
1998/1993	8,3	7,3	15,6	- 10,5	25,5	24,7	0,8	- 0,6
2003/1998	6,4	4,9	45,6	16,8	33,3	31,1	2,2	0,8

¹ In jeweiligen Preisen.

² Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Veränderung in % p. a.				in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,8
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,1
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1
1999	1,8	- 0,3	2,6	72,0	72,9	1,5	1,6
2000	2,7	- 0,3	3,9	72,9	73,7	1,6	0,8
2001	2,2	2,8	2,0	72,7	73,7	1,9	1,7
2002	1,9	4,8	0,8	71,9	73,0	1,5	- 0,4
2003 ⁴	0,1	- 0,3	0,2	72,0	73,3	1,3	- 0,5
1998/1993	2,8	5,3	1,9	73,0	73,8	1,6	- 1,6
2003/1998	1,7	1,3	1,9	72,2	73,2	1,5	0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,2	-0,1	1,5	1,8
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,8	0,6	0,7	1,1	2,0	2,5
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,0	2,1	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,4	4,0	3,9	4,2	4,0	3,3
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,2	2,8	2,0	2,4	2,8	3,3
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,2	1,7	2,4
Irland	3,1	7,6	9,9	10,1	6,2	6,9	1,2	3,7	4,6
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	2,1
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,1	1,2	1,3	1,8	2,4	3,1
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,2	0,2	-0,8	1,0	1,6
Österreich	2,4	4,7	1,6	3,4	0,8	1,4	0,7	1,8	2,5
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,7	0,4	-1,3	0,8	2,2
Finnland	3,4	-0,3	3,4	5,1	1,1	2,3	1,9	2,6	2,7
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	0,9	2,1	1,6	2,3	2,6
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,8	3,8	2,1	1,6	2,2	3,0	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,4	1,7	2,3
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,8	2,0	2,4
Estland	-	-	4,3	7,3	6,5	6,0	4,8	5,4	5,9
Lettland	-	-	-1,6	6,8	7,9	6,1	7,5	6,2	6,2
Litauen	-	-	6,2	4,0	6,5	6,8	8,9	6,9	6,6
Malta	-	-	6,2	6,4	-1,2	1,7	0,4	1,4	2,0
Polen	-	-	7,0	4,0	1,0	1,4	3,7	4,6	4,8
Slowakei	-	-	5,8	2,0	3,8	4,4	4,2	4,0	4,1
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,9	2,9	2,3	3,2	3,6
Tschechien	-	-	5,9	3,3	3,1	2,0	2,9	2,9	3,4
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,5	2,9	3,2	3,4
Zypern	-	-	6,5	5,0	4,0	2,0	2,0	3,4	4,1
Die 10 neuen Länder	-	-	5,4	4,1	2,5	2,4	3,6	4,0	4,2
EU-25	-	-	2,5	3,6	1,7	1,1	0,9	2,1	2,5
Japan	5,1	5,2	1,9	2,8	0,4	-0,4	2,7	3,4	2,3
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,5	2,2	3,1	4,2	3,2

Quellen: Für die Jahre 1985– 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004 (Herausgeber EU-Kommission)

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	1,8	2,7	1,9	1,4	1,9	1,3	1,0	1,3	1,1
Belgien	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,5	1,5	1,6
Dänemark	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,0	1,5	1,8
Griechenland	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,4	3,4	3,5
Spanien	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,1	2,4	2,3
Frankreich	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	2,2	1,9	1,5
Irland	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,0	2,1	2,3
Italien	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,8	2,2	1,9
Luxemburg	4,3	3,6	2,0	3,8	2,4	2,1	2,5	2,0	1,7
Niederlande	1,4	2,1	1,4	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4	0,7
Österreich	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,3	1,4	1,3
Portugal	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,3	2,0	2,2
Finnland	5,7	6,0	0,8	3,0	2,7	2,0	1,3	0,4	1,5
Schweden	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,3	1,2	1,6
Vereinigtes Königreich	5,2	7,5	3,4	0,8	1,2	1,3	1,4	1,6	1,9
Euro-Zone	5,6	4,4	3,0	2,1	2,4	2,3	2,1	1,8	1,6
EU-15	5,5	5,1	3,0	1,9	2,2	2,1	2,0	1,8	1,7
Estland	-	-	27,1	3,9	5,6	3,6	1,4	2,8	2,9
Lettland	-	-	-	2,6	2,5	2,0	2,9	4,0	3,5
Litauen	-	-	-	0,9	1,3	0,4	-1,1	1,0	2,2
Malta	-	-	-	-	-	-	1,3	1,8	1,9
Polen	-	-	27,2	10,1	5,3	1,9	0,7	2,3	3,0
Slowakei	-	-	9,2	12,2	7,2	3,5	8,5	8,2	4,5
Slowenien	-	-	21,7	8,9	8,6	7,5	5,7	3,6	3,2
Tschechien	-	-	9,2	3,9	4,5	1,4	-0,1	2,8	2,8
Ungarn	-	-	27,7	10,0	9,1	5,2	4,7	6,9	4,6
Zypern	-	-	2,3	4,9	2,0	2,8	4,0	2,2	2,1
Die 10 neuen Länder	-	-	-	8,5	5,7	2,7	2,1	3,8	3,3
EU-25	-	-	-	2,2	2,4	2,1	2,0	1,8	1,8
Japan	1,8	2,8	-0,3	-0,7	-0,6	-0,9	-0,3	0,0	0,2
USA	3,3	4,6	2,1	3,4	2,8	1,6	2,3	1,4	1,2

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004 (Herausgeber EU-Kommission)

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,8	7,8	8,6	9,3	9,1	8,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,1	8,3	7,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,8	5,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	10,0	9,3	8,4	8,0
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,9	10,5
Frankreich	9,8	8,6	11,3	9,3	8,5	8,8	9,4	9,6	9,4
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	5,0	4,9
Italien	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	8,7	8,6	8,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,7	5,0
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	5,3	6,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,3	4,4	4,5	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,1	5,1	6,4	6,8	6,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,9	8,6
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,1	5,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0
Euro-Zone	9,4	7,6	10,6	8,5	8,0	8,4	8,8	8,8	8,6
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,8	7,4	7,7	8,0	8,1	7,9
Estland	-	0,6	9,7	12,5	11,8	10,5	10,0	9,7	9,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,5	10,3	10,1
Litauen	-	-	11,3	15,7	16,1	13,6	12,7	11,5	10,7
Malta	-	5,3	5,6	7,0	6,7	7,5	8,2	8,6	8,1
Polen	-	-	13,4	16,4	18,5	19,8	19,8	19,6	19,3
Slowakei	-	-	13,3	18,7	19,4	18,7	17,1	16,5	15,9
Slowenien	-	-	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,4	6,2
Tschechien	-	-	4,0	8,7	8,0	7,3	7,8	8,2	8,2
Ungarn	-	-	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,7	5,6
Zypern	-	-	3,4	5,2	4,4	3,9	4,4	4,1	4,0
Die 10 neuen Länder	-	-	11,1	13,6	14,5	14,8	14,3	14,1	13,8
EU-25	-	-	10,6	7,9	7,5	7,9	9,0	9,0	8,8
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,1	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,6	5,6

Quellen: Für die Jahre 1985– 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004 (Herausgeber: EU-Kommission)

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	5,1	7,6	6,0	5,2	13,8	12,1	10,3	8,8	6,9	7,0	6,1	3,8
darunter												
Russische Föderation	4,7	7,3	6,0	5,3	15,8	13,7	11,2	9,9	8,9	8,9	7,9	5,1
Ukraine	5,2	9,3	6,0	4,0	0,8	5,2	6,9	4,6	7,5	6,0	3,6	2,6
Asien	6,2	7,1	7,2	6,8	1,9	2,5	3,7	3,0	3,9	3,8	3,2	2,8
darunter												
China	8,0	9,1	8,5	8,0	- 0,8	1,2	3,0	2,3	2,8	2,1	1,9	1,8
Indien	4,8	7,1	6,8	6,0	4,3	3,9	5,1	3,5	1,0	0,4	0,1	0,2
Indonesien	3,7	4,1	4,8	5,0	11,9	6,6	5,0	4,5	4,5	3,9	2,9	2,2
Korea	7,0	3,1	5,5	5,3	2,8	3,5	3,3	3,3	1,0	2,1	1,5	0,9
Thailand	5,4	6,4	7,0	7,0	0,7	1,8	2,3	1,3	6,0	5,0	3,7	2,3
Türkei ²	7,8	5,0	5,0	5,0	45,0	25,3	12,0	10,6	- 0,8	- 2,7	- 2,6	- 1,9
Lateinamerika	- 0,1	1,7	3,9	3,7	8,9	10,6	6,2	5,6	- 1,0	0,2	- 0,5	- 1,3
darunter												
Argentinien	- 10,9	8,7	5,5	4,0	25,9	13,4	6,7	9,5	10,5	5,7	4,6	1,6
Brasilien	1,9	- 0,2	3,5	3,5	8,4	14,8	5,9	4,7	- 1,7	0,8	- 0,4	- 0,9
Chile	2,2	3,3	4,5	5,6	2,5	2,8	1,3	2,9	- 1,3	- 0,8	- 0,1	- 0,6
Mexiko	0,7	1,3	3,3	3,3	5,0	4,5	4,3	3,2	- 2,2	- 1,5	- 2,4	- 2,8
Venezuela	- 8,9	- 9,2	8,8	1,1	22,4	31,1	29,3	35,0	7,9	11,3	9,3	6,4

¹ Prognosen des IWF.

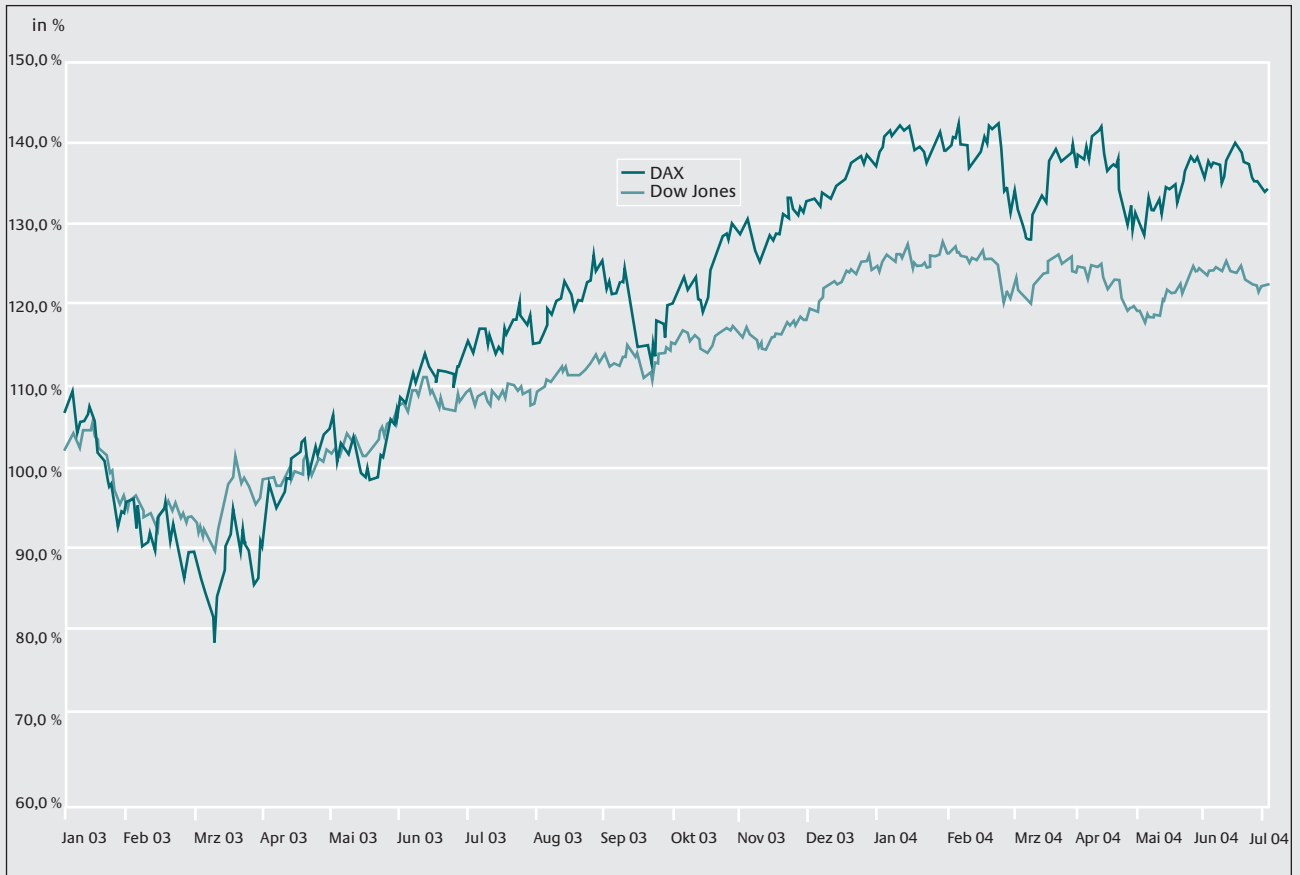
² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Stand: April 2004

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2003 = 100 %

(2. Januar 2003 bis 13. Juli 2004)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices

	Stand 13.07.2004	Anfang 2004	Änderung in % zu Anfang 2004	Tief 2002/2003	Hoch 2000
Dow Jones	10 247,59	10 410	- 1,56	7 197	11 750
Eurostoxx 50	2 641,62	2 687	- 1,70	1 904	5 220
Dax	3 903,88	4 019	- 2,85	2 189	8 136
CAC 40	3 656,18	3 597	1,65	2 401	6 945
Nikkei	11 608,62	10 825	7,24	7 604	20 434

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 14.07.2004	Anfang 2004	Spread zu US-Bond in %	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
USA	4,48	4,3741	-	3,57	5,43
Bund	4,26	4,329	- 0,22	3,79	5,26
Japan	1,77	1,40	- 2,71	0,63	1,67
Brasilien	10,50	8,218	6,02	8,46	30,78

Währungen

	Aktuell 14.07.2004	Anfang 2004	Änderung in % zu Anfang 2004 ¹	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
Dollar/Euro	1,23	1,26	- 1,87	0,86	1,26
Yen/Dollar	109,21	107,03	2,04	107,31	134,37
Yen/Euro	134,94	134,68	0,19	112,12	140,57
Pfund/Euro	0,66	0,70	- 5,36	0,61	0,72

¹ Abweichungen durch Rundung möglich

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Juli 2004

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

DMP - Digitaldruck GmbH, Berlin

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0180 / 522 1996 (0,12 €/Min.)

per Telefax 0180 / 522 1997 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.